

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werthätigen Volkes.

Abonnementsspreis pro Monat einschließlich Bringerlohn 70 Pf., bei Selbstabholung in der Expedition oder den Filialen 60 Pf.; mit der illustrierten Wochenbeilage Neue Welt einschließlich Bringerlohn 80 Pf., bei Selbstabholung 70 Pf. — Durch die Post bezogen vierjährig. 2.10 Mr., für 1 Monat 70 Pf. (Bestellgebiet vierjährig. 42 Pf., monatl. 14 Pf.).

Redaktion: Tauchaer Straße 19/21.  
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig.  
Telephon: 18688.  
Sprechstunde: Donnerstag 6—7 Uhr abends  
(außer Sonnabend).

Inserate kosten die gespaltene Petitzelle oder deren Raum 25 Pf., bei Blattvorschrift 30 Pf. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Preis für das Beilegen von Prospekten ist 8.00 Mr. pro Tausend für die Gesamtanlage, bei Teilauslage 4 Mr. — Der Betrag ist im voraus zu entrichten. Schluss der Annahme von Inseraten für die fällige Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag, Erscheinung und Inseraten-Annahme: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21, Hofgebäude. Telephon: 2721.

## Tageskalender.

Die Bauhilfsarbeiter Leipzig sind heute morgen in den Streik eingetreten.

Ein englischer und französischer Kreuzer sind Sonnabend nach Kreta abgegangen.

In Portugal ist von Teixeira de Souza ein neues Kabinett gebildet.

In Paris kam es gestern bei einer Demonstration nach der Besiegung eines Kunstschilders zu Attacken von Schülern und Kavallerie gegen die Demonstranten, bei denen eine große Anzahl der letzteren verletzt wurden.

## Aus den Parteikämpfen in Preussisch-Polen.

Leipzig, den 27. Juni.

Das politische Leben der Polen in Preußen, das früher keinen Parteikampf kannte, kommt jetzt nicht mehr zur Ruhe. Es genügt, nur die Ereignisse seit der Nachwahl in Posen, die im April stattfand, aufzuzählen: die Gründung einer konservativen Parteiorganisation, die Gründung einer konservativen Arbeiterorganisation, der Beschluss der polnischen Reichstagsfraktion, der die Freiheit der öffentlichen Kritik für die polnischen Abgeordneten aufhebt. Alle diese Gründungen und Maßregeln bedeuten die Mobilisierung der konservativen Kräfte, den Aufbau der konservativen Organisation, d. h. die Mobilisierung des Großgrundbesitzes, der bisher auch ohne Organisation die politische Leitung der polnischen Gesellschaft in seinen Händen hielt. Die zweite charakteristische Seite dieser Ereignisse besteht darin, dass die Konservativen nicht unter eigener Fahne hervortreten, sondern immer wieder ihre Politik als die allgemein nationale proklamieren, ihre Parteiorganisation als den "nationalen Bund" aufzubauen und so die Notwendigkeit des Bestandes spezieller politischer Organisationen leugnen. Zu diesen Tatsachen gesellt sich jetzt eine neue.

Es existiert für Preussisch-Polen ein Zentralwahlkomitee, in dessen Händen die Entscheidung aller wichtigeren Wahlfragen liegt. Es wird durch die Provinzialwahlkomitees gewählt, die wieder von den Leitern der Wirtschaftsorganisationen, der Klerikali und verschiedenen Machern zusammengesetzt werden. Das Zentralwahlkomitee, das von allen bürgerlichen Gruppen als leitende Wahlinstanz angesehen und auf je 5 Jahre gewählt wird,

besteht jetzt in seiner Mehrheit aus Konservativen. Und diese Organisation gebrauchen jetzt die Konservativen zu einem neuen Vorstoß gegen das Kleinbürgertum und seine Partei, die Nationaldemokratie. Sie überrascht die Öffentlichkeit durch folgende Proklamation:

Mit Rücksicht darauf, dass die Polen eine politische Organisation nicht besitzen, die Kraft ihres Amtes das Recht hätte, sich als die Vertreterin des gesamten polnischen Volkes zu betrachten, dass ferner die Bildung einer solchen Organisation gegenwärtig den größten Schwierigkeiten begegnen würde, und da der Mangel einer solchen Organisation auf die allgemeinen politischen Verhältnisse der Polen ungünstig einwirkt, konstituiert das polnische Zentralwahlkomitee sich selbst als eine Organisation, die die Berechtigung haben soll, im gegebenen Augenblick die nötige politische Aktion einzuleiten.

Das Komitee beachtfügt durchaus nicht, die Rechte der polnischen gewerkschaftlichen und politischen Organisationen zu beschränken oder die Selbstständigkeit der polnischen Fraktion zu hemmen; es will vielmehr nur, wo es nötig erscheinen sollte, bei etwaigen Meinungsverschiedenheiten grundlegende Beschlüsse fassen, die für das gesamte Polen als Richtschnur dienen sollen. Nach gesuchtem Beschluss sollen alle Polen an den Beischluss des Komitees gebunden sein. Wahlversammlungen sollen nur von dem legalen Wahlkomitee einberufen werden. Bei Abstimmungen entscheidet die Mehrheit, jedoch direkt die Minderheit nicht vergewaltigt werden.

Um überhaupt die Möglichkeit einer derartigen Proklamation begreifen zu können, muß man sich erinnern, dass erstens in Preussisch-Polen die sozialen Gegensätze zwischen den bürgerlichen Schichten viel schwächer sind, als in Deutschland, dass weiter die nationale Unterdrückung dem Gedanken an die nationale Solidarität eine Bedeutung gibt, wie er sie in nationalen freien Staaten nicht hat. Die Tatsache weiter, dass das Bürgertum keine Kampftradition gegen die feudalen Elemente hat, und dass im Geistesleben der politischen Gesellschaft die Klerikali eine sehr große Rolle spielt und das verbindende Glied zwischen allen Schichten bildet, das alles ermöglicht das Auftreten einer so kuriosen Idee, wie die einer leitenden politischen Instanz für die ganze Nation. Die Bildung einer solchen Instanz wurde in Preussisch-Polen nicht einmal angeregt, aber dass sie jetzt ohne irgendwelche Vor Diskussion durch einen Staatsstreich als Beschluss einer dazu nicht berufenen Instanz verwirklicht wird, das hat seine speziellen Ursachen.

Es steht die Einweihung des Königsschlosses in Posen bevor, und die Reichstagswahlen rücken in die Nähe. Es scheint, dass die Einweihung des Posener Schlosses, bei der der Kaiser anwesend sein wird, von den polnischen Schlachtrümpfen zur Annäherung an die Krone ausgenutzt werden wird. Der Kurier Poznanski wies darauf hin, dass die Bewilligung der Zivilisten in erster Linie von der Rücksicht auf den Gang ins Schloss angekündigt worden ist und der Demokrat Herr Kortant plauderte aus der Schule, dass die Fraktion den Kaiser nicht

reizen wollte. Diese braven Diplomaten glauben nämlich, dass, wenn sie sich nach oben anbiedern, das Enteignungsgesetz nicht angewendet wird und die dauernde Anwesenheit des Kronprinzen in Posen, der eine blau-blütige Umgebung braucht, erscheint ihnen als eine vor treffliche Gelegenheit zur Annäherung an die Krone. Sie fürchten also jede Diskussion über den Gang ins Schloss, jede Protestaktion des Kleinbürgertums. Sie wollen eine autoritative Instanz haben, die auch diese Erniedrigung als nationale Politik gutheißen würde, die den kleinbürgerschen Schwadronen den Mund schließen würde. Und dazu erscheint ihnen das Zentralwahlkomitee, in dem sie die Mehrheit haben, als höchst geeignet. Darum begrüßt auch der Kurier Poznanski, das führende konservative Organ, den Aufruf des Zentralwahlkomitees.

Die Reichstagswahlen bereiten den Konservativen große Sorgen. Seit den letzten Reichstagswahlen hat sich das Kleinbürgertum eine politische Organisation geschaffen, die, wie reaktionär sie auch im Grunde ist, wie jede junge Organisation einen großen Appetit auf Mandate hat. Die Reichsfinanzreform, die Abstimmung für die Zivilisten und — wenn's dazu kommt — der Gang ins Schloss erblitern die Massen des Kleinbürgertums und der Arbeiterschaft, die, weil sie mehr als die Großgrundbesitzer von der Bureaucratie geschützt werden, ganz anders das preußische Regime hassen, als es die Juntenten, denen es gute Kornpreise und Ketten für die Landarbeiter gibt. Der durch die Posener Wahl begonnene Kampf hat den Konservativen, die niemals in Preussisch-Polen einen Kampf zu führen brauchten, einen großen Schreck eingejagt und sie sehen sich wieder nach einem Mittel zur Eingrenzung dieser Kämpfe um. Und auch dazu würde die leitende Nationalinstanz ihnen gute Dienste leisten.

Die kleinbürgerschen Elemente haben aus eben diesen Gründen keine Lust, sich die Kampfshancen zu verderben, obwohl sie aus Furcht vor dem Erwachen der Arbeiterschaft den Kampf gegen den Großgrundbesitz sehr matt führen. Direkt gegen die Gründung einer solchen Instanz können sie nicht auftreten, bildet doch die Agitation für die nationale Solidarität ein Mittel gegen die Solidarität des Proletariats. Sie erklären sich also für den Gedanken im allgemeinen, aber gleichzeitig sind sie gegen die Art, wie ihn das Zentralwahlkomitee, eine zu ganz anderen Zwecken ins Leben gerufene Instanz, zu verwirklichen suchen. Unvorsichtig plaudert der nationaldemokratische Kurier Poznanski, die geheimsten Gedanken des Kleinbürgertums aus, indem er schreibt, die Sache müsse gut und durchgedacht organisiert werden, es würde also kein Schade sein, wenn sie z. B. nach zwei Jahren erst unter Dach und Fach wäre. Nach zwei Jahren, das bedeutet, wenn die Wahlen vorbei sind, und eine politische Verschiebung zugunsten des Klein-

## Seuilleton.

### Der Octopus.

Eine Geschichte aus Kalifornien von Frank Norris.  
Einschließlich Uebersetzung von Eugen v. Tempsky.  
118)

Nachdruck verboten.

Da sie in der Stadt nicht Bescheid wusste und mit den Gebräuchen und Möglichkeiten billiger Speisehäuser unvertraut war, so gab Frau Hooven den ganzen Viertel-dollar auf eine Abendmahlzeit für sich und Hilda aus und hatte daher nichts mehr übrig, um ein Nachtquartier zu bezahlen.

Die Nacht war furchtbar. Hilda hatte sich, an die Schulter der Mutter geschmiegt, in den Schlaf geschlucht. Sie wachte aber von Stunde zu Stunde auf; obwohl in das Tuch ihrer Mutter gehüllt, lagte die Kleine über Kälte und fragte immer wieder, warum sie nicht zu Bett gingen. Betrunken lagen und sahen scharrchend auf den nahen Bänken. Gegen Morgen setzte sich ein Schnapsdunder Bummel neben Frau Hooven und erging sich in einem mit Flüchen und Unstätigkeiten gespickten Selbstgespräch. Erst als es schon dämmerte, schlief sie ein.

Es war heißer Tag, als Frau Hooven erwachte. Hilda lag noch in warmherzigem Schlaf. Die Glieder der Mutter waren steif und lärm von der Kälte und Feuchtigkeit der Nacht; ihr Kopf schmerzte. Sie setzte sich auf eine andre, von der Sonne beschienene Bank und sah zwei lange Stunden in der dürtigen Wärme, bis die Feuchtigkeit aus ihren Kleidern verdunstet war.

Ein Polizist ließ sich lehnen. Sie weckte Hilda, nahm sie auf den Arm und eilte hinweg.

"Mammie," begann die Kleine, sobald sie ganz wach war, "ich bin hungrig. Ich will mein Frühstück."

"Ja, ja, gleich, mein Dechderchen."

Sie selbst war hungrig, aber daran dachte sie nicht. Wie sollte sie nur Hilda füttern? Sie erinnerte sich ihrer Erfahrung vom vorigen Abend, als der junge Mann mit dem Gartenschlaufe ihr Geld gegeben hatte. War denn das Betteln so leicht? Erhielt man Almosen, wenn man darum bat? So schien es; aber alles, was von ihrem starren Unabhängigkeitsstink noch in ihr war, häumte sich gegen den Gedanken auf. Sie und Betteln! Sie sollte Fremden ihre Hand hinhalten?

"Mammie, ich bin hungrig."

Es blieb ihr nichts andres übrig. Dazu musste es ja doch kommen. Wozu zaudern, wozu das Unvermeidliche ausschieben? Sie suchte eine verkehrsreiche Straße auf, in der Männer und Frauen sich zu ihrem Tagewerk begaben.

Prüfend musterte sie die Leute und ließ sie immer wieder an sich vorübergehen, weil bald dieser, bald jener Gesichtsausdruck oder auch gewisse Besonderheiten wie ein zusammengekniffener Mund, finstere, buschige Brauen oder ein vorstehendes Kinn sie abschreckten. Zweimal, als sie bereits ihre Wahl getroffen und sich zu einer Andere entschlossen hatte, beobachtete sie, den Mut verlierend, davor zurück; das Blut stieg ihr in den Kopf, ihre Ohren dröhnten, und ihr ganzes Wesen empörte sich gegen diese Erniedrigung. Es blieb sie gewiss jeder an. Ihr war, als ob sie in ihrer schmachvollen Lage Hunderte von Augen auf sich zöge.

"Mammie, ich bin hungrig," lagte ihr Kind von neuem.

Jetzt stand ihr Entschluss fest. Aber was sollte sie sagen? Mit welchen Worten erbaten Bettler ein Almosen? Sie versuchte sich darauf zu befreien, in welcher Weise Landstreicher, die auf Los Muertos an ihrer Hintertür erschienen waren, sie angesprochen und in welchen feststehenden Redewendungen gewisse Bettler in Bonneville eine Gabe von ihr erbitten hatten. Endlich entschied sie sich für eine dieser Formeln und ging auf einen wohlbelebten, bäftigen Herrn zu, der rasch der inneren Stadt zuführte.

"Ich bitt scheen, helfen Se 'ner armen Frau."

Der Herr ging weiter.

"Er hat mich vielleicht nich geheert," murmelte Frau Hooven.

Jetzt kamen zwei gutgeleidete Frauen, die munter miteinander schwatzten.

"Ach, ich bitt scheen, helfen Se 'ner armen Frau."

Sie blieben stehen, und die eine nahm, ihrer Gefährten etwas zuflüsternd, aus ihrem Geldtäschchen eine gelbe Marke, die sie Frau Hooven unter wortreichen Erklärungen überreichte. Die aber verstand sie in ihrer Verwirrung nicht und dachte nur, was die gelbe Marke wohl bedeuten sollte. Die beiden Frauen gingen weiter.

Die nächste Person, in der die Arme eine mitleidige Seele vermutete, war ein junges, sehr nett gekleidetes Mädchen von etwa achtzehn Jahren.

"Ach, bitt scheen, helfen Se 'ner armen Frau."

Sichtlich verlegen blieb das junge Mädchen stehen und suchte in ihrem Geldtäschchen.

"Ich glaube, ich hab' — ich habe, dächt' ich, hier irgendwo zehn Cents," murmelte sie immer wieder und wieder.

Endlich fand sie ein Zehncentsstück, das sie in Frau Hoovens ausgestreckte Hand fallen ließ.

Das war der Anfang; der erste schwere Schritt war getan, die andern wurden ihr leicht. Den ganzen Tag trieb sich die Mutter mit ihrem Kindbett auf den Straßen herum. Hier war es ein Nidell (20 Pfennige), dort eine Dime (10 Pfennige), hier wieder ein Nidell. Aber noch fehlte ihr die Übung in der Kunst des Bettelns; auch wusste sie nicht, wo man am billigsten essen konnte. Während des ganzen Tages hatte sie knapp Geld genug für zwei Mahlzeiten von Brot und Milch und ein Gericht erbärmlich zubereitetem Schmorfleisches zusammengebracht. Die Nacht zum Mittwoch fand die beiden wiederum obdachlos. Und wiederum verbrachte Frau Hooven mit ihrer Kleinen die Nacht auf einer Parkbank. Am Mittwoch in aller Frühe wurde sie von heftigen, krampfartigen Magenschmerzen befallen, deren Ursache ihr unbekannt war. Im Verlaufe des Tages nahmen die

bürgertums stattgefunden hat. Auf diesen Standpunkt stellt sich die Mehrheit der Provinzpreise, und es wird interessant sein zu sehen, wie der Kampf, in dem die Autorität der höchsten Wahlinstanz auf dem Spiele steht, enden wird. Jedenfalls wird er nicht ohne Einfluss auf das Ergebnis der Reichstagswahlen bleiben.

## Eine neue Strategie.

Von A. Kautsky.

### 5. Streitbedingungen in Preußen.

Im heutigen Preußen ist die Situation eine ganz andre als die in Russland vor fünf Jahren. Hier haben wir es mit der stärksten Regierung der Gegenwart zu tun. Nirgends sind Arme und Bürokratie so stark diszipliniert, vielleicht nirgends ist die Zahl der Staatsarbeiter größer; sicher stehen sie nirgends in solcher „notwendigen Abhängigkeit“, nirgends werden sie durch einen schlimmeren Radauvergehsam im Janne gehalten wie in Deutschland und besonders in Preußen. Über dieser terrorisierten Masse stehen aber Ausbeuter von einer Kraft und Brutalität, die ihresgleichen suchen. Alle diese großen Ausbeuter stehen geschlossen hinter der Regierung, um so geschlossener, je hartnäckiger sie am Bestehenden festhält. Und unterstützt wird sie als Hitler des Bestehenden gegen jeden Umsturz durch große Massen Bauern und Kleinbürger.

In Russland 1905 war die Regierung völlig isoliert. In Preußen von heute ist das Proletariat bei jeder Aktion isoliert, in der es energisch den bestehenden Zuständen an den Verzücken will.

Und war 1905 in Russland die Regierung in einem leichtsinnigen Kriege gegen eine kleine Macht schwach zusammengebrochen, so wird die preußische seit bald einem Jahrhundert von dem blanke beständigen Siege getragen, Siege über die stärksten Großmächte der Welt.

Auf der andern Seite sind aber auch die Lebensbedingungen des deutschen Proletariats keine so verzweifelten wie die des russischen bis zur Revolution. Für ihn bildet keineswegs der Streit die einzige Möglichkeit der Betätigung als Klasse, die einzige Möglichkeit, sich zu seinen Kameraden zu gesellen, mit ihnen vereint zu protestieren, Forderungen zu erheben, Kraft zu entfalten. Vereine, Versammlungen, Presse, Wahlen aller Art beschäftigen ihn vollauf. Unter diesen Bedingungen erhält für ihn der Streit eine ganz andre Bedeutung.

War in Russland schon die Tatsache eines Streiks ein Sieg, melches immer sein praktischer Ausgang sein mochte; war der Streik an sich schon ein Mittel der Organisation, der Aussöhnung, der Auseinerung, so ist das bei uns keineswegs der Fall. Wir haben andre Mittel, das zu erreichen. Zum Streik greift der Arbeiter in Deutschland — und in Westeuropa überhaupt — nur als Kampfsmittel, wenn er die Aussicht hat, dadurch bestimmte Erfolge zu erzielen. Bleiben diese Erfolge aus, dann hat der Streik seinen Zweck versagt. Und entspringt die Erfolglosigkeit schlechter Führung, die entweder den Zeitpunkt des Streiks ungünstig wählte oder die Machtmittel der eigenen oder der gegnerischen Organisation falsch eingeschätzt oder sonst verkehrt operierte, so kann der Streik sehr leicht das Gegenteil dessen erzielen, was er bezeichnet, niederdrückend auf die Arbeiter wirken.

Daher überlegt man vor einem Streik genau seine Chancen, und es wird eine wichtige Aufgabe der Streileitung, schon bei seinem Beginn die Forderungen genau zu formulieren, die durchgesetzt werden sollen. Von ihrer Gestaltung hängt zum großen Teil der Erfolg ab. Sie dürfen nicht zu geringfügig sein, soll nicht der Elan der Kämpfenden versagen. Sie dürfen aber auch nicht zu weit über das Maß dessen hinausgehen, was bei den gegebenen Machtverhältnissen durchaus gehen kann, sollen sie nicht einen Sieg von vornherein unmöglich machen.

Was vom Standpunkt des amorphen, primitiven Streiks des revolutionären Russland eine überschwellige, pedantisch enggerissige Unterscheidung sein möchte, ist in Westeuropa eine wesentliche Bedingung jeder rationalen Streiführung. Sicher kann eine Streitbewegung sich mit einer andern freuen, sicher kann auch eine Streitbewegung in ihrem Verlauf verschiedene Formen annehmen, die nicht vorherzusehen sind. Aus einem Demonstrationsstreit kann eine Ausperrung oder ein Zwangsstreik werden, ein ökonomischer Generalstreik kann die Dimensionen eines Sympathiestreiks annehmen und schließlich politische Bedeutung erlangen. Ein negativer politischer Massenstreik kann einzelne ökonomische Ausläufer nach sich ziehen. Alles das hindert nicht, daß es sehr verschiedene Arten des Streiks gibt, und das unter unsrer Verhältnissen jedesmal bei Beginn eines Streiks dessen Weise und Art, sowie die Ziele und Zwecke, die man ihm setzt, genau erwogen sein müssen.

Die Bedingungen des Streiks sind also in Westeuropa und speziell in Deutschland sehr verschieden von denen des vorrevolutionären und revolutionären Russland. Eine Streitkunst, die sich dort bewährt hat, braucht deshalb noch lange nicht hier am Platze zu sein.

Schon beim bloßen Demonstrationsstreik machen sich Unterschiede bemerkbar. Es dient viel schwerer sein, in Deutschland einen Demonstrationsstreik von solcher Ausdehnung aufzustande zu bringen, wie er in Russland öfter durchgeführt wurde, daß er

das ganze Strafenbild ändert und dadurch auf die gesamte bürgerliche Welt wie auch auf die indifferenzensten Schichten des Proletariats den tiefsten Eindruck macht.

Über russische Demonstrationsstreiks vom Juli 1905 schrieb damals die Genossin Vera Sassulitsch in der *Volksstimme*:

„So etwas hat Russland, und ich glaube sogar auch Westeuropa, noch nie gesehen. Als etwas Neues in der Weltgeschichte erscheint hier die absolute Solidarität aller Arbeiter ohne Unterschied von Beruf und Nationalität. Es streiken wie ein Mann alle Arbeiter von den gutausierten Berufsklassen herab bis auf die niedrigsten Schichten der Lastträger. Es steht der Dampfschiff- und der Eisenbahnverkehr, die elektrische und Gasbeleuchtung ist ausgelöscht, es streiken die Handlungshelfer der großen Magazine, es streiken die Straßenbahnen, die Beleuchtungen erschaffen nicht, Brot und Lebensprodukte steigen rapid im Preise, die Bauten ruhen. In Sotschi ist die Wasserversorgung zum Stillstand gebracht. In Westeuropa sind solche Streiks noch nie dagewesen, trotz eines halben Jahrhunderts der Geschichte der sozialistischen Bewegung, der sozialdemokratischen Organisation und der politischen Freiheit.“ (Zitiert bei Scherrenmann, Das Proletariat und die russische Revolution, S. 15.)

Sicher, Demonstrationsstreiks dieser Art sind in Westeuropa noch nicht dagewesen. Und sie werden auch so leicht nicht kommen, nicht trotz, sondern wegen des halben Jahrhunderts sozialistischer Bewegung, sozialdemokratischer Organisation und politischer Freiheit. Sie bilden die Eigentümlichkeit eines Zustandes, in dem ein modernes Massenproletariat, mit dem Beispiel eines halben Jahrhunderts sozialistischer Bewegung und politischer Freiheit in Westeuropa vor sich, selbst legtlicher legalen Bewegungsfähigkeit entbehrt.

In Westeuropa sind infolge des halben Jahrhunderts proletarischen Klassenkampfes nicht nur die proletarischen Organisationen, sondern auch die kapitalistischen Organisationen zur Unterdrückung des Proletariats weit stärker entwickelt, und sie treten auch bei einem bloßen Demonstrationsstreik viel eher und kraftvoller in Aktion. Anderseits haben dank der politischen Freiheit die Arbeiter so reichliche Gelegenheit, ohne Missetto ihre Anschaunungenlundzutun, daß selbst bei außerordentlichen Anlässen nur die kraftvollsten und vorgeschriftenen unter ihnen das Risiko eines Streiks auf sich nehmen werden, wenn dieser eine bloße Demonstration bleibet soll.

Angestellt der eisernen Disziplin in den staatlichen, städtischen und privaten großen Monopolbetrieben und angelobt des strammen Zusammenhalts von Regierung und Kapital ist gar nicht daran zu denken, daß bei und in einem Demonstrationsstreik gegen die Regierung Städtebahnen, Straßenbahnen, Gaswerke zum Stillstand kommen. Aber auch in vielen andern Betrieben wird ein sehr starker Antrieb erforderlich sein, sollen die Arbeiter in einem bloßen Demonstrationsstreik eintreten, sobald sie auf Seite der Unternehmer Widerstand finden. Ist doch der Streik für sie nicht die einzige mögliche Form politischer Betätigung und politischen Protestes, ja ein bloßer Demonstrationsstreik nicht einmal die eindrucksvollste. Eine negatieve Reichstagswahl macht weit größeren Eindruck. Es dürfte kaum möglich sein, ohne einen gewaltigen Anlauf einen Demonstrationsstreik, der eine gewaltige Massendemonstration wird, für das ganze Reich machtvoll durchzuführen, wenn er einer Sache gilt, die nicht sofortige Abwehr erfordert, sondern bloßen Protest gegen ein Unrecht bekunden soll, das schon mehr als ein halbes Jahrhundert besteht. Daher sind lokale Demonstrationsstreiks als Protest gegen ein augenblickliches, tiefempfundenes Unrecht denkbar, das momentan die Massen erregt und nach sofortiger Abwehr schreit, die nicht etwa bis zur nächsten Wahl verschoben werden kann. In meinem Artikel Was nun? habe ich auch der Erwartung Ausdruck gegeben, daß solche Demonstrationsstreiks, wie wir sie schon in Kiel und Frankfurt hatten, sich wiederholen und steigern würden, wenn die Polizeibrutalitäten sich wiederholten und steigerten. Vorher diskutieren lassen sich aber solche Streiks nicht. Sie entspringen von selbst aus bestimmten Situationen.

Eine weitertragende politische Wirkung könnte von solchen lokalen Demonstrationsreihen nicht ausgehen, wenn sie auch auf den Fortgang der Bewegung belebend wirken müssen. Um politisch zu wirken, müßte der Demonstrationsstreik eine größere Ausdehnung haben. Genossin Luxemburg meint sogar, daß der Massenstreik im heutigen Wahlrechtskampf, den sie im Auge hat, was immer sie darunter verstehen mag, müsse nicht bloß Preußen, sondern ganz Deutschland umfassen. Auch ein solcher Streik wäre keineswegs unmöglich, aber, wie schon erwähnt, er siehe auf große Schwierigkeiten, könnte nur bei einem Zusammentreffen höchst günstiger Momente gelingen und würde kaum mehr bewirken als etwa eine Reichstagswahl.

Mit Demonstrationsstreiks sollte es denn auch nach der Auseinandersetzung der Genossin Luxemburg nicht abgetan sein. Sie spricht von einer sich stetig steigernden und aufzulösenden Massenaktion, die vielleicht durch einen kurzen, einmaligen Demonstrationsstreik eingeleitet wird.

Deutlicher als die Genossin Luxemburg in ihrem Artikel spricht sich Genosse Pannenkoek aus. Er sagt in seinem zweiten Artikel:

„Der Massenstreik als politisches Zwangsmittel gegen die Regierung kann hier, in dem Kampfe um die Regierung, nicht ein einziger Akt sein, sondern nur ein längerer Prozeß. Er kann

nur ein langes, zähes Mingen sein; das kann dann nicht ein lang andauernder einziger Streik sein — das halten die Arbeiter selbst nicht aus —, sondern es muß eine auf- und abwechselnde kolossale Streitbewegung sein, wobei bald hier, bald dort die Kämpfer pausieren, Atem schöpfen müssen, bevor sie sich wieder in den Kampf stürzen, wobei sie möglichst alle Kräfte zu einem gleichzeitigen Streik vereinigen, biswohl vielleicht auch sich wieder in Einzelgefechten trennen.“

Diese Auffassung ist ganz der russischen Streitgeschichte entnommen. In der Tat sagt Pannenkoek selbst vorher:

„Nichts ist wichtiger, als die Formen, die in Deutschland eine Massenstreitbewegung im weiteren Verlauf der Entwicklung annehmen wird, einigermaßen klar zu erkennen. Dabei können uns aber die Beispiele aus Westeuropa am wenigsten dienen, denn hier ging es niemals um die ganze Herrschaft der regierenden Klasse. Daher könnte die russische Streitbewegung als Beispiel dienen. Allerdings ist auch dieses Beispiel nicht ohne weiteres zu gebrauchen — nicht aus dem Grunde, wie Kautsky meint, daß in Russland die Revolution herrschte und hier nicht, denn die russische Revolution bestand gerade in der Massenstreitbewegung, und die deutsche Revolution hat mit dem preußischen Wahlrechtskampf im Grunde schon begonnen. Sonderlich der Unterschied liegt in der gewaltigen Organisationsmacht des deutschen Proletariats, wie sie in einem solchen Kampf noch nie gezeigt wurde, und die ihm eine ungeheure Wucht geben wird.“

Also nicht auf Westeuropa beruft sich Pannenkoek, sondern auf Russland. Freilich fügt er gleich selbst hinzu, daß zwischen den russischen und deutschen Verhältnissen ein Unterschied besteht, aber er steht ihn nur in der „gewaltigen Organisationsmacht des deutschen Proletariats“ und meint, dieser Unterschied könne nur dazu führen, die Wucht des Kampfes zu vermehren.

Ich bin andrer Ansicht.

Diese gewaltige Organisationsmacht des deutschen Proletariats ist eine Folge der gewaltigen Konzentration des Kapitals und der nicht minder gewaltige Entwicklung des Verkehrs, die alle Gebiete des Reichs immer mehr in die engste ökonomische und geistige Verbindung miteinander bringt, aber auch nicht bloß die Organisationen der Proletarier, sondern ebenso die der Unternehmer und der staatlichen Gewalt immer mehr zentralisiert und einheitlicher gestaltet.

Damit werden die Kämpfe zwischen diesen Organisationen ebenfalls immer mehr zentralisiert und konzentriert. Sie gewinnen dadurch sicher, wie Pannenkoek bemerkt, an Wucht, aber sie werden damit auch — immer seltener. Man überlegt es sich da lange, ehe man sich auf einen Kampf einläßt, ist er aber einmal entbrannt, dann gewinnt er sofort die weiteste Ausdehnung und muß durchgesetzt werden mit allen Mitteln entweder bis zum Siege oder völlig Erschöpfung der Kräfte auf der ganzen Linie.

Ein solcher Kampf läßt sich so schnell nicht wiederholen, um so weniger schnell, je gewaltiger seine Ausdehnung gewesen, je mehr die gesamte Masse des Proletariats daran beteiligt war. Die Vorstellung einer Periode der Massenstreiks, die zunächst keinen praktischen Erfolg haben, aber sich immer wieder erneuern, nach kurzen Pausen des Atemzopfens, bis der Gegner zur Strecke gebracht ist, findet einige Halt in der russischen ökonomischen Rückständigkeit, sie widerspricht völlig den Kampfbedingungen eines hochentwickelten Industrielandes mit weitgetriebener Konzentration des Kapitals und Zentralisation der Kampforganisationen sowohl der Proletarier wie der Unternehmer und ihrer Macht.

Andererseits entspringt es aus der politischen Rückständigkeit Russlands, daß dort jeder Streik, auch ein rein ökonomischer, zu einem Alte revolutionärer Politik wurde, so daß man dahin kommen konnte, eine Periode von Streiks aller Art — darunter vorwiegend lokale und ökonomische — als eine Periode „des Massenstreiks“ oder gar als „den Massenstreit“ anzusehen.

In diesem Sinne sage die Genossin Luxemburg in ihrer Schrift über Massenstreit, Partei und Gemeinschaft:

„Es ist gänzlich verfehlt, sich den Massenstreit als einen Akt, eine Einzelhandlung zu denken. Der Massenstreit ist vielmehr die Bezeichnung der Sammelbegriff einer ganzen Jahreslangen, vielleicht zehnjährigenlangen Periode des Klassenkampfes. Von den unzähligen verschiedenen Massenstreiks, die sich in Russland seit vier Jahren abgespielt haben (seit 1902), paßt das Schema des Massenstreiks als eines rein politischen, nach Plan und Absicht hervorgerufenen kurzen Einzelaktes lediglich auf eine, und zwar untergeordnete Spielart: auf den reinen Demonstrationsstreik... Alle übrigen großen und partiiellen Massenstreiks und Generalstreiks waren nicht Demonstrations-, sondern Kampfstreiks, und als solche entstanden sie meistens spontan, jedesmal aus spezifischen lokalen, auffälligen Anlässen, ohne Plan und Absicht, und wuchsen sich mit elementarer Macht zu großen Bewegungen aus, wobei sie nicht einen geordneten Aufzug antraten, sondern sich bald in ökonomischen Kampf verwandelten, bald in Straßenkampf, bald von selbst zusammenstießen. (S. 20.)

Es ist offenbar, daß nach einem „halben Jahrhundert sozialdemokratischer Organisation und politischer Freiheit“ Streiks ein anderes Ansehen gewinnen als diese russischen Streiks, daß das hier in Deutschland nicht der Streik der Zukunft ist. Bei uns ist der Streik eine ganz legale Betätigung, er kann frei besprochen und organisiert werden, hat an sich noch keine Spur gegen die Regierung, und der Streik völlig unorganisierte Massen

zord, dann ein bleicher, schlaffer junger Mann, Julian Lambert, der Presleys Cousine Beatrice, eine von den Zwillingstöchtern der Cedarquists, führte; ihm folgte sein Bruder Stephen, dessen Haar so lang und schlicht wie das eines Indianers, aber von strohgelber Farbe war, mit der Schwester von Beatrice. Der Hausherr, wortlos und bärig, belebt und schaufend, geleitete Frau Cedarquist. Unter den Gästen waren noch zwei oder drei andre Paare, deren Namen Presley nicht behalten hatte.

Den Speisesaal schmückte ein herrliches, zehn Fuß hohes Ölgemälde, das drei Wandflächen einnahm und dessen Gruppen durch schmale Felder von schwarzer Eiche voneinander getrennt waren. Es stellte die Personen des „Romaunt de la Rose“ in zartester allegorischer Auffassung dar; man sah junge, blaueäugige Ritter von malerlose Schönheit und Reinheit, Damen mit Kronen, goldenen Gürteln und wehenden Schleibern, und junge, blumentragende Mädchen, deren aufgelöstes Goldhaar, unter schneeweissen Kopftüchern hervorquellend, über seidene, goldbüschelige Gewänder herabstieg. Der lange Zug der Ritter und Damen hob sich wirkungsvoll ab von einem Hintergrunde von Wald und Wiese, ehrwürdigen Eichen, im Grünen halbversteckten Springbrunnen und Felsen von Affodill und Rosen.

Im übrigen war der Raum einfach gehalten. Den größten Teil der von dem Gemälde freigelassenen Wand nahm ein ungeheuerer Urnenschrank ein, der einst die Banketthalle eines italienischen Palastes der Spätrenaissance geschmückt hatte. Sein altersschwarzes Holz bildete den dunklen Hintergrund zu dem funkelnden Aufbau schwerer Silbergeräts und kristallener Becher und Schalen.

Der erste Gang, Blue-Point-Ausgang, die auf kleinen Pyramiden von gehobstem Eis angerichtet waren, hatte bereits der Gäste; zwei Diener begannen sofort die Gläser mit fühltem Haut Sauterne zu füllen.

Wortleitung folgt.

Schmerzen zu, die jetzt mit einer den ganzen Körper überfliegenden Fieberhitz abwechselten. Die Arme wurden immer matter und kraftloser, und die Schmerzen nahmen beständig zu. Der Versuch, zu gehen, gelang ihr nur mit der größten Anstrengung. Das war ein neues Unglück. Sie mußte gehen, wenn sie betteln wollte. Unter Qualen sich von einem Viertel zum andern schleppend, erreichte sie endlich eine belebte Straße. Es gelang ihr, sich ein Paar Nadel zu erbetteln; von dem nächsten Straßenhändler kaufte sie eine Dose Lepis und lehrte wieder in den Park zurück, um dort erschöpft auf eine Bank niederzusinken.

Dort verbrachte sie den ganzen Tag. Hilda wimmerte abwechselnd nach ihrem Mahle von Brot und Milch oder spiele müde mit den Steinchen des Kiesweges. Gegen Abend machte sich Frau Hooven wieder auf den Weg. Diesmal traf sie es schlimm. Niemand schien zum Geben geneigt. Zweimal wurde sie von Polizisten vertrieben. Ein einziger Orme war das Ergebnis zweistündigen Bettelns. Sie kaufte Brot und Milch für Hilda, weigerte sich aber, selbst etwas zu essen und lehrte zu ihrer Bank — dem einzigen Heim, das sie kannte — zurück; die Nacht verbrachte sie bald vor Frost bebend, bald in Fieberhitz glühend. Mit Ausnahme der von ihr gekauften Lepis und eines Stückes harten Brotes, das in schmieriges Zeitungspapier gewickelt und vermutlich das fortgeworfene Leberbleibsel der Mahlzeit eines Arbeiters war, hatte Frau Hooven von Mittwoch morgen bis Freitag abend nichts gegessen. Bei ihrer zunehmenden Schwäche wurde ihr das Betteln von Stunde zu Stunde schwerer; das Wenige, das sie erhielt, kam auschließlich Hilda zugute, der sie morgens und abends Brot und Milch kaufte.

Am Freitag nachmittag war sie schwächer als je. Die Augen machten ihr zu schaffen. Sie konnte nicht mehr deutlich sehen; von Zeit zu Zeit aber erschienen ihr sonderbare Gebilde. Große, wundervoll geformte Kristallbecher schwieben in der Luft fast auf Armslänge vor ihr auf und nieder. Herrliche Vasen von schimmerndem Glas

neigten und beugten sich vor ihr. Sie sah Glaskugeln, die manigfache, anmutige Formen annahmen; sie wuchsen zu großen Gloden, verwandelten sich in Stundenlächer und spannen sich zu vielverschlungenen, brezelartigen Gebilden aus.

„Mammie, ich bin hungrig,“ rief Hilda und strich mit den Händen über das Gesicht der Mutter. Die wachte auf und blickte verstört um sich. Es war Abend; die Straßenlaternen wurden bereits angezündet.

„Na komm, Kleene,“ sagte sie, sich erhebend und Hildas Hand nehmend, „Sähn mer, wo mer's Abendbrot härt-kriegen, häh?“

Sie verließ den Park und folgte einer Querstraße, die von der Gegend, in der sie bisher gebettelt hatte, in gerader Linie wegführte. Sie hatte dort während der letzten Tage wenig Glück gehabt und wollte es mit einem andern Stadtteil versuchen. Nach einer ermüdenden Wanderung kam sie in die Van Ness Avenue nahe ihrer Kreuzung mit Market Street. In die Avenue einsteigend, ging sie mühselig und unter Schmerzen von Viertel zu Viertel in der Richtung nach der Bay weiter und sprach alle ihr Begegnenden um ein Almosen an; einen Unterschied der Person mache sie nicht mehr.

„Ach, hitt scheen, helfen Se 'ner armen Frau.“

„Mammie, Mammie, ich bin hungrig.“ Es war Freitag abend zwischen sieben und acht. In der breiten, zu dieser Zeit wenig belebten Avenue war es bereits dunkel. Tiefer und tiefer senkte sich ein von der See aufsteigender Nebel herab. Es war empfindlich kühl geworden, und die Gasflammen in den Straßenlaternen, fettige Vögel in Glaskäfigen, plärrten und tanzen in den langausgehalsteten Stößen des Passatwindes, der vom Ozean herbrausend sich in den Straßen der Stadt versetzte.

Mit der tierischen Tochter seiner Witwe am Arm betrat Presley den Gerardischen Speisesaal. Die andern Gäste waren ihm vorangegangen — Cedarquist mit Frau Ge-

"ohne Plan und Absicht" verschwindet immer mehr. Streiks werden in der Regel vor ihrem Ausbruch genau erwartet, fallen dann nicht schließlich "von selbst zusammen" und verwandeln sich auch nicht "in Straßenkampf". Wenn sich zu gewissen Zeiten Streiks häufen, wird es bei uns niemand einfassen, eine derartige Streikperiode mit dem Sammelbegriff "des Massenstreiks" bezeichnen zu wollen, und ebensowenig wird jemand glauben, daß eine derartige Periode ökonomischer und sozialer Streiks schon eine revolutionäre Aktion sei, die zum Umsturz der Regierung führe. Wenn heute bei uns die Bergarbeiter im Ruhrrevier streiken und nach einem halben Jahre die Bauarbeiter in Berlin und wieder nach einem halben Jahre die Textilarbeiter in Cöln-Mülheim zur Erreichung höherer Löhne, so wird niemand erwarten, daß sei der Massenstreik, der die preußische Regierung auf die Knie zwinge."

Soll bei uns eine Aktion als ein politischer Massenstreik wirken, dann darf sie nicht lokal, ohne Absicht und Ziel sein, dann muß sie von vornherein nach Plan und Absicht als ein politischer Streik ausloben, und dieser muß es bis zu seinem Ende bleiben. Es muß den ganzen Staat umfassen, darf nicht ein "partieller", "lokal" Massenstreik sein, und er führt zu einer empfindlichen Niederlage, wenn er sich ohne politisches Resultat in einen ökonomischen Kampf verwandelt, in Straßenkampf, oder von selbst zusammenfällt".

Nur unter der völligen Unfreiheit Ruhrlands konnte eine jahrelange Periode aufeinanderfolgender Streiks meist lokaler und ökonomischer Natur einen derart revolutionären Charakter annehmen, daß man sie als "den Massenstreik" bezeichnen durfte, ohne den Begriff allzu großen Zwang anzutun.

Dann aber die Genossen Eugenburg meinten, eine solche Streikperiode liege sich ins Ungemessene Jahrzehntelang ausdehnen, so hat seitdem die Erfahrung gezeigt, daß das auch unter russischen Verhältnissen nicht möglich war.

Schließlich mußte auch das russische Proletariat durch die Stells wiederlebenden Streiks erschöpft werden und es kam der Moment, wo es vor dem Dilemma stand, entscheidend zu siegen oder für lange Zeit niedergeworfen zu werden. Daß der Streik das Proletariat organisiert, auflässt, stärkt, ohne Absicht darauf, ob er in sich zusammenfällt oder niedergeworfen wird oder siegt, galt selbst unter den russischen Verhältnissen nur eine Zeitlang. Je mehr die russische Streikperiode den Charakter eines wirtschaftlichen politischen Massenstreiks annahm, desto mehr näherte sie sich dem Moment, in dem es heißt: Siegen oder untergehen.

Ich sage das nicht etwa, um mich jenen Sicherheitskommissären anzuschließen, die heute dem russischen Proletariat weise Lehren über die Vermittelbarkeit seiner Gewaltlosigkeit halten. Seine Massenaktion war ein elementares Ereignis, von niemand gemacht. Die Aufgabe der Sozialisten war es, in dieser Aktion, wie in jeder Massenaktion des Proletariats, sich an ihre Spitze zu stellen, welches immer das vorausstehende Resultat sein möchte. Und es war keineswegs von vornherein klar, daß der Marxismus noch einmal Siegen müsse.

Endlich, wenn auch diese Massenaktion nicht erreicht hat, was wir alle wünschten, umsonst ist sie nicht gewesen. Sie hat ein andres Ruhrland hinter sich gelassen, als sie vorsand.

Aber damit hat sie vielleicht sogar für Ruhrland selbst jene Verhältnisse befestigt, die es ermöglichen, daß man eine jahrelange Streikperiode als "den Massenstreik" bezeichnen könnte. Sobald in Ruhrland wieder eine Arbeiterbewegung kräftig einsetzt, und das wird hoffentlich bald der Fall sein, kann sie Bedingungen vorfinden, die den "Streik ohne Plan und Absicht", den Streik, der ein Gewinn ist, ob er "im Straßenkampf endet" oder "in sich zusammenfällt", als einen Rückfall in veraltete Methoden erscheinen lassen. Dann wird wohl auch in Ruhrland die "pedantische" Scheidung der Streiks nach Plan und Absicht notwendig sein und wird ein politischer Massenstreik ebenso wie in Westeuropa ein einmaliger Alt werden, dessen Bedingungen von denen des ökonomischen Streiks streng getrennt sind.

Aber wie dann auch sein möge, die deutschen Verhältnisse neigen jedenfalls das Schema des russischen Massenstreiks vor und während der Revolution nicht.

Hier, in dieser Aussicht, liegt der tiefe Grund der Differenzen über den Massenstreik, die zwischen meinen Freunden und mir bestehen. Sie erwarten eine Periode der Massenstreiks, ich vermag mir unter Verhältnissen, wie sie in Deutschland bestehen, einen politischen Massenstreik nur als ein einmaliges Ereignis vorzustellen, in dem das ganze Proletariat des Reiches mit seiner ganzen Macht eintritt, als einen Kampf aus Leben und Tod, als einen Kampf, der unsre Gegner niederkniet oder die Gesamtheit unserer Organisationen und unsre ganze Macht für Jahre hinaus zerstört oder mindestens lähmmt.

Natürlich kann ich mir dies einmalige Ereignis nicht als einen "aus der Pistole geschossenen" isolierten Alt vor. Auch ich erwarte eine Serie erbitterter Massenkämpfe und Massenaktionen, aber den Massenstreik als die lezte Waffe, die dabei ins Gefecht geführt, diejenige, mit der der entscheidende Schlag geführt wird; ich halte es für unmöglich, unter deutschen Verhältnissen den ganzen Kampf von Anfang an mit dieser Waffe zu führen und diese immer und immer wieder in Anwendung zu bringen, deren Wucht unsre eigenen Arme zu rasch erlahmen ließe.

Man führt nicht Vorpostenkämpfe mit schwerer Artillerie.

\* Da scheine ich wieder einmal falsch prophezeit zu haben. Als ich das schrieb, hatte ich noch nicht das Referat im Vorortrat über die Rede gelesen, die Genossen Eugenburg in Charlottenburg am 7. Juni hielt. Dort erklärte sie, wenn das Referat richtig ist:

"Wir haben ja jetzt auch ein Stück Massenstreik: die Aussperrung im Baugewerbe."

Gehört auch eine Aussperrung dazu, dann wird wohl alles, was innerhalb der Arbeiterbewegung passiert, ein Stück Massenstreik". Am Ende stehen wir schon seit einem halben Jahrhundert in dem "Massenstreik", der unser nächster Schritt zu sein hat.

(Fortsetzung folgt.)

## Gewerkschaftsbewegung.

### Streik der Bauhilfsarbeiter Leipzigs.

Nach den Zimmerern und den Maurern haben nun am gestrigen Sonntag auch die Bauhilfsarbeiter den Spruch des Dresdner Schiedsgerichts verworfen und mit 1018 gegen 96 Stimmen für heute, Montag, den Ausstand erklärt. Sie fordern einen Stundenlohn von 65 Pf., das sind 10 Pf. weniger, als die Maurer fordern.

Die Bauhilfsarbeiter haben sich mit diesem Beschluß ebenso wie die Maurer in Gegensatz zu den Beschlüssen ihres Verbandsrates, der höchsten Instanz in der Organisation, gesetzt. Sie haben damit einen Schritt getan, der von schwierigster Bedeutung für das ganze Verbandsleben werden kann. Am in ihrer Versammlung der Gedanke von der eventuellen Gründung einer Lokalorganisation auch nicht in dem Maße zum Ausdruck wie bei den Maurern — bei denen er gewiß nur ein Produkt der höchsten Erbitterung war — so wollen wir denn doch noch einmal wiederholen, was wir im Anschluß an die Versammlung der Maurer sagten: wir vertrauen dem gefundenen Sinn der Leipziger Bauarbeiterchaft, daß sie sich darüber klar ist, daß die Gründung von Lokalorganisationen im Zeitalter der mächtigen, über das ganze Reich, ja über dessen Grenzen hinaus reichenden Unternehmerorganisationen Selbstversicherung wäre, die sich in kürzer Zeit bitter rächen würde. Wenn die jetzt so heftige Er-

regung in den Kreisen der Bauarbeiter sich gelegt haben wird, wird auch der Gedanke an eine Lokalorganisation so absurd erscheinen, daß er keinen fruchtbaren Boden findet.

### Die Versammlung der Bauhilfsarbeiter

tagte gestern vormittag im Volkshaus, um den Bericht vom außerordentlichen Verbandstag entgegenzunehmen. Der große Saal war überfüllt. Gauleiter Hartmann-Dresden referierte. Er gab, öfters stilistisch unterbrochen, einen Überblick über die Handlungen vor dem Schiedsgericht in Dresden. Sicher sei kein Mensch von ihrem Ergebnis voll befriedigt, aber gelöst müsse werden, daß für viele Bezirke im Reich — allerdings nicht für die Großstädte — nicht zu unterschätzende Vorteile erzielt worden seien. In den Großstädten, so auch in Leipzig, trete aber schon nach einem halben Jahr eine weitere Erhöhung des Stundenlohns um zwei Pfennig ein, somit gegen heute eine Erhöhung um drei Pfennig ein. Es sei also nicht so, daß so gut wie gar nichts an Lohnerhöhung erreicht worden sei. Für Leipzig komme nun in der gegenwärtigen Situation in Betracht, daß der Spruch des Schiedsgerichts vom Verbandstag angenommen worden sei, daß also die höchste Instanz des Verbandes gesprochen habe. Auf ihm hätten sich am ersten Tage auch alle Redner gegen den Schiedsspruch gewendet, am zweiten Tage aber hätten die Delegierten eingesehen, daß unter den gegebenen Verhältnissen etwas anderes als die Annahme des Schiedsspruchs nicht möglich sei. Außerdem müsse doch berücksichtigt werden, daß der beendete Kampf ein Angrißskrieg der Unternehmer und ein Verteidigungskampf der Arbeiter war, in dem die Arbeiter die Herrschaftsgewalt der Unternehmer erfolgreich zurückgeschlagen hätten. Keine Arbeitszeitverkürzung, kein Pfennig Lohnzulage war ihre Parole. Und nun? — Die Unternehmer seien tatsächlich die Geschlagenen, das steht außer Zweifel. (Heftiger Widerprotest.) Nein als wie erreicht worden sei, sei eben unter den gegebenen Verhältnissen nicht zu erreichen gewesen, und es bedürfe nur der ruhigen Überlegung, ob dem Schiedsspruch auch in Leipzig nachgekommen werden sollte. (Muse: Nein, niemals!) Vom Verbandsvorstand, das müsse er hier sagen, würden sie einen weiteren Kampf keine Mittel bewilligt werden können; auch die Maurer und Zimmerer würden es nicht tun. Aber wenn die Maurer den Spruch anerkennen und durch den Ausstand der Zimmerer und Maurer in Mitleidenschaft gezogen würden, dann sei Ihnen die Unterstützung gewünscht. (Stillmische Entrüstungsbrüse: Also Geld ist da, nur zum Streit nicht!) Der Redner fordert die Versammelten zum Schluss auf, in ruhiger Überlegung sich zu entschließen.

Die nun folgende Diskussion gestaltete sich recht lebhaft. Meine Freunde verfestigten Schreiben des Verbandsvorstandes, in dem darauf hingewiesen wird, daß der Schiedsspruch anzuerkennen sei und daß Unterstützung nicht mehr gezaubert werde. Wenn die Kollegen den Streik erklären, so geschieht das auf eigene Verantwortung. Weder die Generalkommission noch die Gewerkschaftsräte würden gesammelte Gelder herausgeben. Er, Heinrichs habe an den Vorstand delegiert, ob das sein letztes Wort sei, ob sie auch dann keine Unterstützung befürmen, wenn sie durch die Maurer und die Zimmerer in Mitleidenschaft gezogen würden. Darauf habe der Vorstand geantwortet, daß wenn der Schiedsspruch angenommen werde, und sie durch den Streik der Maurer und Zimmerer arbeitslos würden, sie Unterstützung befürmen.

Die folgenden Redner wenden sich in heftiger Weise gegen den Zentralvorstand. Wenn dieser nicht für Unterstützung im Kampf sorge, so würden es die Mitglieder der übrigen Gewerkschaften tun. Die gewährte Lohnerhöhung lange hinten und vorne nicht. Wie würde es ihnen anmuten, wenn die Maurer streiken und sie, die Hilfsarbeiter, mühsam gegebenenfalls Streikbrecher Material auftragen? Wenn sie den Spruch anerkennten würden, sei es vorbei mit der Erhöhung der Löhne. Keine Stadt würde mit den Löhnen der Bauhilfsarbeiter sowohl hinter den Löhnen der Maurer zurückbleiben. Durch die niedrigen Stundenlöhne würden die Kollegen geradezu gezwungen werden kann. Demzufolge könnten in mehreren Lohngebieten in den ersten Tagen nach Aufnahme der Arbeit nicht sofort alle vor der Ausperrung Beschäftigten eingestellt werden. Im Beginn der nächsten Woche dürften aber fast alle Mitglieder der Zentralverbände in Arbeit kommen.

Nach weiterer heftiger Debatte teilt Gauleiter Hartmann mit, daß die Mittel durchaus nicht erschöpft seien. Trotzdem 2,5 Millionen Mark ausgegeben worden seien, seien heute noch 700 000 Pt. in der Kasse. Er ist aber der Meinung, daß ebenso wie in andern Städten Verhandlungen nach Aufnahme der Arbeit noch einen Erfolg hätten. Nur müsse zunächst der Schiedsspruch anerkannt werden. (Heftiger Widerprotest.)

In der Abstimmung wird der Spruch mit 1013 gegen 96 Stimmen verworfen; 10 Stimmen waren ungültig. Die Mitglieder der auswärtigen Zahlstellen stimmen nicht mit. Beschlossen wurde weiter, die Arbeit am Montag früh niedezulegen und einen Stundenlohn von 65 Pf. zu fordern. Die ledigen Kollegen haben abzureisen; jeder Kollege, der bisher gearbeitet hat, hat eine vierzehntägige Karrenzeit durchzumachen. Alle Anträge, unter anderem auch der, daß die Leipziger Gewerkschaften aufgesordnet werden, für die Leipziger Bauarbeiter zu sammeln, wurden zurückgestellt für die nächste Versammlung. Der Vorsitzende schloß darauf die Versammlung mit einem Appell, im nunmehr beschlossenen Kampf Disziplin zu wahren, um ihn zu einem guten Ende zu führen.

### Leipziger Polizeikampf gegen Streikposten

Während des Sattlerstreiks bemühte sich die Leipziger Polizei mit Eifer, durch schneidiges Vorgehen gegen Streikposten sich die Sympathien und Anerkennung der Unternehmer und der Herren Streikbrecher zu erwerben. Bei dieser erhabenden und staatsverhindernden Tätigkeit zeichnete sich besonders der Wachtmeister von der Neustädter Polizeiwache aus, der Streikposten, die in der Eisenbahn- und Konradstraße ruhig und gemessen ihres Amtes walteten, in ganz erheblicher Weise belästigte. Der Herr Wachtmeister versuchte es sogar, einem Streikposten vorzureden, Streikpostenstein sei verboten. Als der Arbeiter dem Wachtmeister aber категорisch erklärte, daß das nicht wahr ist, lenkte der Mann des Gesetzes ein und meinte polizeilich-pfiffig: "Das Streikpostenstein verbietet mir Ihnen nicht, aber wir verbieten Ihnen die Straße." Mit diesem Polizeimanöver macht man das Recht des Streikpostensteinens illusorisch. Es handelt sich dabei, wenn wir nicht irren, um eine preußische Polizei erfundene, die im "hellen" Sachsen ebenfalls sofort mit Vergnügen angewendet wurde. Obwohl nun die Streikposten der Sattler nach dem Geständnis eines Schuhmanns ihres Untes so besonnen walteten, daß auch das schärfste Polizeiauge keinen Anlaß zum Einschreiten zu entdecken vermöchte, wurde den Streikposten mit Arrest gedroht. Die belästigten Streikposten wendeten sich beschwerdeführend an die Polizeidirektion, die jetzt — nach vier Wochen — die Antwort erzielte, daß nach § 150 der Verkehrsordnung für die Stadt Leipzig die Polizeibeamten befugt gewesen seien, wie geschehen zu verfahren. Der Herr Polizeidirektor Wagner findet deshalb keinen Grund zu disziplinarem Einschreiten gegen die Beamten. Der beständig dehnbare § 150 wird also dazu benutzt, um das sonst erlaubte Streikpostenstein nach Möglichkeit zu verhindern.

Da der Kampf gegen Streikposten und streikende Arbeiter anscheinend sich zu einem erheblichen Tätigkeitsgebiet der Leipziger Polizei ausgewachsen beginnt, so können wir ja noch hübsche Polizeitaten erleben, denen eventuell aber die Leipziger Arbeiterschaft mit gewohnter Energie zu begegnen wissen wird.

### Deutsches Reich.

#### Neue Differenzen im Baugewerbe.

Der geschäftsführende Ausschuß des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe hat an die Centralvorstände des Maurer- und Zimmererverbandes, des baugewerblichen Hilfsarbeiterverbandes und des christlichen Bauarbeiterverbandes ein Protestschreiben folgendem Inhalts gesandt:

"Aus vielen Orten geht uns die Nachricht zu, daß entgegen den Entscheidungen des Schiedsgerichts in Dresden die Arbeit seitdem der Arbeitnehmer nicht wieder aufgenommen werden ist. Vielleicht sind die Arbeitswilligen absichtlich und gewaltsam zurückgehalten worden. In verschiedenen Orten ist sogar der Streik verkündet. Wir ersuchen Sie, die Ihnen angeschlossenen Organisationen sofort Folge zu leisten. Wir verlangen, daß nunmehr spätestens am Montag, 27. Juni, die Arbeit überall aufgenommen wird."

Der Bundesvorstand fordert seine Ortsverbände auf, bis Montag, 27. Juni, mittags 12 Uhr, telegraphisch zu berichten, ob in ihrem Vertragsgebiet die Arbeit in vollem Umfang wieder aufgenommen worden ist. Sollte sich aus dem Telegramm ergeben, daß das in den einzelnen Gebieten noch nicht der Fall ist, so wird zu Donnerstag, 30. Juni d. J., eine außerordentliche Hauptversammlung des deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe in Halle a. S. einberufen, die weitere Maßnahmen zu beschließen haben wird. Der Bundesvorstand weist seine Ortsverbände an, bevor die Arbeit nicht allgemein aufgenommen ist, darin in örtliche Verhandlungen nicht eingetreten werden, auch dort nicht, wo die Arbeit aufgenommen ist. Danach scheinen sich neue Komplikationen zu entwickeln, die den endgültigen Frieden im Baugewerbe wieder in Frage stellen.

Der leitende Sab in Airlular ist übrigens eine offensichtliche Rufforderung zum Verlust gegen den Dresdner Schiedsspruch. Denn nach Niederaufnahme der Arbeit sollen die örtlichen Verhandlungen beginnen und müssen diese bis spätestens den 27. Juli erledigt sein. Was werden zu einem derartigen Verhalten der obersten Vertretung des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe, die Unparteiischen, Geheimrat Dr. Wiedfeldt, Richter-Direktor Dr. Preller und Oberbürgermeister Dr. Beutler sagen?

#### Von den örtlichen Differenzen

##### Liegen folgende Meldungen vor:

**Sollingen.** Die hiesigen Maurer lehnen den Schiedsspruch ab und beschlossen, von nächster Woche ab in den Streik zu treten.

**Bremen.** Die Maurer nahmen Freitag Stellung zum Schiedsspruch und beschlossen aus Gründen der Disziplin den Schiedsspruch anzuerkennen. Als Bedingung wurde jedoch gestellt, daß ab 1. Oktober 1910, ab 1. April 1911 und ab 1. April 1912 der Lohn um je 2 Pf. erhöht werden soll. Derner wurde der Vorstandbeschluß quittiert, den Arbeitsnachweis der Unternehmer zu sperren. Die Zimmerer hatten ebenfalls eine rege Diskussion, sahen aber von einem Beschluß ab.

**Zwickau.** Die Bauarbeiter haben beschlossen, nur unter der Bedingung die Arbeit aufzunehmen, wenn die Unternehmer bereit sind, einen besseren Ausgleich in der Lohnfrage zu schaffen. Da die Unternehmer sich erst dann in Verhandlungen einzulassen wollen, wenn die Arbeiter zu den Baustellen zurückkehren, wurde Freitag früh die Arbeit aufgenommen.

Am den Ausperrungsgebieten des Gau des Berlin einschließlich Potsdam, die Arbeit übergriffen aufgenommen worden. Es liegt aber in der Natur des Baubetriebes, daß nach neunwöchiger Pause die Arbeit nicht sofort im früheren Umfang beginnen werden kann. Denzufolge könnten in mehreren Lohngebieten in den ersten Tagen nach Aufnahme der Arbeit nicht sofort alle vor der Ausperrung Beschäftigten eingestellt werden. Im Beginn der nächsten Woche dürften aber fast alle Mitglieder der Zentralverbände in Arbeit kommen.

Die Bauarbeiter in Augsburg haben am Donnerstag und Freitag zu dem Schiedsspruch Stellung genommen. Während die Maurer trotz lebhafter Unzufriedenheit mit der ungenügenden Lohnerhöhung dem Schiedsspruch doch mit großer Mehrheit zustimmen, haben die Bauhilsarbeiter den Schiedsspruch einstimmig abgelehnt und beschlossen, nur bei sofortiger Lohnzulage von 3 Pf. pro Stunde die Arbeit wieder aufzunehmen. Die Zimmerer haben den Schiedsspruch angenommen.

Der Unternehmerverband des Maurer- und Zimmerer-gewerbes in Dresden entschied einstimmig, am Schiedsspruch festzuhalten, die weitergehenden Forderungen der Arbeiter abzulehnen und den Streik als Vertragsbruch anzusehen.

**Strassenbahnausbau in Hamburg.** Die Schaffner und Führer der Hamburg-Altonaer Zentralbahn, einer Straßenbahn, die zwei sehr frequentierte und ungemein ertragreiche Straßenbahnlinien von Hamburg-Borgfelde durch das Zentrum von Hamburg nach Altona-Ottensen unterhält, sind am Sonnabend morgen wegen Mahregelung von 9 Kollegen sämtlich in den Ausstand getreten. Es verkehrten nur fünf Wagen, die von Kontrollen bedient werden.

### Europa.

#### Der Achtundseitig im amerikanischer Steinbrudergewerbe.

Die Association of Employing Lithographers beschloß auf einem in New York stattgefundenen Kongress die Einführung des achttägigen Arbeitstages, auch für Steinbruder. Vor zwei Jahren war noch eine große Majorität gegen einen solchen Antrag vorhanden, jetzt kam ein einstimmiger Beschluß auf. Auch eine Krankenfalle und eine Unfallversicherung soll eingerichtet werden. In den Anstalten dieser Unternehmer sind 20 000 bis 30 000 Gehilfen und Hilfsarbeiter beschäftigt.

**Erfolgreicher Eisenbahnerstreik.** Wie aus Nizza gemeldet wird, haben sämtliche Angestellte der französischen Südbahnlinien beschlossen, den Dienst wieder aufzunehmen, nachdem die Gesellschaft ihre häufigsten Forderungen bewilligt hat. Wiederholte Anträge gegen streikende Arbeiter. Die Arbeiter der Sardinienkonsernsfabriken in Concarneau (Frankreich) sind in den Ausstand getreten. Am 20. August mit roter Fahne, die Internationale singend, durch die Straßen. Hierbei kam es wiederholt zu Zusammenstößen zwischen ihnen und den Truppen. Der Marineminister entstand ein Torpedoboot und eine Abteilung Marinesoldaten nach Concarneau. Auch andere Truppenverstärkungen sind dorthin abgegangen.

**Drohender Eisenbahnerstreik in Nordamerika.** Aus Montreal (Kanada) wird gemeldet, daß die Angestellten der Canadian Pacific Eisenbahn ein Ultimatum gestellt haben, daß falls die Gesellschaft nicht alle ihre Forderungen erfülle, der Ausstand am Sonnabend vormittag um 10 Uhr erklärt werden soll.

#### Verantwortlich für den redaktionellen Teil:

Hermann Müller in Leipzig.

#### Verantwortlich für den Unterredakteur:

Friedrich Müller in Borsdorf-Leipzig.

Druck und Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktieng

# Akkordarbeiter Leipzigs. Steinetreiber und Steineträger.

Dienstag, den 28. Juni, abends 7 Uhr  
**Versammlung**  
im kleinen Saale des Volkshauses.  
Tagesordnung: 1. Unser Verhalten zum Bauarbeiterstreit.  
2. Ohne Verbandslegitimation kein Zutritt.  
12518] Die Leitung der Bauhilfsarbeiter.

## Metallarbeiter-Verband.

Geschäftsstelle Volkshaus Zeltner Str. 32  
Bürozeiten: vorm. 8—9 Uhr, mitt. 12—1, abends 5—8 Uhr.  
Telephon 3784.

Schlosseranschläger. Mittwoch, den 20. Juni, abends 10 Uhr, Versammlung im Volkshaus. [12290\*]

Krankenunterstützungs- u. Begräbniskasse der Tischlergehilfen von Leipzig u. Umgeg. — Generalversammlung Sonnabend, d. 23. Juli, ab 8½ Uhr, im Saale des Tivoli, Windmühlenstr. 14/16. Anträge dazu müssen schriftlich bis 6. Juli beim Vorstand Max Illgner, Lindenau, Calvistr. 16, II, eingereicht sein. Mitglieder mit Steuerresten werden nach §§ 5, 6, 13 der Statuten erachtet, welche zu begleichen. [12405] Der Gesamtvorstand.

350 Mitwirkende.

## Leipziger Männerchor Leipziger Singakademie

Leitung: Kgl. Musikdirektor Gustav Wohlgemuth.  
Dienstag, den 28. Juni, abends 8 Uhr, im Festsaale des Zoologischen Gartens zum Besten des Vereins Hauspflege:

### Rob. Schumann-Feier

Solistin: Fr. Anna Hartung, Leipzig  
Am Blüthner: Max Wünsche.

Zum Besuch dieses Wohltätigkeitskonzertes laden freundlichst ein [11808\*]

Der Vorstand des Vereins Hauspflege:  
Frau Clara Claus, Fräulein Johanna Lob, Frau Doris Heidemann, Frau Direktor Lehmann, Frau Dr. Ella Brockhaus, Frau Dr. Kleinknecht, Frau Dr. Vogel, Fräulein Dr. Mösta, Fräulein Anna Seldel, Frau Pastor Dr. Gander, Fräulein B. Röhl, Frau Selma Friedel, Frau Dr. Alma Hube.

Karten im Vorverkauf bei C. A. Hamm, Neumarkt 28, zu Mk. 3, 2, 1,50, 1,25, 1,75 und 50 Pf. Abendpreise erhöht.  
Näheres an den Plakatsäulen.

### Reichshallen

Strassenbahnenverb. 4 u. 5, V., 8. u. K. Größtes Theater, Ball- u. Gesellschaftsstätte. Leipzig-W., Elisabethstr. 3-7. Ab morgen Dienstag, d. 28. Juni, bis Sonnabend, d. 2. Juli: 5 große hum. Extra-Konzerte u. Vorstellungen der allgemein beliebten

12 Oskar Junghähnel-Sänger

Herrn Brill. Biesenprogr. u. viel Neubehör.

Mittwoch nach der Vorstellung: Grosser Grand-Elite-Ball.

Alle Hausskarten gegen Nachzahlung gültig. [12488]

**Vorteilhaftester Brotbelag**

**Hörig's** billiger als Butter sind Marmeladen und Gelées in rühm. bekannter Güte in 1 Pf.-Dosen von 40-80 Pf.  
Bei grösseren Packungen Preiserhöhung. Bei grösseren Packungen Preiserhöhung.

Himbeer- u. Aprikosen-Marmelade ausgewog. Pf. 58 Pf., Obst-Surrogat 5 Pf. - Eimer 1,25 Mk. Fruchtsüsse, Komotts und Gemüse-Konserven. [1862\*]

Ausser den oben angeführten Fabrikaten empfiehlt zum bevorstehenden Osterfest noch ganz besonders meine anerkannt vorzüglichsten Komotts und Fruchtsüsse, diverse Gemüse-Konserven, so lange Vorrat reicht, zu ermässigten Preisen.

**Marmeladen-Fabrik Hermann Hörig, Leipzig.**  
Fabrik: Leutzscher Str. 14. Tel. 13993. — Detailverkauf: Windmühlenstr. 42. Tel. 1346.

Achtung! Ferien-Reisen.

## Postkarten

in grosser Auswahl von Ausflugsorten in THÜRINGEN, SÄCHSISCHER SCHWEIZ, HARZ, ERZGEBIRGE, BÖHMEN u. s. w.

6 Stück 25 Pfennige  
12 Stück 50 Pfennige

sind zu haben in der LEIPZIGER BUCHDRUCKEREI AKTIENGESELLSCHAFT, Abteilung Buchhandlung, u. den Filialen.

### Cheatervorstellungen.

**Neues Theater.**  
Montag, den 27. Juni: 167. Abonnement-Vorstellung (8. Serie, welche: Verd-Tybris III. — La Traviata.) Oper in 4 Akten. Muß von Giuseppe Verdi.  
Regie: Regisseur Marion. — Musikkapelle: Kapellmeister Prof. Violette Dolek. — Dir. Eichholz. — Flora Berwitz. — Dir. Stadttheater. — Alfred Germont. — Dir. Jäger. — Georg Germont, sein Sohn. — Dir. Coomer. — Gallon Nicomie von Petardès. — Dir. Scholz. — Baron Douphal. — Dir. Bülowich. — Marcus d'Obigny. — Dir. Staubermeier. — Das d. Mitt.: Tanz der Algenmenschen, arrangiert von der Ballettmasterin Delia Grondona, ausgeschafft von Dir. Demler, Dir. Schäffer und Damen des Corps de Ballet. — Donca nach dem 2. Akt. Eintritt 1,7 Uhr. Anfang 7 Uhr. Ende gegen 10 Uhr. Kleine Opern-Breite. Spielplan: Dienstag: Tiefland. Anfang 7 Uhr.

### Altes Theater.

Spielplan: Montag bis Sonnabend: Geschlossen.

### Vereinigte Leipziger Schauspielhäuser.

Direction: Anton Hartmann.

### Leipziger Schauspielhaus.

Gohlstrasse 19.

Montag, den 27. Juni, abends 8 Uhr: Wahnsinn Anton Grand.

### Der Registratur auf Bühne.

Wolfe mit Gefang in 3 Akten (7 Minuten) von U. O'Hara und G. v. Moiser.

Regie: Oberregisseur Ernst Vorwiedt.

Dirigent: Kapellmeister Otto Seidler.

Hiller, Agl. Bauerl. Ernst Vorwiedt. — Tafel, Weißig, Re-

istorator.

Wolfe, seine Frau Helga Häfner.

Otto, seines Sohn Wilh. Berthold.

Heidenreich, Gierloß.

rat a. D. Aud. Scheurmann.

Emma, seine Tochter Eva Förster.

Horng. Müller, Jr.

Genieur Otto Groß.

Kopfstein Eugen Her.

Schoff, d. Schulz Camilla Niemann.

Lemberg. Klemm.

Marshall. Eben.

Nelli. Georg Biede.

Katze. Helene Richter.

Reisende. Elfenbaumeister.

Bauerl. Helga Häfner.

Wolfe, sein Sohn Gerd. Gieseck.

Maria Linde. Schauspielerin.

Wolfe, seine Tochter Hannah Aden.

Diele. Dienstmädchen.

der Wirt. G. Winterberg.

Kempt. Wolfe im Rande Carl Wolfstrom.

Eber. J. Stauder. Michaelis Carl Schäfer.

Emilia. Kinder. Eberhard.

Ein Kriminal-Rom-

mischa. G. Voltemann.

Erller. Kriminal. Hans Leibelt.

Walter. Beamter Georg Miller.

Gebrüder. Fritz Schäfer.

Eins. Käffle. Karl Martin.

Reisende. Elfenbaumeister.

Bauerl. Helga Häfner.

Wolfe, sein Sohn Gerd. Gieseck.

Maria Linde. Schauspielerin.

Wolfe, seine Tochter Hannah Aden.

Diele. Dienstmädchen.

der Wirt. G. Winterberg.

Kempt. Wolfe im Rande Carl Wolfstrom.

Eber. J. Stauder. Michaelis Carl Schäfer.

Emilia. Kinder. Eberhard.

Ein Kriminal-Rom-

mischa. G. Voltemann.

Erller. Kriminal. Hans Leibelt.

Walter. Beamter Georg Miller.

Gebrüder. Fritz Schäfer.

Eins. Käffle. Karl Martin.

Reisende. Elfenbaumeister.

Bauerl. Helga Häfner.

Wolfe, sein Sohn Gerd. Gieseck.

Maria Linde. Schauspielerin.

Wolfe, seine Tochter Hannah Aden.

Diele. Dienstmädchen.

der Wirt. G. Winterberg.

Kempt. Wolfe im Rande Carl Wolfstrom.

Eber. J. Stauder. Michaelis Carl Schäfer.

Emilia. Kinder. Eberhard.

Ein Kriminal-Rom-

mischa. G. Voltemann.

Erller. Kriminal. Hans Leibelt.

Walter. Beamter Georg Miller.

Gebrüder. Fritz Schäfer.

Eins. Käffle. Karl Martin.

Reisende. Elfenbaumeister.

Bauerl. Helga Häfner.

Wolfe, sein Sohn Gerd. Gieseck.

Maria Linde. Schauspielerin.

Wolfe, seine Tochter Hannah Aden.

Diele. Dienstmädchen.

der Wirt. G. Winterberg.

Kempt. Wolfe im Rande Carl Wolfstrom.

Eber. J. Stauder. Michaelis Carl Schäfer.

Emilia. Kinder. Eberhard.

Ein Kriminal-Rom-

mischa. G. Voltemann.

Erller. Kriminal. Hans Leibelt.

Walter. Beamter Georg Miller.

Gebrüder. Fritz Schäfer.

Eins. Käffle. Karl Martin.

Reisende. Elfenbaumeister.

Bauerl. Helga Häfner.

Wolfe, sein Sohn Gerd. Gieseck.

Maria Linde. Schauspielerin.

Wolfe, seine Tochter Hannah Aden.

Diele. Dienstmädchen.

der Wirt. G. Winterberg.

Kempt. Wolfe im Rande Carl Wolfstrom.

Eber. J. Stauder. Michaelis Carl Schäfer.

Emilia. Kinder. Eberhard.

Ein Kriminal-Rom-

mischa. G. Voltemann.

Erller. Kriminal. Hans Leibelt.

Walter. Beamter Georg Miller.

Gebrüder. Fritz Schäfer.

Eins. Käffle. Karl Martin.

Reisende. Elfenbaumeister.

Bauerl. Helga Häfner.

Wolfe, sein Sohn Gerd. Gieseck.

Maria Linde. Schauspielerin.

Wolfe, seine Tochter Hannah Aden.

Diele. Dienstmädchen.

der Wirt. G. Winterberg.

Kempt. Wolfe im Rande Carl Wolfstrom.

Eber. J. Stauder. Michaelis Carl Schäfer.

Emilia. Kinder. Eberhard.

Ein Kriminal-Rom-

mischa. G. Voltemann.

Erller. Kriminal. Hans Leibelt.

Walter. Beamter Georg Miller.

## Politische Uebersicht.

Um die ungarische Thronrede.

Man schreibt uns aus Budapest vom 25. d. M.: Wer sich bis jetzt noch immer nicht darüber im rechten war, was die Regierung im Schilde führt, dem muß die Thronrede, mit der heute die feierliche Eröffnung des Parlaments erfolgte, ganz gewiß die Augen geöffnet haben. Es wurde nun endlich auch offiziell bestätigt, daß eine dynastisch-agrarische Hochslut das Land zu verschlingen droht. Zwar wurden von der Dynastie eine ganze Reihe Reformen angekündigt, aber diese Ankündigungen waren so allgemein gehalten, daß ernstgemeinte Reformen nicht zu erwarten sind; wird man an die Ausführung der Reformen schreiten, so wird das ein Reformieren nach rechts und nicht nach links sein. Dagegen wurde ganz präzis ausgedrückt, daß dem Lande neue Blut- und Geldsteuern aufgebürdet, den Agrariern neue Liebesgaben zugeschanczt werden sollen.

Schon die ersten Sätze der Thronrede enthalten ein Zugeständnis an die Agrarier und eine Herausforderung der Massen. Die Koalitionsregierung ließ seinerzeit vom Parlament ein Steuergesetz annehmen. Dieses bot aber den Agrariern soviel Vorteile, dagegen bedeutete es für die Massen eine solche Brandstreuung, daß die Regierung nicht wagte, das Gesetz ins Leben treten zu lassen. Der neuen Regierung wurde nachgesagt, daß es ihre erste große Tat sein wird, das Steuergesetz in den Ofen zu versenken. Nun verheißt aber die Thronrede, daß das Gesetz doch ausgeführt werden soll. Damit nicht genug: im selben Satz heißt es, daß sich die Regierung nach neuen Steuerquellen umsehen wird. Das bedeutet neue indirekte Steuern oder die Schaffung neuer Staatsmonopole. Das Geld wird benötigt, um neue Heereslasten zu beitreten. Denn das Heer soll ausgestaltet werden, heißt es weiter in der Thronrede. Eine Reform des Wehrgesetzes soll durchgeführt werden. Während es aber vorher immer hielt: mit einer solchen Reform sei die Einführung der zweijährigen Dienstzeit verknüpft, wird jetzt auch darüber geschwiegen. Was bei der Heeresreform als „Recompensation“ gebracht werden soll, ist die Erziehung der alten und veralteten Militärstrafprozeßordnung durch eine neue. Ob diese aber einen Fortschritt bedeuten wird, muß erst abgewartet werden. Und wo der Kaiser bekommt, was des Kaisers ist, dort müssen selbstverständlich auch die Agrarier ihren Teil herausbekommen. Es wird für sie die Fortführung und Ausgestaltung der agrarischen Gesetze in Aussicht gestellt. Über das Zustandekommen der Ballonverträge verliert die Krone nur wenig Worte. Werden die Verhandlungen ein günstiges Ergebnis haben, so wird halt die Sache gemacht, wenn nicht, dann nicht. Wahrlieb: mehr hätten sich die Agrarier gar nicht träumen lassen.

Es werden Justiz-, Verwaltungs-, Kultus- und sozialpolitische Reformen in Aussicht gestellt. Wie diese beschaffen sein sollen, das verschweigt die Thronrede. Aber was für Reformen kann eine agrarisch-dynastische Clique bieten? Das Gute von ihr nicht zu erwarten ist, liegt auf der Hand. Besonders die Arbeitnehmer müssen auf der Hut sein. Die niederrücktigsten Anebelungsgezege werden hier wie anderswo als soziale Reformen ausgespielt.

Was wird die Thronrede über die Wahlreform enthalten? Das war die längstliche Frage, die in den letzten Tagen von den Gläubigen der dynastischen Wahlrechtsfreundschaft unzöhligemal gestellt wurde. Zwar wurde von den Offiziösen verkündet, daß die Dynastie über die Frage der Wahlreform nicht mehr sagen wird, als seinerzeit der Ministerpräsident, der das allgemeine Wahlrecht mit Ausschaltung der Pluralität als sein Programm und dessen Durchführung als seine erste Aufgabe bezeichnete — aber das wollten sie nicht glauben. Die Dynastie würde offen verkünden, daß sie die Einführung des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechts wünscht! Wie wurden diese armen Teufel wieder genarrt. Die Thronrede geht nicht einmal so weit, wie es die Offiziösen verkündeten: sie erklärte sich weder gegen die Pluralität, noch bezeichnete sie die Wahlreform als die Hauptaufgabe der Regierung. Sollte es wirklich zu einer Reform des Wahlrechts kommen, so kann diese nur ein Wahlrechtsbeitrag sein, der die Reaktion bestätigt.

So bestätigt auch die Thronrede, was wir über die zu erwartende Gestaltung der Dinge schon lange vorausgesagten: Ungarn geht einer reaktionären Herrschaft entgegen, wie sie drückender noch nie auf diesem armen Lande lastete.

## Deutsches Reich.

Das Zeitblatt und das Friedberger Bombenattentat.

Die Deutsche Tageszeitung findet die Friedberger Bombengeschichte so ergiebig, daß sie, nicht zufrieden mit einer Ausschaltung für die Friedberger Wahl, eine Leistung die doch schon ganz hübsch war, auch am Sonnabend noch in ihrer anmutigen Weise den Fall zurechtfrißt. Mit ernster Kriminalstimmene breitet sie vor ihrem ahnungslosen Leser ein grauenhaftes anarchistisches Komplott aus und findet in dem Verbrechen „den typischen Zuschnitt ähnlicher terroristischer Gewalttat, die in Kiew, Odessa usw. verübt worden sind“. Es sind natürlich Fremde, Walten oder deutsch sprechende Hintermänner, denn wie schon der Bürgermeister von Krähvinke wußte:

Fremde, Ausländer sind es zumeist.

Die unter uns gesäß den Geist der Rebellion.

Den Zweck der ganzen anstrengenden Übung enthüllt das liebliche Blatt zum Schlüß, indem es heißt:

Hoffentlich zeigen Richter und Behörden und im Notfall auch die Gefehlgebung hinlänglich Energie, russischen Gästen dieser Art ihre Absicht nach Deutschland ein für allemal gründlich zu verleidet.

Schade, daß die Freude so kurz war. Mit ein bisschen mehr Ausdauer hätte sich vielleicht sogar ein Attentat gegen Kaiser und König oder andere derer von Gottesgraben zurechtkustern lassen. Vielleicht gelingt's das nächste Mal besser!

## Aus der Justizkommission.

In der Sonnabendssitzung wurde bei § 235 die Beratung der St.-P.-D. fortgesetzt. Derselbe gibt den beisitzenden Richtern und den Prozeßbeteiligten das Recht, an Zeugen und Sachverständige unmittelbar Fragen zu stellen. Dazu verlangten unsere Genossen, in einwandfreier Weise ein Gesetz festzustellen, daß zu den Prozeßbeteiligten auch der Verteidiger und Beistand gehört. Dieser Antrag wurde angenommen. Ein Regierungsvertreter erklärte, daß nach dem geltenden Recht der Staatsanwalt kein Recht habe, direkt Fragen an den Angeklagten oder Zeugen zu richten. Der legte Abzah des § 235, wonach bei wiederholter Verletzung durch das Gericht zurückschwierigen Fragen den Prozeßbeteiligten das Recht der direkten Fragestellung genommen werden kann, wurde gekritisiert. Ein weiterer Antrag unserer Genossen, dem Staatsanwalt zu verbieten, direkt Fragen an den Angeklagten zu richten, wurde abgelehnt; dagegen ein konservativer Antrag angenommen, nach dem alle Prozeßbeteiligten ein direktes Fragerecht an den Angeklagten haben sollen.

§ 238 gestaltet dem Staatsanwalt und dem Verteidiger, die von ihnen benannten Zeugen unmittelbar zu vernehmen. Der Paragraph wird auf Antrag des antisemitischen Kommissionsmitgliedes gestrichen.

## Ein Mandatsmüde.

Der konservative Reichstagsabgeordnete Pauli, Potsdam-Osthavelland, ist mandatsmüde; er will bei der nächsten Reichstagswahl nicht mehr kandidieren. In etwa 14 Tagen soll eine Vertrauensmännerversammlung der Konservativen im Kreis stattfinden, die sich mit der Kandidatenfrage beschäftigen wird.

Der Kreis des Abgeordneten Pauli gehört zu denen, die von der Sozialdemokratie arg bedrängt werden und bei den nächsten allgemeinen Wahlen jedenfalls unserer Partei zufallen. Kandidat ist Genosse Liebnecht.

Der Tischlermeister Pauli war das Schreckenskind der Konservativen und einer der komischen Personen des Reichstags. Er siegte bei der letzten Reichstagswahl in der Stichwahl mit 21939 konservativen gegen 1816 sozialistische Stimmen.

Berlin, 27. Juni. In der Plenarsitzung des Bundesrates wurde der Entwurf eines Besoldungs- und Pensionssets der Reichsbahnbeamten für das Jahr 1910 sowie der Entwurf einer Befreiungsmachung über den Erlös münnpolizeilicher Vorschriften genehmigt.

Mangelnde „nationale“ Opferwilligkeit. Die vielerlei hunderttausend Diamanten scheinen doch nicht überall so dicht gelegen zu sein, daß man sie, wie es vor Dernburgs orientalisch läppiger Phantasie schwiege, einfach vom Boden zusammenreißen kann. Viele Juwelen von Feldern in der Nähe der „Einspannungsstadt“, die statt Diamanten ausgegraben, ihr eigenes Gold in den Boden hineingegraben haben, haben nun die Geschichte satt und wären ihre teuren Felder geruht los. Sie haben nun mit englischen Gesellschaften Abkommen getroffen, daß diese ein paar Monate das Schürfrecht erhalten, um sich dann zu entscheiden, ob sie die Diamantensfelder — um sehr billiges Geld — behalten wollen. Inzwischen hat die Börse durch die schwindelhaft gestiegenen Kurze der Kolonialwerke ihr Schäfchen ins Trockne gebracht. Zum Schaden hierzu kriegen aber die hereingefallenen Diamantengräber noch nationale Zuhilfe von der bürgerlichen Presse, weil sie den Engländern deutsches Gebiet überlassen wollen. Wir geben den enttäuschten Patrioten den Rat, doch selbst die Felder anzukaufen und den Geldbeutel für das Vaterland bluten zu lassen. Noch ist's Zeit!

Das Gesetz über Verlust und Erwerb der Staatsangehörigkeit soll im nächsten Herbst geändert werden. Nach der geplanten Novelle soll ein Deutscher seine Staatsangehörigkeit nicht gegen seinen Willen verlieren. Auch sollen die Meldepflichten bei den Konsulaten, die jetzt als Bedingung für die Beibehaltung der Reichsangehörigkeit vorgeschrieben sind, in Fällen kommen und Verlust der Nationalität bei zehnjährigem Auslandsaufenthalt ausgeschlossen werden. Der Wiedererwerb der Staatsangehörigkeit durch frühere Deutsche oder ihre Nachkommen soll erleichtert werden. Von diesen soll die Erfüllung der Wehrpflicht bei Wiedererlangung der Staatsangehörigkeit nicht mehr gefordert werden, doch sollen Nachkommen, soweit sie nach dem Inkrafttreten des Gesetzes geboren werden, wehrpflichtig sein.

Wirkungen der Steuerpolitik. Der Verein deutscher Käffeegroßhändler hält in Köln seine Generalversammlung ab. Es wurde festgestellt, daß durch die Erhöhung des Kaffeezolles ein riesiger Konjunkturgang zu verzeichnen ist, modifiziert der Zweck der Zollerhöhung: die Reichseinnahmen zu vermehren, vollständig illusorisch gemacht wird. Die Schäden, die die Beteiligten dadurch erleiden, sollen beträchtlich sein.

Auch die Folgen der Tabaksteuer machen sich weiter bemerkbar. Die Firma Hörmelbach in Oberweier bei Offenburg i. B. entließ 500 Arbeiter, die in den Dörfern der Umgegend Heimarbeit verrichteten. Es wurde den Entlassenen bedeckt, nach vier Wochen könnten sie wieder um Arbeit anfragen.

Der Hauptmann o. D. Hellfeld hatte im russisch-japanischen Krieg Waffenlieferungen für Russland übernommen und war zuletzt mit dem russischen Status über die Bezahlung in Discrezien geraten. Er klage vor den Gerichten in Kiautschou und erhielt ein obsiegendes Urteil. In Berlin ließ er daraufhin bei dem Bahnhof Mendelssohn russische Helber, die dort in Höhe von 4% Millionen Mark deponiert waren, pfänden. Der Staatssekretär des Reichs o. S. Schoen erhob aber den Kompetenzeinwand und am Sonnabend hatte sich deshalb der Kompetenzgerichtshof mit der Hellfeldschen Klage zu befassen. Das gefallte Urteil lautet: Der Gerichtshof hat für Recht erkannt, daß die Zwangsvollstreckung an den russischen Depots beim Bahnhof Mendelssohn unzulässig und daher der vom Minister der auswärtigen Angelegenheiten erhobene Kompetenzkonflikt für begründet zu erachten ist. Der Pfändungsbeschluß des Berliner Landgerichts ist aufzuheben.

Der Prozeß wegen Geheimbündel gegen die sogenannten Anarchisten Erich Mühsam und Genossen, der dieser Tage in München geführt wurde, endete mit Freisprechung sämtlicher Angeklagten. Ein Angeklagter wurde zu 5, einer zu 2 Jahren Gefängnis verurteilt, weil sie gelegentlich der Ferrer-Demonstration das Wappen von der spanischen Botschaft in München abgerissen hatten.

Das bayrische Land und das Deutsche Reich ist vor dem Unstirz gerettet.

Alte politische Nachrichten. Sonnabend wurde Hardens Zukunft auf Antrag des Amtsgerichts Berlin I beschlagnahmt wegen eines Artikels, in welchem das Verhältnis des Hauptmanns v. Göben zur Frau v. Schönebeck in einer angeblich die Sittlichkeit verleidenden Weise besprochen wurde. — Die Partei hat aus dem Gelde, das dem Sultan Abdul Hamid abgenommen worden ist, vier Millionen als Kriegsfonds für einen eventuellen Krieg mit Griechenland bereitgestellt. — Der portugiesische Generalsekretär der Jöle und indirekten Steuern Teixeira de Souza hat den Auftrag zur Bildung des Kabinetts angenommen und durchgeführt. — Der schweizerische Nationalrat genehmigte einstimmig den Ständeratsbeschluß über die

Versaßungsänderung des Kantons Basel Stadt, nach dem die Kirche vom Staat getrennt wird. — Der Verband des sozialistisch-radikalen Bahlomites in Paris hat beschlossen, den Industriellen Jacquelin wegen des standeswidrigen Wahlvertrages mit seinem Gegenkandidaten Chevau aus der Partei auszuschließen. — Der französische Kreuzer Coëtís geht morgen von Toulon nach Kreta und wird mit dem Panzerkreuzer Admiral Charner bis auf weiteres dort bleiben. — Der große geschünte englische Kreuzer Diana ist nach Kreta abgegangen. — Der Engländer Moore ist in Teheran eingetroffen, um als Vertreter einer Gruppe englischer Kapitalisten die Frage einer persischen Anleihe zu prüfen. — An der russischen Grenze wurden in Tschardow nach zweitägigen Haussuchungen gegen 100 Personen verhaftet und nach Warschau überführt.

## Schweiz.

Bundespatriot.

Die Bundesanwaltschaft, die 1880 im Anschluß an die Wohlmutsgeschichte auf Bündner Verlangen eingerichtet wurde, um die „gefährlichen“ Elemente, denen die Schweiz Asyl gewährt, zu überwachen, hat sich schon manchmal, namentlich bei der Verfolgung der von Credé nach den Walländer Unruhen von 1888 gehedneten Italiener, nicht mit Ruhm bedekt. Jetzt ist unser Berner Parteidrogen in der Lage, das die Tätigkeit dieser Behörde kennzeichnen. Es ist ein Rundschreiben an die obersten Polizeibehörden der Kantone vom 31. Mai d. J., in dem eine Liste von 30 Staatsgefährlichen mitgeteilt wird. Darunter befinden sich nicht allein eine Reihe aus Preußen oder Österreich ausgemiefener ausländischer Anarchisten, bei denen etwa noch eine Propaganda der Tat in Frage kommen könnte, sondern auch Schweizer Bürger, obwohl die Behörde nur zur Überwachung der Ausländer bestimmt ist, und auch Sozialdemokraten. So wird ein Tessiner als „extrem, zum Anarchismus und Syndikalismus neigender Sozialist“ der polizeilichen Bespitzelung empfohlen. Und als Nr. 1 figuriert der Basler Schillie Graber, nicht nur Schweizer, sondern auch Sekretär des größten Schweizer Gewerkschaftsverbandes (der Metallarbeiter). Der Bundesanwalt hinsicht, nicht nur über den Aufenthalts, das Kommen und Gehen dieser Personen, sondern auch über ihr Verhalten informiert zu werden. Die politische Spionage, die der republikanischen Ehre der Schweiz, von der freilich unter der fortgesetzten freilinigen Herrschaft nicht mehr viel übrig ist, schon viel Abbruch getan hat, blüht also lustig weiter.

## Italien.

Votum für das Kriegsministerium.

Rom, 25. Juni. Die Deputiertenkammer verhandelte am Sonnabend über einen Gesetzentwurf, der die Erhöhung der im außerordentlichen Kriegsbudget für den Bau und die Unterhaltung von leistungsfähigen Flugzeugen und Aeroplanen angelegten Beträge vorschreibt. Gegenüber den Ausführungen der Sozialisten Ciccotti und Turati, die gegen die Billigung sprachen und eine Tagesordnung vorschlugen, wonach nicht in die Diskussion über die Förderung eingetreten werden sollte, betonten der Rechtsstaat und der Schatzminister Tedesco die Notwendigkeit des Kredits. Der Antrag, nicht in die Diskussion einzutreten, wurde in namentlicher Abstimmung mit 228 gegen 24 Stimmen abgelehnt und der Gesetzentwurf sodann angenommen.

## Cürs.

Militärische Verschiebungen.

Saloniki, 26. Juni. Das dritte Korps wird in vier unabhängige Divisionen mit Sitz in Monastir, Serres und Saloniki eingeteilt; die fünfte unabhängige Division wird in Skutari (Albanien) errichtet. Das zweite Korps wird in drei Divisionen eingeteilt, an deren Spitze besondere Generalsäfte mit den wichtigsten Offizieren gestellt werden. Der gegenwärtige Kommandeur des dritten Korps, Hadi Pascha, wird Chef dieser Generalsäfte.

Note der Schutzmächte an die Pforte und an Kreis.

Konstantinopel, 27. Juni. Die Schutzmächte überreichten gestern der Pforte eine Note, worin dargelegt wird, daß wenn die Kreiter der osmanischen Deputierten und Beamten Schwierigkeiten bereiten, die Wächte eingreifen werden. Den Kreiter ist befannigegeben worden, daß die Wächte fest entschlossen sind, die türkische Souveränität zu wahren.

## Sächsische Angelegenheiten.

Der König auf einer Informationsreise.

König Friedrich August pflegt alljährlich zur Sommerzeit einige Teile „seines“ Landes zu besichtigen. Majestät beschränkt sich aber nicht darauf, die Gegenden zu besichtigen, sondern wendet ihr Interesse auch industriellen und sonstigen Anlagen zu. Nach jeder Reise versichert dann die königstreue Presse den Lesern, Majestät habe tiefe und lehrreiche Einblicke in das industrielle und gewerbliche Leben des Volkes gewonnen und während der Reise die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse eingehend studiert. Und jedesmal lesen wir auch in den Festberichten über die Königsbesuche, wie anerkennend sich Majestät über all das aussprach, was gezeigt und vorgeführt worden ist. Wie so eine Informationsreise vor sich geht, lesen wir im Bornaer Amtsblatt, das das Programm für eine Reise am 1. Juli veröffentlicht, bei der die Städte Lausitz, Regis, Großsch and Pegau besucht werden. Hier das Programm:

- 1. Uhr  
8.30 vormittags von Schloß Wechselburg mit gräflichen Equuppen nach Narsdorf.
- 2. Ankunft Narsdorf. Abmeldung des Amtshauptmanns von Narsdorf. Meldung des Amtshauptmanns Dr. Einert, Borna, in Narsdorf.
- 3. Weiterfahrt mit Eisenbahn nach Lausitz.
- 4.22 Ankunft Bahnhof Lausitz. Begrüßung durch einen Gesangverein am Bahnhof. Fahrt nach dem Herrmannsbade.
- 5.30 Empfang vor dem Herrmannsbade. Ansprache des Bürgermeisters.
- 6. Besichtigung des Herrmannsbades, der umgebenden Anlagen sowie des Geneeskungsheims (Ansprache des Pastors Grundmann-Leipzig) und des Bethlehemstifts.
- 10. Mit Automobil vom Bethlehemstift nach der Stadt zur Besichtigung der Blüthfabrik von Gebr. Koch.
- 10.05 Besichtigung der Fabrik von Gebr. Koch und Frühstück in der Wohnung des Fabrikmitbesitzers Kommerzienrat Arthur Koch.
- 11.25 Abfahrt über Blößberg und Schönau nach Zedtlitz.
- 11.45 Begleitung in Zedtlitz vor der Kirche.
- 11.52 Weiterfahrt von Zedtlitz (Platka, Raupenhain) und Blumroda nach Regis.
- 12.05 Ankunft in Regis. Empfang im Rathause. Ansprache des Bürgermeisters Küller.

- 12,15 Zu Fuß über den Markt (Ausstellung) nach den Betr. einigen Flanschfabrik und Stanzwerken A.-G. in Neugis. Ansprache des Direktors Köhler.
- 12,20 Besichtigung dieser Fabrik.
- 12,20 Im Automobil nach dem Tagebau Regler Kohlenwerke.
- 12,22 Ansprache des Bergdirektors Großgart.
- 12,22 Besichtigung dieses Tagebaus.
- 1,02 Abfahrt über Blumroda nach Bobstadt.
- 1,12 Begrüßung in Bobstadt.
- 1,20 Weiterfahrt nach Bahnhof Altenburg.
- 1,25 Begrüßung in Bahnhof Altenburg.
- 1,38 Abfahrt über Drosendorf nach Pödelwitz.
- 1,38 Begrüßung in Pödelwitz.
- 1,52 Abfahrt über Großen und Großwischstauben nach Groitzsch.
- 2 Ankunft in Groitzsch. Empfang im Rathause. Ansprache des Bürgermeisters Mülling.
- 2,18 Abnahme der Ausstellung der Militärvereine, der Freiwilligen Feuerwehr usw.
- 2,25 Zu Fuß durch die Stadt nach der Wiprechtsburg durch die Wiprechtsstraße.
- 2,40 Ankunft dasselb und Besichtigung einer Ausstellung von Erzeugnissen der Groitzscher Industrie. Hierauf wird ein Trunk und ein Jausi angeboten werden.
- 3,20 Abstieg vor der Wiprechtsburg nach der Nordseite, dabei Besichtigung der Reste der ehemaligen Schlosskapelle.
- 3,25 Abfahrt nach Pegau (Auto).
- 3,40 Ankunft in Pegau. Empfang im Stadtverordneten-Sitzungszimmer. Ansprache des Bürgermeisters. Kurze Besichtigung des renovierten Rathauses.
- 4 Abnahme der Ausstellung des Schützenkorps, der Militärvereine und der Freiwilligen Feuerwehr.
- 4,10 Zu Fuß bis zur Kirche.
- 4,15 Besichtigung der St. Laurentiuskirche mit Wiprechtskapelle. Ansprache des Pfarrers Schäfer.
- 4,25 Zu Fuß durch die Breitstraße am Kriegerdenkmal vorbei durch die Promenade.
- 4,25 Besichtigung der Filzwarenfabrik der Firma Ferdinand Möller. Ansprache des Fabrikmitbesitzers Stadtrat Friedrich.
- 5,05 Mit Automobil zurück nach dem Rathause (Marktstall).
- 5,10 Ankunft im Rathause.
- 5,25 Mittagstafel im Rathausaal. Der Kasse soll im kleinen Saale, in dem einige Gegenstände des Altertumsmuseums ausgestellt sein werden, angeboten werden.
- 6,55 Im Automobil vom Rathause nach dem Bahnhof der Sächsischen Staatsbahn.
- 7 Rückfahrt von Pegau mit königlichem Extrazug über Altenburg. Dort Abmeldung des Amtshauptmanns.

Majestät ist also am 1. Juli von früh 8 Uhr 30 Minuten bis abends 7 Uhr zur Besichtigung und Information unterwegs, das sind 11½ Stunde. In dieser Zeit sieht und hört Majestät kurz folgendes: 2 Abmeldungen und 1 Anmeldung "kleiner Könige", nämlich von drei Amtshauptleuten; 12 Ansprachen nebst 11 offiziellen Begrüßungen. Weiter nimmt Majestät über eine Anzahl Militärvereine, Schützenbrüder und Feuerwehren Paraden ab, meist natürlich wieder feierliche Reden gewechselt werden. Zwischen hindurch werden Groitzscher Industrieerzeugnisse, Ruinenreste, Filzwarenfabriken, Kohlenbergwerke, Flanschfabriken und Blüschenbereichen, Genussheime und Bäder, Rathäuser und Kirchen besichtigt. Selbstverständlich alles genau und eingehend, wie uns die Amtsblattspresse nachher beibringen wird, denn Majestät soll sich ja informieren. Wahrscheinlich werden nebenbei noch soziale Fragen besprochen, die Arbeiterverhältnisse und die wirtschaftliche Situation erörtert. Für solche Fragen soll sich der König, wie wir immer in den königstreuen Presse lesen, sehr interessieren. Da nun auch eine Majestät essen und trinken muß, wird auch noch festlich gefeiert, diniert und Kasse getrunken. Und das alles zusammen in 11½ (in Worte elf und eine halbe) Stunde. Aus unserer Schulzeit her, aus Kinderstählen und königstreuen Zeitungen wissen wir, daß die Fürsten und Könige mit besonderem Scharfsinn begabt sind; trotzdem will es uns scheinen, daß bei diesem Blüszugtempo selbst ein König Not und Mühe haben wird, sich nur beschließen zu informieren. Vielleicht lehren uns aber die Amtsblätter am 2. Juli eines besseren.

#### Zur Nachwahl in Izschan-Marienberg.

Mit einer großen und eindrucksvollen Wahl demonstrieren sind die Genossen des 20. sächsischen Reichstagswahlkreises in die Wahlbewegung eingetreten. Auf einem großen Wiesenstück in Geleuna sind die Versammlung statt, zu der trotz ungünstiger Witterung aus den Städten und Dörfern des räumlich ausgedehnten Kreises die Genossen und Genossinnen in Scharen zusammengetreten waren. Über 5000 Personen nahmen an dieser ersten Volks- und Wählersversammlung teil – ein gutes Zeichen für den beginnenden Wahlkampf, der in zwei Monaten mit dem Sieg der Sozialdemokratie enden soll und muß. Genosse Paul Göhrre-Jehlendorf wurde unter freudiger Zustimmung wieder als Kandidat aufgestellt. Dann sprach Reichstagsabgeordneter Genosse Dr. David Berlin über die politische Situation im Reiche, Landtagsabgeordneter Genosse Sinnermann-Dresden berichtete über die Tätigkeiten im Landtag und schließlich hielt Genosse Göhrre eine Ansprache an die Versammelten, die begeistert Beifall zollten und einig waren in dem Gedanken: Der Kreis muß am 24. August wieder und für immer der Sozialdemokratie gehören.

#### Das Ende Langhammers

Aus Chemnitz wird berichtet: Der Vorstand und Ausschuß des nationalliberalen Vereins zu Chemnitz haben gestern beschlossen, auf Grund der Untersuchung des Verhaltens des Abg. Langhammer in der Tagessäße diese, ganz dem Beschluss der nationalliberalen Landtagsfraktion entsprechend, als nicht einwandfrei anzusehen. Was den Antrag betrifft, Langhammer offiziell aus dem Landesverein auszuschließen, so hat die Kommission beschlossen, den Landesverein vorstand zu ersuchen, eine erneute schriftliche, tatsächliche Begründung erfolgen zu lassen, bevor sie dazu Stellung nehmen könne.

Nachdem auch der Chemnitzer nationalliberalen Verein Langhammer fallen gelassen hat, ist das politische Ende Langhammers so gut wie besiegelt.

#### Ein Ortskrankenkassenschwindel.

Der Freiberger Anzeiger, und nach diesem der ganze Chorus der sogenannten Ordnungspresse, schlägt ein bedauerliches Vorkommen gegen den Vorstand der Ortskrankenkasse zu Freiberg aus. Der Kassierer der Ortskrankenkasse, Gräber, wurde am Donnerstag voriger Woche früh in einer Dachlammer

des Verwaltungsgebäudes der Ortskrankenkasse mit durch schnittener Kehle aufgefunden. Gräber wird als ein Opfer sozialdemokratischer Machinationen hingestellt, weil der Vorstand der Ortskrankenkasse gegen Gräber, "der wohl der einzige Beamte war, der sich nicht zur Sozialdemokratie bekannte", wegen verschiedener Unregelmäßigkeiten vorgehen mußte. Der Vorsitzende der Kasse, Bieligt Bieligt, hat zu der Angelegenheit in der Freiberger Volkszeitung eine Erklärung erlassen, wonach sich die Sache als eine gemeine Hebe gegen den Vorstand der Ortskrankenkasse darstellt.

Durch eine Revision des Obersekretärs Schulze von der Landesversicherungsanstalt wurde Anfang Januar 1910 festgestellt, daß für verschiedene Personen, obwohl ihr diese Beiträge gezahlt waren, keine Maxen verwandt wurden. Kurz danach wandte sich die Witwe eines verstorbenen Mitglieds an den Kassierer Gräber um Erstattung der Beiträge durch die Landesversicherungsanstalt. Herr Gräber zahlte daraufhin der Frau über 50 M. aus, obwohl er wußte, daß er das gar nicht durfte. Später, auf erfolgten Einspruch hin, hat Herr Gräber der Frau noch einen Betrag ausgehändigt, so daß sie rund 80 Mark erhielt. Dem Revisionsteam teilte Herr Gräber auf Befragen mit, daß er die Karten verbrannt habe. Da nun die Frau nur die von ihrem Mann direkt gezahlten Beiträge juristisch hat, so müßte unbedingt der Betrag, der vom Arbeitgeber geleistet worden ist, noch vorhanden sein, da er nicht an die Landesversicherungsanstalt abgeliefert ist. Von dem Ausgang der Revision gab der Vorsitzende der Kasse Bescheid in der nächsten Vorstandssitzung. Weitere Maßnahmen unterließ er.

Durch den Abgang eines Beamten (nicht Sozialdemokrat, sondern strammer Ordnungsmann) erhält Bieligt Kenntnis, daß auf ein Konto über ein Jahr lang keine Beiträge eingehoben waren, obwohl der betreffende Arbeitgeber nach wie vor verpflichtungspflichtige Personen beschäftigte, ja, daß das Konto überhaupt verschwendet war. In der nächsten Vorstandssitzung brachte Bieligt diese Angelegenheit zur Kenntnis des Gesamtvorstandes; Herr Gräber erklärte darauf, daß Konten sei beglichen, er habe dem Beamten, der das Kloster hat, Anweisung erteilt, auf das Konto 81,03 M. einzutragen, was auch geschehen ist. Auf eingezogene Erklärung bei dem betreffenden Arbeitgeber erfuhr Bieligt, daß das Geld noch nicht eingehoben war, sowie daß er die letzten Beiträge auf Monat November 1908 Mitte Dezember 1908 bezahlt habe. Wegen dieser Feststellungen und eines Vorcommunismus mit der Krankenkasse Deberan, die auf ihre der Kasse gefundene Abrechnung und zweimalige Mahnung kein Geld für gehabte Aufwendungen erhalten hatte, worauf Herr Gräber erklärte, die Deberaner Kasse habe nichts zu erhalten, er wolle aber einmal anfragen, schrieb Bieligt selbst an den Kassierer der Deberaner Krankenkasse. Aus diesem Brief erhielt er folgendes Schreiben: „Heute vormittag 8 Uhr empfingen wir durch die Gemeindeverbands-Girokasse die Mitteilung, daß unser Konton 170,03 M. von der Ortskrankenkasse I zu Freiberg überwiesen worden sind. Dies war für uns die Bestätigung, daß unsere Rechnung vom 27. April als zweites Duplikat unter der Adresse: An den Vorstand der Ortskrankenkasse I, Herrn Vorsitzenden Bieligt, in Freiberg diesmal richtig angekommen ist. Diefer Rechnung war auch ein Begleitschreiben beigefügt.“ Dieser Brief ist Bieligt nicht vorgelegt worden, dessgleich das Begleitschreiben nicht. Diese Vorcommunisten veranlaßten den Vorsitzenden, bei der Aufsichtsbehörde vorstellig zu werden und eine Kassenrevision zu beantragen. Der Vorsitzende des Vertriebungsamtes nahm über die gemachten Angaben ein Protokoll auf und erklärte Herrn Rechnungsbüroletti Meliusch, am nächsten Morgen eine Kassenrevision vorzunehmen. Dabei wurde auch erörtert, welche Maßnahmen getroffen werden sollten, nachdem der Gesamtvorstand von den gemachten Angaben unterrichtet sei. Bieligt erklärte, daß er beantragen werde, den Beamten sofort zu entlassen, da die Geschäftsführung unter keinen Umständen so weitergehen könnte. Es wurde Bieligt darauf geraten, Herrn Gräber einen Schlüssel des Geldschanks abzunehmen. Alles das brachte Bieligt auch in der Vorstandssitzung zur Sprache. Herr Gräber bestritt, daß er ein Schreiben untergeschlagen habe; nach Verlesung des Briefes von der Krankenkasse Deberan schwieg er aber. Zu dem Konto, auf welches so lange keine Beiträge erhoben waren, und wie der Vorsitzende behauptete, auch noch nicht erhoben sind, obwohl Herr Gräber die Sache sofort nach der betreffenden Vorstandssitzung hätte regeln können, um aus der Affäre herauzulommen, erklärte er, der Betrag sei dem Stadtrat mit zur Pfändung überwiesen worden. Von Bieligt wurde dies mit der Begründung zurückgewiesen, daß man nicht pfänden lassen könne, wenn man dem Betreiber überhaupt noch keine Aufstellung über den zu zahllenden Betrag habe zugehen lassen. Auf Antrag der Arbeitgeber-Vorstandmitglieder wurde einstimmig beschlossen, von einer sofortigen Entlassung abzusehen und Herrn Gräber einen 14-tägigen Urlaub zu geben. Das der tatsächliche Sachverhalt.

Unter solchen Umständen zu behaupten, Gräber sei durch den Vorstand der Ortskrankenkasse, besonders durch diesen Vorsitzenden, in den Tod getrieben worden, kann man nur begreifen unter dem Gesichtswinkel der allgemeinen Hölle gegen die Selbstverwaltung der Ortskrankenkassen.

#### Ein guter Rat.

Wegen umfangreicher Steuerhinterziehungen sollte sich der Rittergutsbesitzer Adolf Gustav v. Wolfsdorf vor dem Landgericht Dresden verantworten. Geladen waren eine größere Anzahl Zeugen, die über die Erträge des von dem Angeklagten erachteten Unten Auskunft geben sollten. Die Bezirksteuererhebung zu Oschatz hatte sich damals Verfahren als Nebentägerin angeschlossen. Der Strafprozeß hat eine ziemlich lange Vorgeschichte, aus der nur so viel zu entnehmen ist, daß v. Wolfsdorf in den letzten Jahren sein Einkommen aufsallend niedrig angegeben hat und deshalb von der Steuerbehörde zunächst zur Nachzahlung von 700 M. nicht entrichteter Steuer herangezogen worden ist. Eine weitere Folge war eine Verhandlung vor dem zuständigen Landgericht Leipzig. Hier wurde v. Wolfsdorf noch zur Zahlung des sechsfachen Betrages der hinterzogenen Steuer, also zu 4514 M. verurteilt. Auf die Revision des Angeklagten hob das Reichsgericht das Urteil aus prozeßualen Gründen auf und verwies die Strafsache zwecks näherer Feststellungen an das Landgericht Dresden. Zur nochmaligen Verhandlung kam es jedoch nicht. Der Angeklagte v. Wolfsdorf zog auf den Rat seines Verteidigers noch vor Beginn der Sitzung den Antrag auf gerichtliche Entscheidung zurück. Das Verfahren wurde eingestellt, die bisher erwachsenen gerichtlichen Kosten und die Erstattung der der Nebentägerin entstandenen notwendigen Auslagen fallen dem Angeklagten zur Last. Der Vertreter der Nebentägerin, also die Bezirksteuererhebung zu Oschatz, stellte dem Angeklagten anheim, bittweise bei der Steuerbehörde um einen teilweisen Nachlaß der Strafe einzukommen.

Wenn der Vertreter der Steuerbehörde dem noblen faulen Steuerzahler öffentlich einen solchen guten Rat erstellen darf, muß doch die Gewissheit ziemlich groß sein, daß die Steuerbehörde einem entsprechenden Gesuch stattgeben werde. Leute aber, die so die Steuerbehörde hintergehen, in solcher Weise zu begünstigen, halten wir für sehr unangebracht.

**Wahlen am Sonntag.** In Lichtenau hat, wie wir gemeldet haben, der Gemeinderat beschlossen, die Gemeindewahlen fünfzig am Sonntag vorzunehmen. Zu dem Beschlusse, der auch die Genehmigung der Amtshauptmannschaft gefunden hat, bemerkte unser Dresdner Parteiblatt: „Hoffentlich bleibt es nicht

bei diesem einen Falle.“ Es wird unser Parteiblatt interessieren zu erfahren, daß in der Umgebung von Leipzig in verschiedenen Gemeinden, so z. B. in Paunsdorf, Schönfeld, die Gemeindewahlen nach ortsstatutarischer Bestimmung Sonntags stattfinden. Einiges völlig Neues ist also in Lichtenau nicht zu verzeichnen. Allerdings werden die Gemeinden, wo die Wahlen Sonntags stattfinden, auch nicht häufig sein.

— Chemnitz. Ein Unternehmer hatte eine Arbeiterin plötzlich entlassen, weil sie sich mit einer Mitarbeiterin bei der Arbeit unterhalten hatte. Das Mädchen ging zum Gewerbericht und beanspruchte für die Zeit ihrer Entlassung folgenden Arbeitslosigkeit 6,80 M. Lohnentzehrung. Der Unternehmer gab im Termin an, er habe dem Mädchen das Sprechen bei der Arbeit mit den Arbeitskolleginnen verboten und sie habe trotzdem wieder gesprochen. Da die Kägerin seinen Anordnungen nicht gehorcht habe, sei er mit der plötzlichen Entlassung im Rechte gewesen. Er wurde antragsgemäß verurteilt und ihm dadurch klar gemacht, daß es ein Unterschied ist, ob jemand bei einem Unternehmer oder im . . . Justizial ge arbeite.

Izwidau. Wegen Vergehens gegen das Preßgesetz hatte sich vor dem Schöffengericht der verantwortliche Redakteur des Sächsischen Volksblattes, Genosse Krämer, zu verantworten. Er war beschuldigt, im Sächsischen Volksblatt einen Artikel mit der Überschrift: Die Polizei hat immer recht aufgenommen zu haben, obwohl er gewußt hätte, daß der in dem Artikel bezeichnete staatsanwaltschaftliche Beschluß noch anstehend war, demnach mit diesem Beschuß ein amtliches Schriftstück eines Strafprozesses in der Presse veröffentlicht zu haben, bevor das Strafverfahren sein Ende erreicht hatte. In dem fraglichen Artikel wurde mitgeteilt, daß die Staatsanwaltschaft die Einleitung eines Strafverfahrens gegen einen Polizeikommissar in Zschopau wegen Freiheitsberaubung, daß von einem Genossen Kellermeier beantragt worden war, abgesehen habe und daß gegen diese staatsanwaltschaftliche Verfügung die Entscheidung einer höheren Instanz werde angeworben werden. Auf Grund von § 17 und 18, Abs. 1, des Preßgesetzes wurde Genosse Krämer zu 15 M. Geldstrafe verurteilt. Gegen einen Angst Parteiblatt, die das Schriftstück ebenfalls gebracht haben, ist merkwürdigweise keine Anklage erhoben worden.

Döbeln i. B. Mit einer Stimme Mehrheit wurde der sozialdemokratische Stadtverordnete Johann Küffner, Kassierer des Konsumentvereins, als unbesoldetes Mitglied des Stadtverordnetenkollegiums gewählt. Dem Stadtverordnetenkollegium gehören sieben sozialdemokratische Bürgerschaftsvertreter an.

Alte Nachrichten aus dem Lande. Auf der Vogelschieße in Dresden stürzte der Dachstuhl des großen Varieté-Etablissements Globus zusammen, wodurch fünf Zimmerleute und Arbeiter herabstürzten und schwere Verlebungen erlitten. Zwei Arbeiter erlitten leichte Verlebungen. Das Unglück wird dem mit verunglimpften Polizei Schuld gegeben; er soll zur Abstellung des Gerüsts zu schwach halten verwendet haben. — Beim Abriss des Kontorgebäudes der vormaligen Wiederschen Maschinenfabrik in Chemnitz löste sich ein Stück Dachlina in der Höhe von etwa 7 Metern ab, stürzte aus einer Höhe von 12 Metern herab und durchschlug die im Hofraum an dem Gebäude angebrachte Schießplatte. Von einem losgerissenen Brett dieser Platte wurde der in der Nähe beschäftigte 18jährige Handarbeiter Schneider an den Kopf getroffen, so daß er fest rücklings an Boden stürzte und tot liegen blieb. Nach Auslage des Arztes hatte der Unglücks das Mittag gebrochen. — Der vormalige Oberleutnant Friedrich Ernst Wagner aus Marienberg, gegenwärtig Strafgefangener der Landesanstalt Bautzen, wurde vom Landgericht Freiberg wegen falscher Aufschreibungen zu einer Fünfjahresstrafe verurteilt.

## Hus den Nachbargebieten.

Ministerieller Konflikt zugunsten eines Regierungspräsidenten.

Der Regierungspräsident zu Erfurt hatte folgende Wahrnehmung veröffentlicht: „Von der Seite, Gesellschaft mit beschäftigter Hoffnung, Fabrik chemisch-pharmazeutischer Präparate (früher Erfurt, jetzt Kötzschenbroda) wird unter der Bezeichnung Antidiatetikum ein angebliches Heilmittel für Kinderkrankheiten vertrieben. Nach dem Ergebnis der vom öffentlichen Nahrungsmittel-Untersuchungsamt der Stadt Erfurt angestellten chemischen Prüfung stellt das Mittel eine schmutzige, braune Flüssigkeit dar, die durch Abköpfen von Chinaringe erhalten ist und noch eine Vermischung von Salzsäure und bitterem Pflanzenglycerin, ferner von einer erheblichen Menge Kochsalz erhalten hat. Eine spezielle Wirkung hat dieses Mittel nicht. Sein Wert beziffert sich auf etwa 20 Pg., während es für 6,50 Mark verkauft wird. Da der Käufer durch die Höhe des Kaufpreises erheblich benachteiligt wird, wird vor dem Anlauf des Mittels gewarnt. Erfurt. Der Regierungspräsident.“

Der Vertreter der Gesellschaft, Bauer, verklagte den Regierungspräsidenten auf Schadenserhalt. Vorläufig verlangte er 2000 Mark. Der Minister des Innern erholt zugunsten des Regierungspräsidenten den Konflikt. Der Beamte habe sich innerhalb seiner Amtsbeschränkungen gehalten. Die Reklame der Gesellschaft habe den Anlaß zur Untersuchung durch das Nahrungsmitteluntersuchungsamt gegeben. Die medizinischen Sachverständigen hätten festgestellt, daß das Mittel die Wirkung gegen Zucker, die ihm beigelegt werde, nicht besteht. Der Preis übersteige den Wert um mehr als das Achtzehnfache. Es sei zu befürchten, daß das Vermögen und die Gesundheit der Patienten geschädigt würden. Letztere dadurch, daß sich manche Leute durch die Anfertigungen der Firma davon abhalten ließen, rechtzeitig einen Arzt in Anspruch zu nehmen. Danach sei der Regierungspräsident zu seiner Warnung berechtigt gewesen. Das Oberverwaltungsgericht erklärte den Konflikt für begründet und führte aus: Die Reklame des Regierungspräsidenten zum Erfolg einer solchen Warnung ergebe sich aus der Regierungsinstruktion vom 28. Oktober 1817, und zwar aus § 7. Nun fragt sich, ob er sich innerhalb der Grenzen seiner Rechte gehalten habe. Das sei zu bejahen, weil Grund zu der Annahme vorhanden gewesen sei, daß beim Gebrauch des Mittels die verheilende Wirkung nicht eintrete und das Publikum an Geld und Gesundheit geschädigt werde. Der dem Regierungspräsidenten beigegebene Regierungskontrollrat habe die Warnung konzipiert, und dieser Beamte sei nach § 47 der Regierungsinstruktion der gegebene Sachverständige. Somit müsse der Konflikt für begründet erklärt und dahin entschieden werden, daß das Klageverfahren gegen den Regierungspräsidenten einzustellen sei.

Wenn der Regierungspräsident mit seinem Vorgehen gegen das Antidiatetikum recht hat, warum braucht er dann eine gerichtliche Auseinandersetzung zu führen? Aber freilich, die fewale Einrichtung des Konflikts wird stets von den Oberbehörden angewandt, wenn die ordentlichen Gerichte gegen einen höheren Beamten angerufen werden. Ein preußischer Beamter ist in seiner Verwaltungspraxis unantastbar. Im letzten Landtag hatten unsre Genossen den Antrag gestellt, die Einrichtung des Konflikts abzuschaffen, sie blieben aber mit ihrem Antrag allein.

Aus Sachsen-Weimar. Im Landtag war ein von den Abgeordneten aller Parteien unterstützter Antrag gestellt und angenommen worden, um die preußische Regierung das Erledigen zu richten, den Abgeordneten der thüringischen Landtage für die Dauer der Tagung dieser Parlamente freigehoben zu stellen der befreit. Der Abgeordnete der Landesdeputation zwischen dem Tagungs-ort der betreffenden Landtage und dem Wohnsitz der Abgeordneten zu gewähren. Das Ministerium hat sich die Befürwortung

dieser Eingabe angelegten sein lassen und ist dabei in seinen Be- mühungen von der Negligenz des Herzogtums Gotha unterstellt worden. Dennoch ist das Ansuchen von dem preußischen Ministerium der öffentlichen Arbeiten ab schlägig beschieden worden. Man will sich jedoch mit dieser Ablehnung nicht zufrieden geben. Es soll nun zunächst versucht werden, zwischen den einzelnen thüringischen Staaten in der Frage der Fahrgeldfreiheit ihrer Landtagsabgeordneten auf den preußischen Eisenbahnen während der Dauer der Tagung ihrer Parlamente eine Einigung herzustellen, dagegen, daß alle Regierungen gemeinsam erneut mit diesem Ansuchen an Preußen herantreten. Da der fortwährende Ausbau des preußischen Eisenbahnnetzes in Thüringen wiederholt Anlaß zu Verhandlungen zwischen Berlin und den mitteldeutschen Kleinstaaten gibt, bei denen die letzteren die Konzessionseigner sind, hofft man Gelegenheit zu finden, auf Grund eines Staatsvertrages die Zustimmung Preußens zu der angestrebten Fahrgeldfreiheit der thüringischen Landtagsabgeordneten zu erlangen.

**Eisleben.** Von der Strafammer sind am 7. März die Bergleute Johannes Mosebach und Hermann Nausché wegen Vergehens gegen § 158 der Gewerbeordnung und versuchter Körperverletzung zu je einem Monat Gefängnis verurteilt worden. Während des Bergarbeiterstreiks wollte am 21. Oktober v. J. der Arbeitswillige L. nach Hause gehen. In der Nähe von Leimbach füllten die Streikenden die Straße und bildeten Spalier, um L. Spiecherten laufen zu lassen. Dabei begingen die beiden Angeklagten die ihnen zur Last gelegten Handlungen. Auf ihre Revision hob vorgerufen das Reichsgericht das Urteil auf und verwies die Sache an die Strafammer zurück. Daß auf den Arbeitswilligen L. Zwang ausgeübt wurde durch das Spiechertenlaufenlassen wird zwar als festgestellt erachtet, nicht aber, inwiefern der Angeklagte Mosebach selbst den L. zu bestimmen versucht hat, an dem Streik teilzunehmen. Bezüglich Nausché liegt derfe Mangel vor. Auch ist unzureichend festgestellt, daß er sich der Körperverletzung schuldig gemacht hat. In dem Falle kann der Kleider muß nicht notwendig eine Körperverletzung gebrachten werden.

**Bom Elchesel.** Die Angebote auf die Ausführung von Erdarbeiten sowie der Bauwerke zum Bahnbau Wielkerode-Herberg wurden im Bureau der Eisenbahnbaubüro eröffnet. Von den 12 eingegangenen Angeboten lautet das höchste auf 917 150 Mark und das niedrigste auf 478 480 Mark.

**Erfurt.** Eine 35 Jahre alte Frau, die an Magenschmerzen litt, nahm, während der Mann zum Arzt ging, versehentlich Gift anstatt Arznei. Nach etwa einer Stunde trat der Tod ein.

**Ronneburg.** Der 18jährige Dienstknabe Schumann in Bierwaldt wurde, als er die durchgegangenen Pferde seines Dienstherrn einspannen wollte, von einem auschlagenden Tier an die Schläfe getroffen. Er war sofort tot.

**Halle a. S.** Mit hohen Geldstrafen gehen die Gerichte gegen das Volksblatt vor. Am Sonnabend wurde der Redakteur Gnosse Kasperek wegen angeblicher Beleidigung des gesamten Ulanenregiments der 7. Kompanie Infanterie-Regiments in Torgau zu 800 Mk. Geldstrafe verurteilt. Gleich darauf stand derselbe Redakteur und sein Kollege Leoold vor dem Schöffengericht in Eisleben, um sich wegen angeblicher Beleidigung eines Beamten der Mansfelder Gewerkschaft zu verantworten. Leoold erhielt 150 Mk. Geldstrafe, während die Verhandlung gegen den Hauptstürmer Kasperek verzögert wurde. Auch die genannte Gewerkschaft beantragte ihre Beamten jetzt bei jeder Belegungsklage gegen das Volksblatt zu erheben. In den letzten Tagen sind dem Volksblatt Geldstrafen in Höhe von 2850 Mk. aufgeprägt worden.

**Magdeburg.** Acht Wahlrechtsdemonstranten hatten sich vor dem Schöffengericht Bückau wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt sowie wegen öffentlicher Beleidigung eines Gendarmerie-Wachtmeisters und eines Amtsdieners, begangen bei der Wahlrechtsdemonstration am 6. März, zu verantworten. Einer der Angeklagten wurde außerdem beschuldigt, an diesem Tage einen öffentlichen Aufzug veranstaltet und geleitet zu haben. Das Gericht sprach zwei der Angeklagten, darunter auch den angeblichen Leiter, frei und verurteilte zwei zu je einer Woche, drei zu je zwei Wochen und einen zu drei Wochen Gefängnis.

**Torgau.** Bei einer Schwimmübung der Artillerie auf der Elbe ist der in einem Rettungskahn stationierte Kanonier Thiemke, als er, um einem Kameraden Hilfe zu bringen, in den Strom sprang, in einen Strudel geraten und ertrunken.

**Nordhausen.** Das Schwurgericht verhandelte gegen den Militärkavallerist Wilhelm Appenrodt aus Neustadt sowie gegen den Arbeiter Karl Herbst und den früheren Gemeindedienner Gottfried Heber aus Niedersachsen, die des missentlichen Meineids schuldig gesprochen wurden. Alle drei wurden zu je drei Jahren Zuchthaus und sechs Jahren Chorverlust verurteilt; auch wurde ihnen die Fähigkeit abgesprochen, als Zeugen oder Sachverständige eidlich zu erscheinen.

**Achter Verbandstag des Deutschen Holzarbeiterverbandes.** k. München, 25. Juni.

#### 6. Verhandlungstag.

Zur Statutenberatung liegen eine fast endlose Zahl Anträge vor. Für die Statutenberatungskommission berichtet Neumann-Hamburg. Die Kommission empfiehlt, die Altersgrenze für jugendliche Arbeiter (Umfreiheit als vollberechtigte Mitglieder) auf 17 Jahre zu belassen, wie es ja auch der Referent in der Jugendfrage vorschlägt. Nach kurzer Debatte stimmte der Verbandstag dem Vorschlag zu. Den Anträgen der Kommission entsprechend wurden dann alle Anträge, die sich auf die Abstimmung Beitritt und Beitrag beziehen, abgelehnt. Die Anträge, die sich auf die Beitragserleichterung bei Arbeitslosigkeit beziehen, werden an die Kommission zurückverwiesen. Zugestimmt wird einem Antrag, daß die Kasseunterstützung für Sonn- und Feiertage schon am Tage vorher ausgezahlt werden kann. Angenommen wird auch ein Antrag Berlin, nach dem, wenn die Arbeitslosigkeit die Höhe einer Waffenübung ist, diese bei der Wartezeit in Abrechnung zu bringen ist.

Längere Erörterungen knüpften sich an die Anträge des Verbandsvorstandes zum § 37: Streikunterstützung. Die bisherigen Bestimmungen des Streikreglements sollen in etwas geänderter Fassung als besonderer Abschnitt in das Statut aufgenommen und die Unterstützungs Höhe geändert werden. Die Unterstiftung bei Streiks und Ausperrungen soll je nach der Dauer der Mitgliedschaft bei 28 Wochen 9 Mk., und bei 200-wöchiger Mitgliedschaft 14 Mk. pro Woche betragen. Ferner kann 1 Mk. pro Kind gewährt werden bis zu dem Höchstfeste von 15-20 Mk. Einzelne Redner erblickten in diesen Sätzen eine Verschlechterung gegenüber den bisherigen Bestimmungen. Bisher konnte schon nach 18wöchiger Klarzeit Unterstiftung bezogen werden. Leipart betonte, daß die Sätze im ganzen eine Verbesserung bedeuten. Die Kommission empfahl auch die unveränderte Annahme, und der Verbandstag stimmte dem zu.

Die Gemäßregeln unterstiftung wird ebenso nach dem Vorschlag des Vorstandes festgesetzt. Mitglieder, die infolge ihrer hervorragenden Tätigkeit für den Verband arbeitslos werden, kann ohne Erfüllung einer Wartezeit eine Unterstiftung von 9 Mk., außerdem für jedes Kind unter 14 Jahren 1 Mk. bis zur Gesamthöhe von 15 Mk. pro Woche gewährt werden. Bei längerer Mitgliedschaft erhöht sich die Unterstiftung. Die Sätze sind dann dieselben wie bei den Streik-

unterstützung. In besonderen Fällen ist der Vorstand ermächtigt, den Unterstützungsatz bis zu 3 Mk. die Woche zu erhöhen.

Bei den Bestimmungen über die Lokalverwaltung wird einem Antrag des Vorstandes zugestimmt, daß für die richtige Ablieferung der Gelber und Abrechnungen die Revisoren der Zahlstelle, sowie jedes Mitglied der Lokalverwaltung der Hauptkasse gegenüber verantwortlich zuerst wurde beantragt "haftbar", dagegen machte sich aber starker Widerspruch bemerkbar".

Beim Abschluß Verbandstag wird beschlossen, daß zur Vorberatung der Anträge an den Verbandstag unmittelbar vor dem Verbandstag eine neuwählbare Kommission einzuberufen ist, die aus Delegierten der verschiedenen Bezirke gebildet wird. Ferner wird ein Antrag des Vorstandes angenommen, daß die zu einem Verbandstag gewählten Delegierten und Erwähnungen ihr Mandat bis zum nächsten ordentlichen Verbandstag erhalten und in der Zwischenzeit vom Vorstand und Ausschuß in dringenden Fällen zu einem außerordentlichen Verbandstag einberufen werden können.

Die Statutenberatung ist damit bis auf einige Punkte, die an die Kommission zurückverwiesen wurden, erledigt.

Für die Revisionskommission berichtet dann Starke-Dresden. Die Kommission hätte die Aufgabe gehabt, die Kassenführung zu prüfen und zu der Vorlage des Vorstandes über die Regelung der Beamtengehälter Stellung zu nehmen. Kasse und Bischler seien in bester Ordnung gefunden worden und wird beantragt, dem Kassierer und Vorstand Entlastung zu erteilen. Dies geschah. Der Vorstandsvorlage über die Gehaltsregelung hat sich die Kommission im wesentlichen ange- schlossen, sie schlägt nur kleine Änderungen vor. Nach der Vorlage sind die Beamten in vier Klassen eingeteilt. Die beflockten Vorstandmitglieder und Redakteure sollen 200 Mk. Ansangsgehalt bekommen, steigend nach jedem Dienstjahr um 10 bis 250 Mark monatlich. Die Gauvorsteher sollen 170 Mk. Ansangsgehalt erhalten, steigend bis 200 Mk., die Hilfsarbeiter im Verbandsbüro ebenfalls 170 Mk. Ansangsgehalt, aber nur bis 200 Mk. steigend, und die Lokalbeamten sollen 150 Mk. Ansangsgehalt erhalten, steigend wie bei den anderen Gruppen um 10 Mark jährlich, bis zu 180 Mk. Zu diesen Sätzen treten Ortszuschläge von 10 und 20 Mk. pro Monat. Besonders wird in der Vorlage betont, daß die Zahlstellen mit Lokalbeamten verpflichtet sind, die Mindestsätze zu bezahlen. Dagegen wandten sich in der Debatte mehrere Redner, den Zahlstellen sollte nur "nahegelegt" werden, dieses Gehalt zu bezahlen. Bei der Abstimmung wird aber die gesamte Vorlage des Vorstandes mit den von der Kommission beantragten Änderungen und unter Annahme eines Antrages, daß die leitenden Zahlstellenbeamten den Gauvorsteher im Gehalt gleichzustellen sind, mit 100 gegen 41 Stimmen angenommen. Die neuen Sätze sollen möglichst sofort, spätestens aber bis 1. Oktober in Kraft treten.

Die Delegierten werden auf 14 Mk. für die in Arbeit stehenden Delegierten und 9 Mk. für die Beamten festgesetzt. Dann wurden 8 Delegierte zum Internationalen Holzarbeiterkongress in Kopenhagen gewählt, und hierauf der Bericht von den Gewerkschaftskongressen in Hamburg und Berlin entgegenommen. Dem Vorstand wurde dabei ein Antrag zur Erwidigung überwiesen, sich mit der Generalkommission zwecks Gründung einer Gewerkschaftsbank ins Einvernehmen zu setzen. Beschlossen wird dann noch, daß über jede weitere Vertragsabschaltung eine Urabstimmung stattfinden hat. Dem Vorstand überwiesen wird ein Antrag, eine Konferenz der zum Holzarbeiterverband gehörenden Werftarbeiter der Binnenn- und Seeschiffahrtswerften und den Schiffszimmerverband dazu einzuladen.

Der Verbandsvorstand und die Gauleiter wurden einstimmig wie der gewählt. Damit sind die Arbeiten des Verbandstages erledigt. Mit einem Hoch auf den Verband wird er geschlossen. Der nächste Verbandstag findet 1912 in Berlin statt.

## Generalversammlung des Zentralverbands der Textilarbeiter.

r. Berlin, 25. Juni.

#### Sechster Verhandlungstag.

Nachdem die Mandatsprüfungskommission über die ihr überwiesenen Wiederaufnahmehohe eingetragen war, berichtet der Vorstand, wurde beschlossen, daß die Kollegen Blüterslein und Bitter aus Kölmar wieder in den Verband eintreten dürfen, jedoch ohne Eintritt in ihre alten Rechte. Die Wiederaufnahme von Berger-Nürnberg, Schnitz-Lachen, Landsberg-Reinmünster wurde abgelehnt.

Dann referierte Gauleiter Bretschneider-Gera über die Tariffrage in der Textilindustrie.

Er stellt sich auf den Boden der im Jahre 1908 auf der Generalversammlung in Wülfrath angenommenen Resolution in dieser Frage. Damals wurden die Bedingungen festgelegt, unter welchen Tarife abgeschlossen werden dürfen. Als Längsdauer der Tarife wurden damals drei Jahre bestimmt; Bedingung aber war, daß die Arbeitszeit durch einen solchen Vertrag auf mindestens 10 Stunden festgesetzt wurde. Seitdem sind nur 12 bis 15 Tarife abgeschlossen worden; es bestehen allerdings noch eine größere Anzahl von Zahnlinien, die aber als eigentliche Tarife nicht gelten können. Wenn der Vohn tariflich festgelegt würde, entstünde zweifellos für die Arbeiter ein günstiges Verhältnis. Sie wären dann davor gestellt, daß nicht bei jeder ungünstigen Zeit Zahnlinien einzutreten. Die Möglichkeit eines Reichsttarifs oder die Gefahr, daß alle Tarife einmal zu gleicher Zeit ablaufen könnten, besteht im Textilsberg nicht.

Die Spezialtarife, die in den vielen Branchen des Berufs notwendig sind, könnten gar nicht zu gleicher Zeit zum Ablauf gebracht werden. Außerdem seien die Fabrikanten weder so georganisiert, noch so einzig in dieser Frage, um einheitliche Tarife und gleiche Ablaufzeit erzwingen zu können. Eine Befürchtung, daß die Arbeiter mit Tarifverträgen von den Fabrikanten stranguliert werden könnten, sei wohl unbegründet. Es empfiehlt sich also, stärker wie bisher im Sinne der Resolution von 1908 zu wirken, wonach in geeigneten Fällen Vohntarife abgeschlossen werden können. Bestimmte Normen dazu könnten allerdings weber von der Generalversammlung noch von einer allgemeinen Tarifkommission aufgestellt werden; das müsse Sache der Branchenkongreßkonferenzen bzw. von ihr zu bestimmender Kommissionen sein. Für die Durchführung und Überwachung der Tarife ist das Arbeiterausbau-System eine Notwendigkeit.

Dem Referat wurde debattiert und eine entsprechende Resolution einstimmig angenommen. Dann folgte ein Referat des Redakteurs Kräzyk über die Tarifsysteme und die Behandlung der Arbeiter in den Fabriken. Der Referent hat einen Aufruf zur Einsendung von tatsächlichen Vorkommen erlassen und dabei Berichte über Zustände erhalten, die aller Beschreibung spotten. Die Arbeitsordnungen enthalten in der Regel nur eine Festlegung der Pflichten der Arbeiter und der Rechte der Unternehmer. Von Pflichten der Unternehmer und Rechten der Arbeiter ist meistens gar keine Rede. Ein geradezu typisches Beispiel dafür ist eine von einem Rechtsanwalt ausgearbeitete Arbeitsordnung für die Stickerarbeiter des Vogtländes. Diese Stickerarbeiter wären wert, die Prügelstrafe zu bekommen, wenn sie diese Arbeitsordnung annehmen würden. Doch noch eine große Anzahl anderer Arbeitsordnungen enthalten geradezu unglaubliche Bestimmungen. Zum Beispiel bestimmt die Arbeitsordnung der Firma Bier-

haus u. Sohne in Wilsdorf bei Oberkirchen: Kleidungsstücke, die in der Fabrik hängen bleiben, werden sofort verbrannt. Andere Arbeitsordnungen befahlen, daß Frauen, welche niederkommen, die Entlassung erhalten.

Auch bei den sogenannten Wohlfahrtsinrichtungen tritt die rigorose Behandlung der Arbeiter in abschreckendem Maße auf. Besonders die Arbeiterwohnungen werden zu einem Mittel des Terrorismus. Die Mietverträge sind meistens nichts anderes als ein Vertrag zum Verlauf der ganzen Familie an den Unternehmer. Redner berichtete neben andern einen Fall, wo eine Firma, bei der ein junger Arbeiter das Arbeitsverhältnis löste, von den Eltern verlangte, daß sie den jungen Menschen aus der elterlichen Wohnung stoßen sollten.

Sogenannte Sparklassen der Arbeiter werden gegründet, die in Wirklichkeit nichts anderes sind als ein Reservesonds, aus dem die Unternehmer bei Beschädigung von Material oder Gerätet usw. herauslösen können.

Die Strafen, die verhängt werden, sind vielfach gemeinfährlich und breit ungefährlich. Eine Fabrik hat angeordnet, daß jeder Arbeiter, der das Arbeitsverhältnis löst, später aber wieder in dieser Fabrik in Arbeit tritt, eine Ordnungsstrafe von 5 Mark zu zahlen hat. In M. Gladbach ist ein Arbeiter zweimal bestraft worden, weil er beim Vorbelohnen des Meisters nicht die Miete abgenommen hat. Das dortige Gewerbege richt hat urteilt, daß die Strafe zu leicht besteht. — M. Gladbach!

Die Strafen für fehlerhafte Waren werden vielfach zu einem solchen System ausgebaut, daß sie ein ausgedehntes Mittel für die Unternehmer werden, die Produktionskosten zu vermindern. Es ist unerhört, in welcher Weise die Arbeiter dabei gerupft werden.

Eine ganze Menge Bestimmungen in den Arbeitsordnungen haben den Zweck, berechtigte Entschädigungen gänzlich zu verhindern. Der Arbeiter, der das Arbeitsverhältnis löst, verfügt über die Arbeitsordnung, die Gewerbeordnung, die Arbeitsordnung der Unternehmer und die Arbeitsordnung der Gewerbevertreter, die sich als Vertrag abstimmen. Diese bestimmen, daß die Arbeiter an Reparaturen oder Warten auf Material ausgeschlossen. Selbst Bestimmungen der Gewerbeordnung, die zweitens Natur sind, werden von Rechtsanwälten (Rechtsvertreter), die sich als Vertreter solcher Arbeitsordnungen bezeichnen, einfach bestätigt.

Den Arbeitern werden ungewöhnliche Ausrechnungen gemacht für Erststellen, wobei die vielen Unternehmer sich diese Erststellen zugleich weit über den Selbstkostenpreis bezahlen lassen. Redner führte Fälle an, wo die Arbeiter an einem Zahltag 40-50 Mark für Reparaturen bezahlen müssen, die nach dem Gewerbe die Firmen zu zahlen verpflichtet waren. Unbekürtzte Unternehmer werden bei der Feststellung der Akkordlohn, ferner bei der Handhabung des Prämienystems begangen.

In alledem kommen zahlreiche Fälle von barbarisch schlechter Behandlung, von geschlechtlichem Missbrauch der Arbeiterinnen. Redner führte Fälle an, wo die Arbeiter an einem Zahltag 40-50 Mark für Reparaturen bezahlen müssen, die nach dem Gewerbe die Firmen zu zahlen verpflichtet waren. Unbekürtzte Unternehmer werden sich den Meistern hingeben, um bei der Arbeit beworben zu werden.

Daneben kommen haarräubende Misshandlungen häufiger vor. Es sind Arbeiter in so roher Weise geschlagen worden, daß sie bewußtlos liegen geblieben sind. Arbeiterinnen in ihrem Ehrgefühl derart verlegt worden, daß sie nur mit Waffe von einem Selbstmord zurückgekehrt wurden. Redner sagte unter impulsiv hervorbrechender Zustimmung, die Arbeiter sollten solchen Raubbolden gegenüber vom Recht der Notwehr Gebrauch machen und sie niederschlagen. Einer der haarräubendsten Fälle dieser Art hat sich bei der Firma Pongs u. Jahn in Berlin ereignet, wo der Meister einem Arbeiter viermal ein Messer in den Kopf hieb. Der Arbeiter hat Strafantrag gestellt, der Antrag wurde aber wieder zurückgewiesen, weil er die Möglichkeit vorausah, daß sein alter Vater durch die Verfolgung der Angelegenheit aus der Arbeit entlassen werden würde. Der Meister ist von der Firma mit einem Verweis bestraft worden. Die Firma scheint gar nicht zu verstehen, wie weit sie sich in der Feindseligkeit herabwölbt, daß sie diesen Menschen nicht aus dem Betrieb hinausgejagt hat.

Aus solchen empörenden Verhältnissen müssen die Textilarbeiter bestellt werden. Das kann nur geschehen, wenn ihr Verband wächst und an allen Orten mit eisernem Befehl ausschreien kann.

Die Ausführungen des Redners, die den Vorhang fortzogen von den Schrecklichkeiten, die hinter den Fabrikmauern an den Textilarbeitern noch verborgen werden, riefen in ihren einzelnen Etappen die leidenschaftliche Erregung der Delegierten hervor. Einstimmig wurde die nachfolgende Resolution angenommen:

„Die 10. Generalversammlung des Verbandes der Textilarbeiter Deutschlands beschließt:

Um dem unerhörten System in den Textilfabriken und der fastest übernehmenden schlechten Behandlung der Arbeiterchaft energisch zu Leibe gehen zu können, ist zunächst eine umfangreiche regelmäßige Berichterstattung über alle Arten der Verhältnisse und schlechten Behandlung der Arbeiterchaft in den Textilfabriken zu organisieren.

Der Verbandsvorstand wird beantragt, die nötigen Schritte hierzu sofort in die Wege zu lenken.

Das nach der Anwendung des Vorstandes von den Ortsverwaltungen zu sammelnde Material hat der Vorstand alle Quartale mit der Einführung der Abrechnungen von den Ortsverwaltungen einzufordern.

Dasselbe ist alljährlich von dem Verteiler der Informationsstelle des Verbandes so rechtzeitig zu führen und für parlamentarische Aktion mit Anträgen verfehren zu bearbeiten, daß es sowohl der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion wie dem sozialpolitischen Ausschuß der Reichstagskommission mindestens vier Wochen vor Beginn der Reichstagsverhandlungen eingehändigbar werden kann.

Weiter hat der Vorstand das Material für die Agitation zu bearbeiten und alljährlich im Geschäftsbüro zu veröffentlichen.“

Zum Kampf der holländischen Textilarbeiter wurde in folgender Sympathierevolution Stellung genommen:

Wegen Differenzen in einer Fabrik werden am 4. Juli 10 000 Arbeiter und Arbeiterinnen der holländischen Textilindustrie in Eindhoven (Holland) ausgesperrt. Die 10. Generalversammlung spricht den kämpfenden Brillen und Schwestern erneute Sympathie aus und erwartet Unterstützung derselben durch die Textilarbeiterchaft aller Länder.“

Bei der Wahl des Vorstandes und der Redaktion wurden die alten Kollegen wieder gewählt. Der Vorstand wurde durch den Kollegen Reichel verstärkt, der als Sekretär fungieren wird, während der Kollege Kädel als britischer Vorsteher amtiert. Kollege Kreuer-Berlin wird als zweite Kraft in das statistische Amt eintreten. Der Sitz des Ausschusses wurde in Gera befestigt.

Damit waren die Arbeiten der 10. Generalversammlung erledigt.

Mit einem begeisterten Hoch auf den Verband und die internationale Arbeiterbewegung wurde die Tagung geschlossen.

## Jahresversammlung der sächsischen Ortskrankenkassen.

Die Jahresversammlung der Freien Vereinigung sächsischer Ortskrankenkassen wurde gestern abend von dem Vorstande der geschäftsführenden Rose, Haubold-Chemnitz, eröffnet. In einer Begrüßungsrede, in der er auf die T

lassen nachgesagt worden, daß sie der Tummelplatz politischer Betreibungen seien. Arbeitgeber und Arbeitnehmer seien sich aber in der Beurteilung solcher Behauptungen einig. Das Gemeinwohl sei bisher das höchste Gesetz gewesen; er wünsche, daß auch die Verhandlungen der diesjährigen Tagung von diesem Geiste geleitet werden mögen.

Zur Verteilung der Verhandlungen werden sodann gewählt: **Hausbold** - Chemnitz und **Pöllendorf** - Leipzig als Vorsitzende mit gleichen Rechten. Als Listenführer wird **Kanghanel** - Dresden bestimmt. Zu Schriftführern hat die Leipziger Ortskrankenkasse zwei Beamte zur Verfügung gestellt.

Die vorläufige Tagesordnung, die wir in der Sonnabendnummer zum Abdruck brachten, wurde unverändert genehmigt. Damit war die Arbeit der Vorverfassung erledigt. Nach einer Mitteilung Pöllendorfs sind 120 Rässen durch 224 Delegierte vertreten.

**Leipzig**, 27. Juni 1910.

Bei Eröffnung der Verhandlungen nimmt Pöllendorf - Leipzig das Wort, um die Erstgenannten im Auftrag des Vorstandes der Leipziger Ortskrankenkasse zu begrüßen. Er erwähnt die vorbildlich gewordenen Einrichtungen der Leipziger Ortskrankenkasse, die Rekonvalescentenpflege, die Unterstützung der Familienangehörigen versicherter Arbeiter und holt hervor, daß der Vorstand in Aussicht genommen habe, den Kassenmitgliedern noch mehr zu zuführen als bisher. Anstatt 50 Prozent wie bisher, soll künftig ein Unterstützungsatz von 55 Prozent eingestellt werden. Allerdings wird dann auch der Beitrag von 3% auf 4 Prozent heraufgesetzt werden müssen. An den Konflikt der Aerzte mit der Krankenkasse erinnert, führt der Redner aus, daß die Gefahr, daß neue Kämpfe zwischen Aerzten und Kasse entstehen, beseitigt ist. Der am Ende dieses Jahres ablaufende Vertrag wird durch einen neuen Vertrag abgelöst, der von beiden Seiten akzeptiert ist. Diese neuen Vertragsbestimmungen weisen noch nicht die Sätze auf, die die Kreishauptmannschaft im Jahre 1904 glaubte dictieren zu müssen. Diese Sätze werden erst im Jahre 1914 erreicht.

Der Vorsitzende Hausbold begrüßt ferner die Vertreter der Amtshauptmannschaft, des Rates und der Landesversicherungsanstalt.

Dann wird in die Tagesordnung eingetreten. Zu dem Bericht, den wir ausführlich bereits veröffentlicht haben, macht der Bevollmächtigte Möbius einige ergänzende Bemerkungen. Er stellt in der Hauptsache fest, daß die Beschlüsse der letzten Jahresversammlung zur Ausführung gebracht wurden. Die Diskussion war nur kurz. **Kudwig** - Limbach wünscht im Auftrag seiner Kasse, daß dem nächsten schriftlichen Bericht eine ausführliche Statistik über die Übernahme des Heilsverfahrens durch die Landesversicherungsanstalt beigelegt wird. **Besser** - Köthenbroda beantragt, daß die Übersicht über die Beitrags- und Unterstützungsleistungen der Kassen in jedem Jahr beigegeben wird.

Pöllendorf - Leipzig rügt, daß die Ortskrankenkasse Dresden als frühere geschäftsführende Kasse einen Beschluss nicht zur Ausführung brachte, wonach die Landes-Versicherungsanstalt die für Wohneinhaltung der Geschäfte gewährte Entschädigung nach oben hin revidierte.

Über den Entwurf einer Reichsversicherungsordnung hält **Starke** - Dresden ein großzügiges Referat. Er führt aus: Über den Entwurf der Reichsversicherungsordnung kann nicht genug geschrieben und gesprochen werden. Möglichst jede Bestimmung muß auf ihre endgültige Wirkung auf die Versicherten geprüft werden. Seit Jahren leben wir in einer Unsicherheit, die immer größer wird und die noch nicht zum Abschluß kam, als der Entwurf veröffentlicht wurde. Diese Unsicherheit wird erst dann beseitigt, wenn ein Gesetzentwurf zu stande kommt, der den Interessen der

Versicherten genügt, oder aber, wenn der vorliegende Entwurf abgelehnt wird. Es ist getadel worden, daß an dem Entwurf so viel Ärztliches gelobt wurde. Das Recht des Volkes muß es sein, über solche Dinge ein Wort mitzusprechen. Der Entwurf wurde von den Versicherten aus verschiedenen Ursachen abgelehnt. Wohl niemals ist ein Entwurf veröffentlich, der so die Lebensinteressen der Bevölkerung berührte, wie die Reichsversicherungsordnung. Nicht spielten Standes- oder Berufsinteressen bei der Ablehnung des Entwurfs eine Rolle, sondern die Interessen der Allgemeinheit. Es muß gefordert werden, daß das Versicherungswesen eine sachgemäße Fortentwicklung erfährt. Der Bundesrat hätte die Wünsche, die die Krankenkassen äußerten, bei dem Entwurf berücksichtigen sollen, weil die Praxis noch auf allen Gebieten die beste Lehrmeisterin gewesen ist. Nach einer Schilderung der historischen Entwicklung der Krankenversicherung kennzeichnet er das Zusammenarbeiten der Arbeiter und der Unternehmer als erfreulich. In manchen Dingen ist dieses Verhältnis sogar ideal. Dieser gemeinsamen Tätigkeit wohnte ein hoher Wert inne. Man war bestrebt, die Krankenversicherung zu einer Volkerversicherung zu gestalten. In diesem Augenblick kommt der Gesetzgeber mit Bestimmungen, die ein solches Zusammenarbeiten unmöglich machen. Indirekt laufen die Bestimmungen darauf hinaus, das Selbstverwaltungsgesetz der Versicherten zu beseitigen. Der Entwurf lehnt es ab, die Arbeiterversicherung einheitlich zu gestalten, es soll bleiben bei der Zersplitterung. Nein ist die Schaffung der Landeskrankenkassen, durch die etwa 5 Millionen Arbeiter neu versichert werden. Den freien Pfisskassen soll der Lebensabend abgeschnitten werden, sie sollen den Altersfürsorgeinstanzen für Privatversicherung unterstellt werden. Weniger aber als die äußere Organisation wird die innere Organisation von dem Entwurf betroffen. Die Änderung der inneren Organisation soll der springende Punkt der Reform sein. Wird diese Änderung abgelehnt, dann ist der Entwurf für die Regierung erledigt. Wenn es so kommt, dann weinen wir der Reichsversicherungsordnung keine Träne nach. Wenn den Versicherten das Beste gewonnen wird, dann sinkt der Wert der Versicherung ganz bedeutend herab. Es soll die Parität, die Gleichberechtigung der Unternehmer und der Arbeiter herbeiführt werden. Der Arbeiter soll zu sehr belastet sein. Es muß hier ausgeprochen werden, daß der Arbeiter, wenn es notwendig ist, lieber noch etwas mehr tun würde. Auf der anderen Seite will man den Unternehmern etwa 55 Millionen Mark Kosten mehr auferlegen, denselben Unternehmern, die nach der Meinung vieler Leute sozial zu sehr belastet sind.

(Die Verhandlung dauert fort.)

der Stadt in der ungeheuerlichsten Weise mit Füßen getreten. Das Gericht billigte unserem Genossen den Schutz des § 192 zu und sprach ihn frei.

**Zweipolige Rechtsprechung.** Die Berufungsstrafkammer des Bochumer Landgerichts hatte vor etwa 14 Tagen in einer Sache die Ansicht vertreten, daß das Hochrufen bei Wahlrechtsdemonstrationen nicht strafbar sei, weil darin weder grober Unzug noch ruhestörender Lärm zu erblicken wäre. Der Angeklagte wurde deshalb auch freigepeitscht. Am Donnerstag hatte dieselbe Kammer unter dem gleichen Vorsitzenden über drei gleich liegende Fälle zu urteilen. Und siehe, sie kam in jedem Falle zu einer Verurteilung. Das Gericht war jetzt der Meinung, daß zwar das Hochrufen eines einzelnen noch keinen ruhestörenden Lärm darstelle, wohl aber das gewisse gleichzeitige Auftreten mehrerer Personen. Der Hinweis eines Angeklagten, daß auch das Kammergericht seine Auffassung über die Straflosigkeit des Hochrufs teilte, wurde vom Vorsitzenden mit überlegtem Lachen und der Bemerkung abgetan: Das müssen Sie uns erst einmal zeigen. Aber auch in der Bewertung des Hochrufs machte das Gericht einen Unterschied. Während in zwei Fällen auf eine Strafe von 3 M. erkannt wurde, ließ es das Gericht in einem Falle bei einer Mark sein Bewenden haben. **Welt der Angeklagten ein harmloser Mensch sei.**

Man sieht, worauf es bei der Gerechtigkeit ankommt.

#### Eingelaufene Schriften.

**Von der Neuen Zeit** (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 30. Heft des 28. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Ausichten. — Eine neue Strategie. Von E. Kautsky. (Schluß). — Die Wahlen in Belgien. Von Louis de Brouckère. — Der Aufstand in Albanien. Von Karl Adel. — Die Arbeiterbewegung in den Vereinigten Staaten. Von Algernon Lee. (Fortsetzung). — Literarische Rundschau: Dr. H. Lindemann und Dr. A. Sildebum: Kommunales Jahrbuch. Von ew. — Zeitschriftenkatalog.

**Die Abendburg.** Von Bruno Wille. Dieser, von einem literarischen Preisrichterkollegium ausgezeichnete Roman, der lobende Anerkennung in vielen bedeutenden Zeitungen und Zeitschriften gefunden hat, gelangt gegenwärtig in der Zeitschrift **Am Freien Stande** (Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin) zum Abdruck. Mit dem 1. Juli wird dieser Roman in dem Halbjahresband auch gebunden vorliegen. Alle Freunde guter Lektüre, vor allem die Vereinsbibliotheken, seien schon jetzt darauf aufmerksam gemacht. Der gebundene Band kostet in Leinen gebunden 3.50 M., in Halbfazett 4 M. Bestellungen nehmen schon jetzt alle Buchhandlungen, Spediteure und Kolportenreiter entgegen.

**Die Berlese bei Marx und Lassalle.** Beitrag zur Geschichte eines wissenschaftlichen Widerständnisses. Von Tatjana Grigorović. Preis 2.40 Kronen gleich 2 Mark. Verlag der Wiener Volksbuchhandlung Ignaz Brand. — Genosse Dr. Franz Mehring schreibt hierüber in der **Neuen Zeit**: „Die allgemeine Grundzüge des Verhältnisses, das in der Frage der Berlesetheorie zwischen Marx und Lassalle bestand, bis in alle Einzelheiten hinein zu entwickeln und zu begründen, ist das Verdienst des Werkes, daß die Genossin Tatjana Grigorović veröffentlicht hat. Räumlich möchten wir das Kapitel über den Begriff der gesellschaftlich notwendigen Arbeit als wertbildenden Faktor rückt. Am liebsten würden wir es wörtlich abdrucken, jedoch erscheint uns noch empfehlenswerter, daß das Buch von einem Partieverlag übernommen und in seinem ganzen Umfang der deutschen Partei zugänglich gemacht wird. Es ist eine ausgezeichnete Einführung in die ökonomischen Schriften sowohl von Marx wie von Lassalle.“

## Hus der Partei.

**Wahlrechtsprozesse** beschäftigen immer noch die Kleiner Strafkammer. Am Donnerstag hatte sich der Tischler Platt vor der Strafkammer zu verantworten, weil er den Wahlrechtsdemonstranten bei der Wahlrechtsdemonstration am 8. März zu gerüsten haben soll: „Haut die Kummel doch in die Fresse!“ Platt will allerdings einen bedeutend milderen Ausdruck gebraucht haben, die Schuleute sagten jedoch unter Eid im Sinne der Anklage aus. Damit war Platts Schicksal besiegelt; das Gericht verurteilte ihn wegen Aufreizung zu 4 Wochen Gefängnis.

Vom täglichen Kleinkampf. Gegen Genossen Markwald ist ein Verfahren wegen Bekleidung der Prinzen des Hauses Hohenzollern eingeleitet worden. Die Bekleidung wird gefunden in einem Artikel der Königsberger Volkszeitung, der sich mit der Gehaltserhöhung für Wilhelm II. beschäftigte.

Auf eine Denunziation des Königsberger Oberbürgermeisters Körner hin, wurde Genosse Markwald ferner wegen Bekleidung der Polizei unter Auflage gestellt. Die Bekleidung wurde in einer Rede im Stadtverordentenkollegium erwähnt, in der Genosse Markwald u. a. ausführte, die Polizei habe die Würde

**Verein für Mutter- und Kinderschutz zu Leipzig**  
Auskunftsstelle: Grimmaischer Steinweg 6, II.  
Sprechstunden: Montag, Mittwoch u. Freitag von 10—12 Uhr, gibt Schulbedürftigen unehelichen Müttern und ehemeligen Rat, Auskunft und gegebenen Falles Unterstüzung, besonders in den Wochen vor und nach der Entbindung.

**Gebt den Blinden Arbeit!** Unterzeichneter Verein empfiehlt I. als Rohrstuhl- u. Bürostuhler: Chp. Heinrich, Sebastian-Bach-Str. 17, 2. pt. B. Maul, Pätzner Str. 55, pt. Gustav Berndt, Döllig, Gleiberg 11, III.; II. Nur als Rohrstuhlblecher: Frau Burchardi, Heinrichstraße 28, IV.; Alara Bed, VI., Josephstr. 81, II., Martha Kämmerin, Schleuß, Brodhäuser Str. 40, Dörr, Ulrich, Rich., Melanchthonstraße 3, II. r., P. Wulff, Augustgasse 10; III. Als Klavierstimmer: A. Schulze, Bayreuther Str. 44, II.; IV. Als drägtlich ausgebildete u. geprüfte Waschene: Th. Wunderlich, Gutt., Wittenberger Straße 51; M. A. Fischer, Neuherre Hallische Straße 61, 10801. Verein für erwerbstreibende Blinde Leipzigs.

**MAGGI**  
**Bouillon-Würfel à 5 Pfg.**  
**die besten!**

**Leipziger Verein d. Kinderfreunde** (Kinderzuhause) e. V.  
Geschäftsstelle: Hainstraße 2, II.  
geöffnet von 9—1 und 3—6 Uhr, nimmt Meldungen von  
Kindereltern und Misshandlungen entgegen. [2518]

**Mareks Wanzenrotter**  
vernichtet radikal  
alle Wanzen samt Brut.  
Paket 75 Pfg.  
Pfund 2.— Mk.

Derselbe kann auch in die  
Schlemmkreide und den Roggen-  
kleister vermengt werden.

I. Geschäft:  
Eisenbahnstraße 144.

II. Geschäft:  
Adolf Marek  
Ehnest. 67b, Eds. Kämmstr.

**Mareks Farben**  
sind bekannt als gut trocknend  
und nicht nachkließend.  
**Fussboden-Gelfarbe**  
streichfert. Pfd. 40 u. 50,-

**Lackfarbe**  
streichfert. Pfd. v. 80,- an  
**Gartengrün** Pfd. 25 u. 35,-  
do. streichfert. Pfd. 35 u. 45,-

I. Geschäft:  
Eisenbahnstraße 144.

## Kleiner Anzeiger.

### Vermietungen.

#### Westen.

Li., Reuterstr. 33, 1. Fltr. St., Kli.,  
Bo., Kell. a. alt. Leute o. Kl., verm.  
Klein-Dörlig 64, Stube, 2 Ra., Kli.,  
Kell., Stall, j. 110. Mof. j. verm. 1.

#### Norden.

Einz. freundl. Schlafstelle gesucht.  
Off. u. B. B. postlag. Entrüttig.

#### Verkäufe und Käufe.

Prod.-Geschäft m. Schlachten  
(Räuch.), dringlich. Sache wegen  
sofort biss. zu vt., lebh. Straße,  
günst. Zahlungsbed. Pohlmann,  
v. Schleuß, Blümnerstr. 3, II. I.

**Achtung!** Nur von feinsten  
Herrsch., Million.,  
Kavalieren, Studenten wenig getrag. Sachen,  
feinste Musterarbeit, reine Wolle  
Anzüge 4.70-100. 8, 12, 16, 24

Sommer-Ueberzieher  
teilweise auf Seide gearbeitet.  
Hosen, Jackets spottbillig.  
Eleg. Gesellsch. - Anzüge  
sehr billig auch leihweise.

**Mandel**  
Zaucker Str. 22, L. I\*

#### Jeder staunt!!

von Studenten, Kavalieren,  
Doktoren u. nur von besseren  
Herrsch. wen. getrag. Ausländ.,  
engl. Stoffe, Mäharb., rein-  
wollene Sachen, welche neu  
80 bis 100 M. geflossen hab.,  
8, 12, 15, 18, 22 M.,  
einz. Hos., Jackets, Palet.,  
eleg. Rad- u. Schrod-Anz.,  
spottbillig, auch leihweise.

**Kanner, nur**  
Plauensche Str. II. I.  
Nähe Brühl.

#### Gardinen

in Räfern von 1—5 Fenstern,\*

spottbillig zu verkaufen.

**Salzgötzchen 7, Hof I.**

#### Küchen-Handtücher

grau, gefüllt, à Stück 30 Pfg.  
Elleab., Holdorn, Dorotheenstr. 2.

#### Hygien. Frauenartikel

sowie Brosch., Kindersiegen u. klein  
Ende 30 J., bei Warenhaus umsonst.

Auf Bestellung kommt ins Haus.

K.G. Otto, Schl., Seumestr. 28, pt.\*

#### Reelle neue Betten

Gebett 12.50, 14, 18, 25, 33 M.

b. Solmar Kraft, Lindenau, Markt.

#### Möbel

neu u. gebr., spottbillig.

Gerberstr. 5, I., Obenbügler.\*

#### Möbel, Spiegel, Polsterwaren

zu bläsigsten Preisen.

Kitzsch., Klingensteinstr. 35b, kalt Lad.

Guterh., Säulen-Pläschhof und

Steigstich, g. bill. Weltstr. 6, D. pt.\*

N. u. gebr. Möbel, Sosa, Schr. bill.

Neu-Möbl., Grunerstr. 10, Miethei.

Sosa, Schr., Bett., Spiel- u. Schla-

fzimmer, v. b. Kl. Kl., Klarastr. 8, p.l.\*

Sosa, Biss., m. R., Schröd., Schröb.,

Welt., Chais., Ei., L., Holzleit., 15b

**Bettstelle m. Matr.**, verkaufen.

Go., Friedrich-Karl-Str. 16, p. l.

Guterh. Kinderbettstelle zu ver-

kaufen. Eilenburger Str. 29, II. I.

**Garten**, m. Triumph-Stühle, Chaiselongue,

Kinderstühle u. bill. Auswandsch. Holz.\*

N. Torn., Freil., St. 75, II., oft. R. w.

m. i. Jahrg. gen. K

## Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 27. Juni.

Geschichtsalmanach. 27. Juni 1850: Karl des IX. Bartholomäus nach Schlossereien. 1848: Der Schriftsteller Heinrich Heine auf Blumenhalde an der Aare (Schweiz) gestorben (1771).

Sonnenaufgang: 5,41, Sonnenuntergang: 8,24.  
Monduntergang: 8,13 vorm., Mondaufgang: 11,39 nachm.

Wetter-Prognose für Dienstag, den 28. Juni:  
Südwestliche Winde, veränderliche Bewölkung, Niede, zeitweise Regen.

## Besteuierung der Konsumvereine in Preußen.

In der 14. Sitzung des Herrenhauses vom 14. Juni 1910 wurden der Regierung zwei Eingaben als Material überwiesen, von denen die eine ausgeht vom Zentralverbande der Kohlenhändler Deutschlands und Abstandnahme von jeder Begünstigung der Konsumvereine und Genossenschaften fordert, während die andere von dem Verbande westdeutscher Konsumvereine ausgeht und Abstandnahme von jeder Beschränkung der Bewegungsfreiheit durch Sonderbesteuering fordert. Das Berliner Tageblatt vom 15. Juni berichtet darüber:

Die Handelskommission des Herrenhauses hieß es für mindestens zweifelhaft, ob eine Besteuerung der Konsumvereine überhaupt gerechtfertigt sei, denn sie dienen nicht dem Erwerb, sondern der Ersparung von Ausgaben bei bereits versteuerter Einkommen. Vor einer weiteren Heranziehung zur Steuer kann jedenfalls nicht die Rede sein. Begründeter erholte der Handelskommission dagegen die Aloge wegen der Beteiligung der Beamten an den Bestrebungen der Konsumvereine und Genossenschaften. Man war sich allerdings darüber klar, daß die Genossenschaften auf dem Lande ihnen keinerlei tatsächlichen Nutzen entlocken würden, wenn man die Beteiligung der Geistlichen und Lehrer an der Verteilung im allgemeinen verbieten würde, und die Kommission widerrät, eine allgemeine gesetzliche Bestimmung dahin zu treffen. Aber es wurde doch für richtig erachtet, daß die vorgesezten Behörden ihren ganzen Einfluss dahin geltend machen, daß die Beamten, Geistlichen und Lehrer die ihnen übertragenen Stellungen in möglichst kostloser und direkter Weise ausüben, und daß alle Beamten, die zu berichtigten Klagen in dieser Hinsicht Anlaß geben, veranlaßt werden, ihre Stellung aufzugeben. Was die angebliche Dorgabe von staatlichen Geldern zu Vorrangsgütern betrifft, so wird damit gemeint sein die Vergabe von Geldern der preußischen Zentralgenossenschaftsstätte. Man war sich in der Kommission wohl bewusst, daß die Provinzialstätten das von der Zentralgenossenschaftsstätte erwarteten Geld mit einem solchen Gewinn an die Verbandsgenossenschaften weitergeben, daß diese tatsächlich mehr den offenen Markt für Geld bezahlen müssen. Es wurde ferner als feststehend angesesehen, daß die ganze genossenschaftliche Disziplin verloren gehen würde, wenn es durch Erhöhung des Ansatzes den Genossenschaften verlockend sein würde, sich an anderen Stellen Geld zu beforschen. Trotz alledem glaubt man in der Handelskommission, daß hier und da die Zentralgenossenschaftsstätte den Anschlag etwas erhöhen könnte. Die Handelskommission erachtet die Regierung, alle diese Fragen sorgfältig mit ihrergrichtigem Interesse im Auge zu behalten.

In dem Bericht der Handelskommission des preußischen Herrenhauses ist zunächst wesentlich die Polonierung des Charakters der Konsumvereine als nicht auf Gewinnerzielung gerichtete Unternehmungen. Zu dieser Erkenntnis, zu der alle vorurteilsfrei das Konsumvereinswesen beurteilenden Männer gelangen, werden selbstverständlich die Krämer und die aus politischen Überzeugungen in Mittelstandsreihen machenden Personen nie gelangen und deshalb nach wie vor ihr Geschrei über die steuerliche "Vorzugung" der Konsumvereine und landwirtschaftlichen Genossenschaften weiter erheben. Deshalb ist die hundige Erklärung der Handelskommission, daß von einer weiteren Heranziehung der Konsumvereine zur Steuer nicht die Rede sein kann, am Platze, und es ist nur zu wünschen, daß auch die Mehrheit des Herrenhauses in Zukunft allen Zwangsmahzregeln gegen die Konsumvereine ein Nein entgegenstellt. Freilich steht die Aufstellung der Handelskommission mit den Praktiken der preußischen Eisenbahnverwaltung im Widerspruch, durch die den Beamten der Beitritt zu Konsumvereinen unmöglich gemacht wird. Die Gerechtigkeit erforderte übrigens schon die Befreiung der bestehenden ungerechten Belehrungsbestimmungen zur Unterdrückung der Konsumvereine, hauptsächlich die Befreiung ihrer Unterstellung unter das Warenhaussteuergebot. Es ist geradezu unsinnig, eine Vergünstigung von jenseit armen Konsumenten, die durch ihre Genossenschaft an ihren Ausgaben Ersparungen zu machen beabsieden, mit großkapitalistischen auf Gewinnerzielung gerichteten Warenhäusern auf eine Stufe zu stellen.

## Der Entwurf zu einem neuen bayrischen Gemeindewahlprogramm

Ist soeben vom Landtag vorab gegeben worden und soll dem 28. August in Erlangen zusammengetretenen Landesparteitag zur Bekanntmachung unterbreitet werden. Da die Gemeindewahlprogramme unserer Partei in den letzten Jahren immer eifriger diskutiert wurden und ein reicher Austausch derselben zwischen den einzelnen Landesteilen des Reiches stattgefunden hat, so veröffentlicht wir den Teil der praktischen Forderungen des Entwurfs:

## A. Vom Staat:

1. Schaffung einer einheitlichen Gemeindeordnung für alle Gemeinden des Landes auf der Grundlage eines wirklichen Gemeindewahlrechts. Einflussreicher Mandatssitzer. Ausscheiden der Gemeindesouverainität aller Art. Unmittelbares und geheimes Wahlrecht für alle minderjährigen Gemeindeangehörigen unter Anwendung der Vorhängungspflicht. Keine Einschränkung des Wahlrechts wegen Empfangs von Unterstützungen aus öffentlichen Mitteln. Keine Ausstellung der Gemeindebeamten auf Lebendbauer, sondern auf Dienstreisepflicht mit Belehrungsrecht, Amtspflicht der Gemeindevertreter bei Ausübung ihres Amtes. Gewährung von Diensten.

2. Einführung einer zusätzlichen steigenden Einkommensteuer und einer ergänzenden Vermögenssteuer als Grundlage für die sozialpolitischen Umstädte. Überweisung der verbeserten Extrasteuern an die Gemeinden. Erräumung einer Steuerautonomie für die Gemeinden. Vergütung zur Erhebung einer Einkommensteuer und Vermögenssteuer durch die Hauptstadt. Verbote der Erhebung von indirekten Steuern, fern von Gebühren, die den Vertrag der Selbsttätigkeit übersteigen.

3. Schaffung eines Schulgesetzes nach den Grundsätzen der fortgeschrittenen Pädagogik und eines gerechten Ausgleichs der Rechte und Lasten der Gemeinden. Weltlichkeit, Hochauftakt und religiöse Neutralität der Volksschule. Unentgeltlichkeit des Unterrichts und der Vermittel. Pflichtmäßiger Besuch der Fortbildungsschule für beide Geschlechter. Erteilung des Unterrichts auf Werktagen während der Arbeitszeit.

4. Erlass eines Wohnungsgesetzes an Stelle der unzureichenden Verordnungen unter Berücksichtigung aller gesundheitlichen, städtischen und sozialpolitischen Anforderungen. Finanzielle Förderung des Kleinwohnungsbaus. Erweiterung des Entwicklungsrechtes der Gemeinden zur Schaffung von Straßen, freien Plätzen und Alleen, Wohnungen, Schulhäusern und für sonstige Zwecke der öffentlichen Wohlfahrt.

5. Herbeiführung einer Gesetzes über eine zeitgemäße Gesundheitspflege, Regelung des Heilwesens im öffentlichen Sinne. Unentgeltliche Geburthilfe, Säuglingsfürsorge.

6. Armen- und Waisenpflege. Jugendfürsorge.

B. Von der Gemeinde fordern wir unter den derzeitigen gesetzlichen Verhältnissen:

1. Aufhebung der Gebühren für das Heimats- und Bürgerrecht und kostenlose Verleihung dieser Rechte nach einjährigem Aufenthalt und Steuerleistung in einer Gemeinde.

2. Vornahme der Gemeindewahlen an einem Sonn- oder Feiertag. Öffentlichkeit der Sitzungen.

3. Aufstellung der Gemeindebeamten auf Dienstvertrag mit Pensionsrecht.

4. Befreiung der Kosten des Gemeindehaushalts durch Zusätze zu den direkten Staatssteuern (Umlagen) oder durch sonstige direkte Gemeindesteuern. Befreiung der indirekten Besteuerung. Verweigerung aller Zuschüsse für kirchliche Zwecke.

5. Die den öffentlichen Zwecken dienenden Einrichtungen sind auf eigene Rechnung der Gemeinde zu führen. Sie haben als Wohlfahrtsinrichtungen zu gelten und dürfen nicht rein sozialistischen Zwecken dienen. Nationale Ausbildung vorhandener Wasserkräfte, Regiebetrieb bei regelmäßigen Wasser-, Tief- und Straßenbauten usw.

6. Vergabe gemeindlicher Arbeiten und Lieferungen unter Verpflichtung der Unternehmer, die Lohn- und Arbeitsbedingungen der von ihnen beschäftigten Arbeiter in Gemeinschaft mit den Arbeiterorganisationen festzusetzen (Tarifverträge) und das Koalitionsrecht der Arbeiter, Bediensteten und Beamten zu wahren. Ablehnung der Aufnahme einer Streikklause in die Wert- und Lieferungsverträge. Verbot der Übertragung von Arbeiten und Lieferungen an Unterhonoraranten oder Akkordpartien. Sicherung der Arbeitslöhnne durch Pflichtschriften.

Möglichster Ausdruck der Gemeindevertreter von Arbeiten und Lieferungen für die Gemeinde. Verbot der Beteiligung von Gemeindevertretern an Unternehmungen, die in einem Vertrag oder Lieferungsverhältnisse zur Gemeinde stehen.

7. Einführung der religiös neutralen Einheitschule und des achten Schuljahrs. Bis zur Errichtung dieser Forderung fortwährender Ausbau der Volksschule. Verhinderung von Privatschulen als Ersatz der allgemeinen Volksschule. Unentgeltlichkeit des Unterrichts und der Vermittel. Täglichste Beschränkung der Schülerzahl in den Schülklassen. Gewährung wärmer Speisen und Hoffnungsvollung notwendiger Kleidungsstücke für bedürftige Kinder aus Gemeindemitteln, ohne daß diese Leistungen als Armenunterstützung im Sinne des Gesetzes betrachtet werden dürfen. Willkürloser Fortbildungsunrechts für beide Geschlechter. Errichtung des Unterrichts an Werktagen während der üblichen Arbeitszeit. Bildung von Hörsälen für geistig aufgeschlossene Kinder. Errichtung öffentlicher Lesehallen und Volksbibliotheken.

8. Förderung des Wohnungswesens. Zur Verhinderung des Wohnungsmarkts: Grundaufsicht durch die Gemeinde- und Kirchliche Verwaltung der Volksschule. Verhinderung von Privatschulen als Ersatz der allgemeinen Volksschule. Unentgeltlichkeit des Unterrichts und der Vermittel. Täglichste Beschränkung der Schülerzahl in den Schülklassen. Gewährung wärmer Speisen und Hoffnungsvollung notwendiger Kleidungsstücke für bedürftige Kinder aus Gemeindemitteln, ohne daß diese Leistungen als Armenunterstützung im Sinne des Gesetzes betrachtet werden dürfen. Willkürloser Fortbildungsunrechts für beide Geschlechter. Errichtung des Unterrichts an Werktagen während der üblichen Arbeitszeit. Bildung von Hörsälen für geistig aufgeschlossene Kinder. Errichtung öffentlicher Lesehallen und Volksbibliotheken.

9. Fürsorge für gesunde und billige Nahrungsmittel durch Regelung ihrer Zufuhr und Überwachung ihres Verkehrs. Errichtung von Untersuchungsanstalten für Nahrungsmittel aller Art.

10. Fortschrittliche Gesundheitspflege. Errichtung und Vereinigung von Krankenhäusern nach modernen medizinischen Grundsätzen. Einrichtungen zum nachhaltigen Schutz der Frau während der Schwangerschaft, der Entbindung, des Wochenbettes und der Säuglingspflege. Unentgeltliche Leihabnahme.

11. Ausgestaltung der Armen- und Waisenpflege und der Jugendfürsorge. Weitgehende Herauszierung der Frauen aus Mitarbeit. Gewährung ausreichender Unterstützungsleistungen. Geeignete Unterbringung der Waisen und unterstützungsbefürchtigten Armen (Waisen- und Versorgungshäuser, Spitäler), Kostkinder- und Fürsorgezöglingspflege durch Überwachung und Kontrolle der Kosten und Pflegekosten.

12. Errichtung von Arbeitsämtern als Zentralstellen gemeinsamer Arbeitserpolitis mit den Aufgaben der Arbeitslosenfürsorge, der Arbeitslosenfürsorge, der Auskunfts- und der Überwachung der sozialpolitischen Tätigkeit der Gemeinde.

13. Fürsorge für Notstandssachen durch zweckmäßige Verteilung der Gemeindebeamten für die Zeit der Arbeitslosigkeit. Errichtung der Arbeitslosenunterstützung als Ergänzung der gewerkschaftlichen Arbeitslosenfürsorge. Ausbau des Arbeiterkongresses, soweit sie der Gemeinde zur ordentlichen Arbeitserziehung gegenüberstehen und Ausbildung von Arbeitern als Kaufmännischen, Handwerkern, Schülern, Lehrern, Ärzten, Apothekern, Kaufleuten, Dienstleistern, Beamten, Angestellten und Pflegekraft.

14. Gründung von Arbeitsämtern als Zentralstellen gemeinsamer Arbeitserpolitis mit den Aufgaben der Arbeitslosenfürsorge, der Arbeitslosenfürsorge, der Auskunfts- und der Überwachung der sozialpolitischen Tätigkeit der Gemeinde.

15. Fürsorge für Notstandssachen durch zweckmäßige Verteilung der Gemeindebeamten für die Zeit der Arbeitslosigkeit. Errichtung der Arbeitslosenunterstützung als Ergänzung der gewerkschaftlichen Arbeitslosenfürsorge. Ausbau des Arbeiterkongresses, soweit sie der Gemeinde zur ordentlichen Arbeitserziehung gegenüberstehen und Ausbildung von Arbeitern als Kaufmännischen, Handwerkern, Schülern, Lehrern, Ärzten, Apothekern, Kaufleuten, Dienstleistern, Beamten, Angestellten und Pflegekraft.

16. Errichtung einer einheitlichen Gemeindeordnung für alle Gemeinden des Landes auf der Grundlage eines wirklichen Gemeindewahlrechts. Einflussreicher Mandatssitzer. Ausscheiden der Gemeindesouverainität aller Art. Unmittelbares und geheimes Wahlrecht für alle minderjährige Gemeindeangehörigen unter Anwendung der Vorhängungspflicht. Keine Einschränkung des Wahlrechts wegen Empfangs von Unterstützungen aus öffentlichen Mitteln. Keine Ausstellung der Gemeindebeamten auf Lebendbauer, sondern auf Dienstreisepflicht mit Belehrungsrecht, Amtspflicht der Gemeindevertreter bei Ausübung ihres Amtes. Gewährung von Diensten.

17. Einführung einer zusätzlichen steigenden Einkommensteuer und einer ergänzenden Vermögenssteuer als Grundlage für die sozialpolitischen Umstädte. Überweisung der verbeserten Extrasteuern an die Gemeinden. Erräumung einer Steuerautonomie für die Gemeinden. Vergütung zur Erhebung einer Einkommensteuer und Vermögenssteuer durch die Hauptstadt. Verbote der Erhebung von indirekten Steuern, fern von Gebühren, die den Vertrag der Selbsttätigkeit übersteigen.

nicht annehmen wird, weil er dort einen dunkelroten Talar tragen müßte, aber als Staatsbeamter und guter Patriot kann er ihn auch nicht zurückweisen. Was nun tun? Er wird sich schließlich sagen: Ich, wo alle Welt rot wird, kann mir's leider verübeln, wenn ich den Orden annehme, deswegen bin ich doch nicht verpflichtet, mich ganz und gar nach der roten Farbe zu richten und bei der nächsten Wahl gar rot zu wählen.

Drei Stos hoch heruntergestürzt. Heute vormittag stürzte sich in dem Grundstück Hallische Straße 73/75 in Görlitz die in der Eisenacher Straße 4 wohnhafte, etwa 50 Jahre alte Witfrau Knorr drei Treppen hoch herab und war auf der Stelle tot. Was die Frau in den Tod getrieben hat, ist augenblicklich noch nicht bekannt.

Ausstellung über den Alkoholismus. Aus Anlaß der im Volkshaus tagenden Jahresversammlung der Freien Vereinigung slawischer Ortskantonsen sind auch die Tafeln, die statistischen Ergebnisse der Alkoholforschung bildlich darstellen, in einem Nebenzimmer ausgestellt. Von jetzt 8 Uhr an wurde diese Ausstellung von Delegierten und Gästen sehr regen besucht. Die Tafeln gehören der Ortskantonsfass von Leipzig und Umgegend.

Stagnation. Man schreibt uns: Der Kaufmännische Verein, der an der Promenade sein Vereinshaus hat, darin eine gute Bibliothek und ein mit zahlreichen Zeitungen ausgestattetes Lesecimmer, ist eine Institution, in der es seit dem Niedergang des Liberalismus nicht nur still geworden ist, sondern die auch niedergeht. Wie kennen die Vereinigung aus den über Jahren des vorigen Jahrhunderts, als sie in der Johanniskirche und auch später im jetzt abgebrochenen Schrammischen Hause am Georgiring ihre Präsenz den wissenschaftlichen Studien geöffnet hielt. Wir haben im gegenwärtigen großen Saale am Thomaskirchhof vor 1878 den Jenaer Professor Häckel über: Die Entwicklung der Sinnesorgane bei den niederen Tierearten vortragen hören. Wir haben aus der Bibliothek Karl Marx: Das Kapital, Kritik der politischen Ökonomie, Ferdinand Lassalle: System der erworbenen Kräfte, entlehnen. Seit 1878 stagniert es, nach unserer Meinung, im schönen Hause an der Promenade. Nach den Höhle und Nobiling-Affären verschwand der Vorwärts aus dem Lesecimmer. Und jetzt, 1910, sucht man vergeblich nach einem Organe der Sozialdemokratie. Ob die Werke von Karl Marx oder Ferdinand Lassalle noch in der Bibliothek Peters sind, bezweifeln wir. Gher ist anzunehmen, daß die Jünger Peters, die in den Räumen verkehren, es mit der Wissenshaft halten, die die Figur Rathaus auf dem Postgebäude predigt, indem sie mit den Fingern die Prozente berechnet, die dem Kaufmann in die Tasche liegen sollen.

Die Erfahrungen in einer Schulzuhilfe. In Karlsruhe i. B. hat man vor Jahresfrist eine Schulzuhilfe errichtet. Gestiegen liegen die Ergebnisse eines Jahres (1. Juni 1909 bis 31. Mai 1910) vor, sie stellen die ungemeinliche Tatsache fest, daß von 2000 untersuchten Kindern nur 1 Prozent ein gesundes Gebiß hatte. Bei 70 Prozent der Kinder waren die Hälften der Zähne erkrankt und es mußten nicht weniger als 4000 Jahre gezogen werden. Insgesamt mußten an den 2000 Schülern 14 081 verschiedene Handlungen in Bezug auf ihre Zähne gemacht werden. Die Stadt Karlsruhe hat jetzt einen Zahnpfarr im Hauptberufe angestellt, der täglich zweimal Sprachstunden für die Kinder abhält.

Die Aussichten der drahtlosen Telephonie. Über den gegenwärtigen Stand und die Aussichten der drahtlosen Telephonie kommt ein qualitativer Bericht, zu dem Ergebnis, daß sich die Stationen für drahtlose Telegraphie zur drahtlosen Telefonierung von Ferngesprächen mitbenutzen lassen, soweit sie mit ungezählten Schwingungen arbeiten. Es können zum Beispiel Schiffe mit solchen Stationen auf Entfernen bis zu 100 Kilometern drahtlos miteinander sprechen. Es auf größere Entfernen müssen sie sich der Funktelegraphie bedienen. Man kann mit demselben Apparate an Kraft radiotelegraphisch bedeutend weiter als radiotelephonisch vordringen. Dagegen ist bis jetzt kaum Auskunft vorhanden, daß man die Drahttelephonie für die Verbindung von Vermittlungsbüros verwenden kann. Die Technik nimmt überhaupt nicht an, daß die Radiotelephonie jemals im Hande sein wird, die Drahttelephonie im Betrieb von Ortsnetzen zu erzielen. Deshalb, einer der Hauptantriebe auf diesem Gebiete, ist aber der Meinung, daß das drahtlose Fernsprechen auf große Entfernen noch zur Anwendung kommen wird. Es wird von seinen Fachgenossen nicht für ausgeschlossen erklärt, daß es leicht behält, wenigstens für die Übertragung über See. Veranschlagt dafür ist, daß es der Technik gelingt, Mikrophone heranzubringen, die genügend Energie ausstrahlen, um die leistungsfähigsten unserer gewöhnlichen Mikrophonen von heute. Es ist nicht einzusehen, warum dies nicht der Technik gelingen soll.

Aus Myrra und Geiste. Von der bekannten Sammlung wissenschaftlich-gemeinverständlicher Darstellungen: I. u. II. Natur- und Geisteswissenschaften (Leipzig, Verlag von B. G. Teubner) sind in der letzten Zeit folgende Banden in neuen Auflagen erschienen: in einer Auflage Nr. 2: Gustav Mägerl, Soziale Bewegungen und Theorien bis zur modernen Arbeiterbewegung; in dritter Auflage Nr. 3: A. Kippel, Mensch und Erde, Nr. 2; D. Sachs, Bau und Tätigkeit des menschlichen Körpers, Nr. 2; Theobald Siegler, Allgemeine Pädagogik; in weiterer Auflage Nr. 3: J. Weißer, Wind und Wetter, Nr. 2; A. Brünlein und W. Marckwald, Sichbare und unsichtbare Strahlen, Nr. 2; Theobald Siegler, Schiller, Nr. 2; G. Steinhausen, Germanische Kultur in der Urzeit, Nr. 20; L. Bürgstein, Schulhygiene, Nr. 11; O. Kocher, Gehirn und Geist, in einer Auflage Nr. 2; L. Weber, Wind und Wetter, Nr. 2; A. Brünlein und W. Marckwald, Sichbare und unsichtbare Strahlen, Nr. 2; Theobald Siegler, Schiller, Nr. 2; G. Steinhausen, Germanische Kultur in der Urzeit, Nr. 20; L. Bürgstein, Schulhygiene, Nr. 11; O. Kocher, Gehirn und Geist, in einer Auflage Nr. 2; L. Weber, Wind und Wetter, Nr. 2; A. Brünlein und W. Marckwald, Sichbare und unsichtbare Strahlen, Nr. 2; Theobald Siegler, Schiller, Nr. 2; G. Steinhausen, Germanische Kultur in der Urzeit, Nr. 20; L. Bürgstein, Schulhygiene, Nr. 11; O. Kocher, Gehirn und Geist, in einer Auflage Nr. 2; L. Weber, Wind und Wetter, Nr. 2; A. Brünlein und W. Marckwald, Sichbare und unsichtbare Strahlen, Nr. 2; Theobald Siegler, Schiller, Nr. 2; G. Steinhausen, Germanische Kultur in der Urzeit, Nr. 20; L. Bürgstein, Schulhygiene, Nr. 11; O. Kocher, Gehirn und Geist, in einer Auflage Nr. 2; L. Weber, Wind und Wetter, Nr. 2; A. Brünlein und W. Marckwald, Sichbare und unsichtbare Strahlen, Nr. 2; Theobald Siegler, Schiller, Nr. 2; G. Steinhausen, Germanische Kultur in der Urzeit, Nr. 20; L. Bürgstein, Schulhygiene, Nr. 11; O. Kocher, Gehirn und Geist, in einer Auflage Nr. 2; L. Weber, Wind und Wetter, Nr. 2; A. Brünlein und W. Marckwald, Sichbare und unsichtbare Strahlen, Nr. 2; Theobald Siegler, Schiller, Nr. 2; G. Steinhausen, Germanische Kultur in der Urzeit, Nr. 20; L. Bürgstein, Schulhygiene, Nr. 11; O. Kocher, Gehirn und Geist, in einer Auflage Nr. 2; L. Weber, Wind und Wetter, Nr. 2; A. Brünlein und W. Marckwald, S

Unfälle auf der Straße. In der Wintergartenstraße fuhr am Sonnabend abend ein 24-jähriger Kürschner aus Aufland mit seinem Fahrrad an einen Straßenbahnenwagen an, wobei er stirzte und bewußtlos liegen blieb. Der Verunglückte hat eine schwere Gehirnerschütterung erlitten. Er wurde sofort in das Krankenhaus übergeführt.

Auf dieselbe Weise verunglückte in der Gräfstraße ein 42 Jahre alter Tischler aus Schleißig. Der Mann wurde ebenfalls von einem Motorwagen, gegen den er fuhr, umgerissen. Dabei hat er den linken Unterschenkel gebrochen. Mittels Krankenautomobils wurde er in das Krankenhaus gefahren.

Auf der Neueren Polleschen Straße fuhr vergangene Nacht ein Kraftfahrzeug beim Überholen einer Drosche an diese an. Dabei stürzte das Pferd, auch wurde der Insasse auf die Straße geschleudert und leicht verletzt. Der Name des Führers des Kraftfahrzeugs ist festgestellt worden.

Der Leichnam eines neugeborenen Mädchens wurde in der Abortgrube eines Grundstücks des Preußergäßchens aufgefunden. Die kleine Leiche wurde vollständig ausgehoben.

Ein dreiköpfiger Fahrraddiebstahl, über den wir seinerzeit schon berichtet haben, wurde am 16. d. M. aufgespürt. In der Mittagsstunde nahm der Dieb das Rad aus der Haustür des Hauses Leibnizstraße 4 und fuhr davon. Obwohl die Verfolgung des Diebes sofort aufgenommen wurde, konnte man ihn nicht erwischen. Auf die Wiedererlangung des Rades Nr. 170012 sind vom Besitzer, Glasermeister Michaelis, Leibnizstraße 4, 25 M. Belohnung gesetzt.

Diebstähle. Diese entwendeten aus einer Wohnung der Johann-Georg-Straße eine goldene Damen-Montierung nebst kleingliedriger Kette, aus einem Schaukasten in der Dresden-Straße eine Anzahl Kindersportkettchen und Uhren und aus einer Parterrewohnung in der Sedanstraße eine Standuhr mit Eichengehäuse, eine goldene Damenuhr, einen silbernen, innen vergoldeten Becher, drei silberne Kaffeelöffel (graviert Unita), eine Schlipspatzen mit einem goldenen Pillenmarkstück, einen Feldstecher mit Lederfutteral und einen Silberring von 1892.

Verhaftungen. Ein Buchmacher, der sich mit der gewerbsmäßigen Vermittlung von Kennwerten befasste, wurde wiederum in der Person eines 46-jährigen Kaufmanns aus Dresden festgenommen.

Ferner erfolgte hier die Festnahme einer 27 Jahre alten Kellnerin aus Strelitzendorf, die einen auswärts wohnenden Gastwirt bestohlen hatte.

Wegen Urkundenfälschung wurde ein 19-jähriger Zeichner aus Berlin festgenommen. Dieser hat zum Zweck der Täuschung anderer Personen ein Sparlassenbuch gefälscht.

Zwei Kürschner hatten für 600 M. Visamelle gestohlen. Als sie diese veräußern wollten, erfolgte ihre Festnahme.

Ein 20-jähriger Maurer musste festgenommen werden, weil er sich in unsittlicher Weise an einem 18-jährigen Mädchen vergangen hat.

Auf dem Neuplatz wurde ein 19-jähriger Laufbursche dabei erfaßt, als er einem Herrn ein wertvolles Opernglas aus der Tasche entwendet hatte.

Die vor Kurzem in einem Juwelierladen in der inneren Stadt aufgetretenen Diebinnen sind wiederum aufgetreten und zwar in einem Geschäft der Nikolaistraße, wo sie es fertig brachten, ein Stück von 28 Metern lilafarbiger Seide mitzunehmen. Die eine der Diebinnen ist etwa 45 Jahre alt, von mittlerer Größe, mit schmalem Gesicht und dunklem Haar. Ihre Begleiterin ist nach ihrem Aussehen 25 bis 28 Jahre alt und etwas größer und der deutschen Sprache nur wenig mächtig.

## Haus der Umgebung.

### Zur Landagitation.

Die Landagitation der Sozialdemokratie, die früher der Gegenstand lebhafter Auseinandersetzungen innerhalb der Partei war, dabei aber doch nicht so oft von der Stelle rückte, ist in letzter Zeit in ein neues Stadium eingetreten, in dem weniger geredet und mehr gehandelt wird. Hand in Hand mit den Anfängen einer gewerkschaftlichen Organisation der Landarbeiter geht ihre politische Aufklärung, von deren Fortschritt die Reichstagswahlen westlich und östlich der Elbe in erfreulicher Weise Zeugnis ablegten. Das Junkturm, dessen politischer Selbstbehauptungsinstinkt auf seinste entwickelt ist, beginnt auch schon, sich der herausziehenden Gefahr bewußt zu werden und seine Abwehrmaßregeln vorzubereiten. So empfiehlt die Kreuzzeitung die Veranstaltung von sozialdemokratischen Unterhaltungsabenden, sowie die Gründung von Unterstützungsstellen unter Führung der ländlichen "Arbeitgeber", denen sie rat — trotz ihrer bekannten Kritik — die Kosten eines solchen Unternehmens nicht zu scheuen, da nur auf diese Weise der Fortschritt des Landarbeiterverbands aufgehalten werden könne. Die Kreuzzeitung ist überzeugt, daß das flache Land für die gewerkschaftliche und politische Arbeiterbewegung einen ausgezeichneten Nährboden abgibt, denn sie schreibt:

Manchem Landwirt, der die Größe der sozialdemokratischen Gefahr nicht ahnt oder trotz aller Warnungen nicht begreifen will, könnten die nächsten Reichstagswahlen die Augen öffnen. Aus den wenigen tausend Mitgliedern, die der Landarbeiterverband heute hat, können in einigen Jahren Hunderttausende von Mitgliedern werden, wenn nicht energisch mit Bildung von Gegenorganisationen vorgegangen wird. Die Sozialdemokratie gleicht einer ansteckenden Krankheit. Ist der Krankheitsherd erst vorhanden, dann greift sie schnell und mächtig um sich.

Wenn die Herren Landwirte, die doch die einschlägigen Verhältnisse kennen, der ländlichen Arbeiterbewegung eine so glänzende Zukunft voraussagen, so werden sich die Ge nossen, die mit der Agitation unter den Proletarien des platten Landes beschäftigt sind, dadurch nur zu noch ener gischerer Arbeit angespornt fühlen. Es wird ihnen auch nicht schwer werden, die Verlogenheit einer agrarischen Politik nachzuweisen, die unter dem Schlagwort: Für deutsche Arbeit in Stadt und Land, auf Kosten des Volkes Leute mästet, die nie hinter dem Pflug gegangen sind. Der Sozialismus will, daß der wirklich arbeitende Mensch auf dem Lande ebenso die Früchte seiner Arbeit genießen soll, wie der arbeitende Mensch in der städtischen Fabrik. Gegen die Solidarität des wirklich produzierenden, Werte schaffenden Volkes von Stadt und Land sind die Junker ohnmächtig. Denn gelingt es der Sozialdemokratie, in den ländlichen, dünnen bewohnten Kreisen vorzudringen, so wird die Macht des Junkturums ernstlich bedroht, und zugleich hören die jungen ländlichen Staatsbürger in "des Königs Rod" auf, brauchbare Werkzeuge für Oldenburgische Staatsstreitpläne zu sein.

Die Klasse der ländlichen Bevölkerung ist nicht notwendig reaktionär geprägt, das ist nur die dünne Schicht der Wohlhabenden. Die werktätigen Elemente des Landvolks, die oft in weit düstigeren Verhältnissen leben als ihre Klassengenossen in der Stadt, die nach Land und Brot

hungernden Landbevölkerer und Broterzeuger gehören mit den Proletarien der Industrie in eine Schlagtröhre. Mit Grauen sehen die Junker, wie es sich in den Dörfern und Gutshöfen zu führen beginnt. Sie wissen, das ist das Ende! Aber werden sie es aufhalten können?

Theila. Aus dem Gemeinderat. Wegen des Bebauungsplans fand eine Aussprache mit dem Geometer Niedel aus Leipzig statt, der beauftragt wurde, den Plan so schnell wie möglich fertigzustellen. Zwei Steuerbefreiungsbescheide wurden gegen eine Stimme beschworen. Weiter wurde mitgeteilt, daß die Beizwechselabgaben der Gontardschen Erben im Betrage von 2850 Mark bezahlt worden sind. Das Baugebiet des Mauterpolters Friedrich Richard Steinert, das vom Gemeinderat an die Amtshauptmannschaft zur Begutachtung weitergegeben wurde, ist zur event. Genehmigung an den Gemeinderat wieder zurückgesandt worden. Es wurde gegen eine Stimme, bei einer Stimmenthaltung, genehmigt. Gegen das Gesuch des Postbeamten Billy Braunsdorf, um Genehmigung zur Annahme eines Fleckindes, wurde nichts eingewendet. Der Gemeinnützige Verein hatte um die Genehmigung zur Aufstellung zweier Ruhebänke nachgefragt ohne irgend eine Entschuldigung dafür zu verlangen. Der Verein will jedenfalls den Ort verschönern helfen. Der Gemeinderat hatte gegen das Gesuch nichts einzutreten. Die Arbeiten zur Schaffung von Badeglegenheiten im Ort wurden dem Bauunternehmer Althu und dem Zimmermeister Rohde übertragen. Dem Gesuch der Mieschischen Erben um Erlaub der von ihrem verstorbenen Vater zu entrichtenden Steuern, wurde entsprochen. Das Gesuch von Louis Reiche um Genehmigung zur Abgrabung seines Zugangswege, wurde genehmigt. Auf den Netzen der Gontardschen Erben, wegen Zahlung von Wertzuwachstener, wurde ein Vergleichsvorschlag angenommen. Die Sparlassenabrechnung vom Jahre 1909 wurde richtiggesprochen. Mit dem Einbau des Modauer und Portiger Weges, wozu 210 M. staatliche Begebaubihilfe genehmigt wurden, soll in nächster Zeit begonnen werden. Da die Formulare zur Selbstentlastung (Probedeckung zur Grundsteuer) von den Grundstücksbesitzern ausgefüllt und an die Ortsbehörde wieder abgeliefert worden sind, kann nunmehr der Gemeinderat die Probeein schätzung weiter vornehmen.

Mölkau. Tod auf den Schienen. In der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag hat sich hier ein 14 Jahre alter Kindertodler aus Leipzig aus einem Zug der Geithainer Linie überfahren lassen. Der Grund zu dem Selbstmord soll in Schmerz zu suchen sein.

Knauleberg. Ein für die Gemeinde interessanter Prozeß schwelt vor dem Oberverwaltungsgericht in Dresden. Nach § 4 des Gesetzes vom 30. April 1908 ist dem berufsmäßigen Gemeindebeamten, die nicht gewählt werden, nach zwölfjähriger Dienstzeit die Hälfte ihres zuletzt begogenen Diensteincomings als Pension auf Lebenszeit zu gewähren, bei nur sechsjähriger Amtsperiode dagegen eine Unterstützung in gleicher Höhe, aber nur auf einen Zeitraum von vier Jahren. Der frischere Gemeinderat Ferdinand Stoyl, der hier vom 1. April 1897 bis 1909 amtierte, klagt gegen die Gemeinde auf Anerkennung seiner Berufsmäßigkeit als Gemeinderat, um sich eine lebenslängliche Pension zu sichern, gegen die sich die Gemeinde mit Händen und Füßen sträubt. Nach dem Ortsstatut vom Jahre 1888 ist mit dem Amt des Gemeinderatess ein festes Gehalt verbunden, der beim Kläger bei seinem Dienstantritt 400 M. betrug, 1898 aber auf 750, 1901 auf 1000 und 1908 bei seiner Wiederwahl auf 1200 M. erhöht wurde. Vor dem Gemeinderat wurde, obgleich er das Amtsherrn geworben, er behauptet nun, daß der Dienst als Gemeinderat von Anfang an seine Tätigkeit voll in Anspruch genommen habe, so daß ihm keine Zeit mehr zur Ausübung seitens Amtsherrn geboten sei. Bei seinem Amtsantritt habe er das Amt in einem höchst verantwortlosen Zustand vorgefunden, das seine Annahme, sein Gewerbe noch ausüben zu können, sich als irrig erwiesen hätte. Insolgedessen habe er bereits 1898 seine Arbeitsräume verpachtet. Uebrigens hätten in den Nachbargemeinden, wo die Verhältnisse ähnlich lagen wie in Knauleberg, die Gemeinderäte schon bei seinem Dienstantritt für die Erledigung der Gemeindegeschäfte eine Hilfe gehabt, Beweis, daß zumindest seine Kraft voll in Anspruch genommen worden sei. Der Bezirk aus schaß bejahte die Berufsmäßigkeit des Klägers auf die letzten sechs Jahre seiner Dienstzeit, nicht aber auch auf die ersten sechs Jahre. In gleichem Sinne erkannte auf eingemeldeten Netzen die Kreishauptmannschaft. Die Berufsmäßigkeit sei nur dann gegeben, wenn der Gemeinderat in der Hauptstelle von den Bevölkerungen seines Diensteincomings leben kann und wenn seine Zeit so in Anspruch genommen werde, daß ihm zu anderen Tätigkeiten keine Zeit übrig bleibe. Das könne man hier aber erst vom 1. April 1908 sagen, von wo ab sich die Amtsgeschäfte derart gehäuft hätten, daß die Ausübung des Amtsherrn gewerbes für den Kläger unmöglich wurde. Während sich die Gemeinde, die dem Kläger danach nur eine Unterstützung auf vier Jahre zu zahlen haben würde, bei dem Urteil beruhigte, wandte sich St. an das Oberverwaltungsgericht. In der Befragung wird ausgeführt, die Gemeinde habe ja gewußt, daß sie einen gelehrten Handwerker zum Gemeinderat gewählt habe und daß dieser nicht im Handumdrehen sein Geschäft loswerden konnte. Kläger habe in der ersten Zeit natürlich noch die vorhandenen Bestände veräußern müssen. Kläger legt einen Vertrag vor, wonach er am 30. Juli 1898 sein Geschäft verpaßt habe. Von da ab will er sich absolut nicht mehr um das Geschäft gekümmert, sondern nur dann und wann in den Fabrikräumen nach dem rechten geschen haben; eine Entlohnung dafür will er nicht erhalten haben. Die Höhe des Gehalts dürfe für die Berufsmäßigkeit nicht maßgebend sein. In den Landgemeinden sei es leider üblich, an den Gehältern der Gemeinderäte zu sparen. Demgegenüber behauptet die Gemeinde, St. habe bei Amtsantritt seines Amtes dieses selbst nicht als Beruf angelehnt, sondern nur als ein Nebenamt, als einen Ehrenposten. Sein steuerpflichtiges Einkommen habe im Jahre 1897 2750 M. betragen, davon waren aber nur 450 M. Gehalt als Gemeinderat. Kläger habe sich beim Amtsantritt schon in den fünfziger Jahren befunden, also in einem Alter, wo man keinen neuen Beruf mehr ergreife. Die Gemeinde sei mit der Amtsführung des Klägers auch nicht zufrieden gewesen, er habe nicht einmal die einfachsten Grundsätze der Kassen- und Buchführung beachtet. Auf keinen Fall habe in den ersten Jahren einer Dienstzeit die Berufsmäßigkeit vorgelegen. Legt man das Gesetz also richtig aus, so kommt eine zwölfjährige Amtsperiode als berufsmäßiger Gemeinderat nicht heraus. In der Verhandlung vor dem Oberverwaltungsgericht rühmte sich Kläger der Erfolge, die er als Gemeinderat erzielt habe. Unter seiner Amtsperiode sei der Ort erweitert, die Einwohnerzahl (meist Arbeiterbevölkerung) von 1100 auf 1850 gestiegen. Die Gemeinde habe ihm zu Anfang auch gesagt, er könne kein Geschäft ruhig weiter betreiben, es sei nicht viel zu tun. Deshalb habe er auch in den ersten neun Monaten für dasselbe Geld gearbeitet wie sein Vorgänger. Er habe aber gerade in den ersten Monaten "viele" gearbeitet, da kein Einwohnerverzeichnis, kein Steuerkataster usw. vorhanden gewesen wäre. Die Geschäfte waren so umfangreich, daß an die Weiterbetreibung seines Geschäfts nicht zu denken war. Deshalb sei sein Gehalt auch bald aufgepflastert worden. Kläger bezeichnet auch die Behauptung der Gemeinde für unzureichend, daß er jetzt sein Geschäft wieder zurückgenommen habe. Das Oberverwaltungsgericht hielt die Sache noch nicht für spruchreif, sondern will zunächst noch Beweiserhebungen über die gegenteiligen Behauptungen der Parteien anstellen.

Böhlig - Ehrenberg. Königliche Gnade. Der wegen Versetzung zum Weineld zu einem Jahr vier Monaten Justizhaus verurteilte frühere Gemeinderat Ernstberger von Böhlig - Ehrenberg wurde vom König infolge begnadigt, als die Justizhausstrafe in Gefängnisstrafe umgewandelt wurde. Ernstberger wurde bekanntlich nur auf die Aussage des Schuhmanns Günther hin verurteilt, den das Gericht ausdrücklich als einen "klassischen" Zeugen bewertete.

Schleußig. Das Gewerkschaftsfest findet Sonntag, den 28. August, statt. Der Umzug ist politisch genehmigt. Die Gewerkschaftsläufer wollen ihre Mitglieder darauf aufmerksam machen, daß das Spielen der Kinder, und zwar für Mädchen jeden Mittwoch bei Schmiedler und für Knaben jeden Freitag, abends 7 Uhr, im Bürgergarten stattfindet.

Der Kartellvorstand.

## Gerichtsraum.

### Landgericht.

Der Freund bestohlen hat der Provisionstreisende Eugen Hannewald, indem er diesem während eines gemeinschaftlich verbrachten lustigen Tages drei Einhundertmarkscheine abknöpft. Ferner hatte sich d. unrichtigmäßigerweise eine Provision von 10 M. verschafft. D. hat nämlich den Namen seines früheren Schwiegervaters zu einem Versicherungsantrag benutzt und den Namen gefälscht. Das Gericht verurteilte den bereits vorbestraften Angeklagten wegen Diebstahls, Urkundenfälschung und Betrugs zu neun Monaten Gefängnis und zwei Jahren Chorverlust.

Kuppelrin. Die Witwe Emilie Amanda Löwe, die ihre halbverwachsene Tochter gegen Bezahlung auf gemeine Weise ausgeschleift hatte, wurde von der zweiten Strafkammer zu drei Jahren Justizhaus, sechs Jahren Chorverlust und Stellung unter Polizeiaufführung verurteilt.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

Megilo, 27. Juni. Diaz wurde zum Präsidenten und Corral zum Vizepräsidenten mit großer Mehrheit wieder gewählt.

Paris, 27. Juni. In Trelaze fanden ernste Zusammenstöße zwischen ausständigen Arbeitern der Schieferbrüder mit Gendarmen und Dragonern statt. Auf beiden Seiten gab es zusammen an sechzig Verwundete; neun Streikende erlitten schwere Verlebungen. Truppenstärkungen sind nach Trelaze abgeschickt worden.

### Magengrund?

Wid. Meister Behmann schreibt Sie's also glamm? Er soll à sehr schlechten Magen hamm. Un dem aufgezogene soll er egal blimbeln? Was seine Freunde un Verehrer sein. Die schau bedenklich un beginnend drein. Un sehn sich schon um nach schwarzen Wimbeln? Mich sollde wundern, wenn es anders wär. 's is iherall daselbe ungesähr. In der Nadir, die so gerecht, als weise. Wer gunde schundunlang dervon ergehln? Was him zu viel is, driem, da läßt se's fehn. Un is besonn in ihren Wirkungskreise. Was einer had zu viel gegriechd moralisch, Das quabst se wibber ab. Ihn animalisch, Und das muß sich bei uns à jeder sagen: Der lanke Behmann, der in neier Zeit. Ah, der Verleidung, seines Magens leid. Der had mat alligk goloßt, oren Magen. Dage Konquerten gaben de Nadir. In diegeschaldigen großen Dierreich nur: Der Meier den halisch un den Schrauf zu Lande. Den Schrauf frißt Schaden un er seigb derdei — Den Schleisenreimer schlägt frißt der Hat. Un gommd dermid, als wär das nisch, zu Schande. Was anwer Behmann alles fertig bringt. Un wie an Schladsch eschach nunderschlingt. Von seinen schwarzen Gummern un von blauen, Das bringt gee halisch fertig un gee Schrauf, Das schlägt den Hasse gladd den Boden aus. Un alles, alles ideind er zu verdauen. Es is je meeglich, daß es ihn duß wurm, Wenn se de Ohren egoll voll ihn surm, Doch was genauest werd mer nich erfahren. Bis alle Fälle wärgt er, schlindg un drudd, Bis och das allerwidrigste verschlückt. Un zwar mid Glaun un Jähn, mid Haub un Haaren. Wer so was Unerhebdes Dag sei Dag. Gladd wie à Mal, Herrn Behmann gleich, vermag, Wenn's ihn noch griwwel in de Fingerlochigen, Wer so à Held is in moralischen Sinn. Un wer von Engerlingen lebb un Schinn, Gann à normalen Magen nich besthen.. F. M.

F. M.

### Quittung.

Für die ausgesperrten Bauarbeiter gingen bei uns ein: Bereits quittiert Partie der Schoppaner und der Wirt in Staudnitz . . . 9429.88 Koschne, nicht beanspruchtes Delegationsgeld . . . 4.40 111. Nach einer Übung, F. F. W. . . . . 2.10 Würfelspiel bei Mehneri, Wahren . . . . . 1.50 O. M. B. Barbier Lindacher, Wiederiglich, durch R. . . . . 3.— Gemütlicher Abend am 21. Juni beim Diden, Großschöcher . . . . . 4.78 Zur Silberhochzeit bei B. G. . . . . 1.50 Einige Turngenossen der Fr. Turnerschaft, Rodau . . . . . 1.— 4. Klassebewohner Arbeiter im Cafè Schneider, Schleußig . . . . . 1.— Beim Kränzchen der Niegé Jugendkraft, Arbeiter-Turn-Verein Großschöcher-Windorf . . . . . 1.20 M. S. Zur Abrundung : : : : : 1.65 Summa: 9480.-

Leipzig, 26. Juni 1910. Die Expedition.

Für die ausgesperrten Bauarbeiter gingen ein: Bereits quittiert 241.92, auf Liste 26: 8.50, 37: 1.—, 40: 7.85, 51: 4.90, 52: 16.10, Unterhaltungsdienst des Jugendvereins Schleußig 4.75, Schneidermeister Semm 5.—, Arbeiterfahrrerverein Räsnitz 1.65, durch Sportgenossen Henge —, I. Rate der Buchdrucker 10.—, Kartens- und Billardspiel bei Moritz Müller 10 M. Summa 410.17 M.

Schleußig, 28. Juni 1910.

Gewerkschaftskartell Schleußig.

E. Mach, Kassierer.

### Küchenzettel der städtischen Speiseanstalten.

Dienstag:  
Speiseanstalt I (Niedersedlitz): Reis und Spargel mit Rindfleisch.  
Speiseanstalt II (Zöpfergasse 1): Seide Erdbeeren mit kleiner Buttercreme.  
Speiseanstalt III (Mittelpalais): Grüne Erdbeeren und Möhren mit Schweinefleisch.  
Speiseanstalt IV (Briegelstraße): Rindfleisch mit Rindfleisch.  
Speiseanstalt V (Weißgerber Str. 60): Rindfleisch mit Rindfleisch.

Speiseanstalt VI (Weißgerber Str. 60): Grüne Erdbeeren u. Möhren mit Schweinefleisch.



den Formen dieser religiösen Epigraphik genau so, wie die Dialetik mit ihrem Tessin spielt. Vom ehrenstolz geschauten Schriftbild dieser heiligen Wortansprüche zogen sich die Häden hinüber und kunstvoll zusammen zum krausen Gesicht des mellanmeditschen Ornaments.

Also: Mohammed gab den Koran. Die Mohammedaner entwickelten aus den heiligen Schriftzeichen gewisse bestimmende Besonderheiten ihres Ornaments. Das Ornament aber steht am Anfange der mohammedanischen Kunst. So wäre, wenn meine Hypothese stimmt, der Prophet dennnoch, wenn auch nur mittelbar, zum Vater der Künste seiner Glaubensgemeinschaft geworden.

Ein weiteres unzweifelhaftes Motiv spricht dafür: den Gläubigen war die bildliche Darstellung von Mensch und Tier verboten. Der religiöse Gelehrte wollte damit die Möglichkeit einer Götzenverehrung im Keime ersticken. Die Sektionen stellten sich verschieden dazu: die Sunnitischen neigten zur strengen Befolgung der Vorschrift, die persischen Schiiten beachteten das Verbot in der Regel nur in Verbindung mit religiösen Darstellungen. Sie hielten die Wiedergabe lebender Wesen für erlaubt, sobald keine naturgetreue Ähnlichkeit angestrebt wurde. Die strengere sunnitische Auffassung mußte zur Ausbildung des geometrischen und des pflanzlichen Ornamentes führen. Die Perser hätten ganz gut zu einer monumentalen Plastik gelangen können — wozu sie in den sassanidischen Felsenreliefs einzige höchst erstaunliche Umläufe genommen haben —, auch eine Wandmalerei großen Stils erscheint bei ihnen nicht unmöglich, wie die keramischen Gemälde der Prachtbauten zu Isfahan andeuten. Anstatt dessen brachten sie es, und in ihrem Gefolge auch die mohammedanischen India, zu einer unvergleichlichen Miniaturmalerei und zu einer Gewebekunst, die in ihrer Art unübertroffen ist und entschieden den Gipfel aller mohammedanischen Kunstdisziplinen bedeutet.

In den Miniaturen, deren Wert der Muselmann bezeichnen-  
derweise nach ihrer kalligraphischen Mannigfaltigkeit, also keines-  
wegs nach ihrer Figurendarstellung bemüht, lässt sich eine öst-  
asiatische Abhängigkeit wohl eher spüren, als in den Teppich-  
teppichen aus der besten Zeit, dem 16. und 17. Jahrhundert;   
trotzdem hier chinesische Motive wie bestimmte Fabeltiere, Drachen  
und Vögel, oder wie das „Tchi“, das schwammartige Symbol der  
chinesischen Unsterblichkeit, in allerlei Formen wiederkehren. Die  
ornamentale Phantasiekraft des persischen Stammes war groß  
genug, um diese fremden Formenelemente mühelos dem nationalen  
Teppichstil unterzuordnen. Wo die stilbildende Kraft des islamischen  
Kunststreits überhaupt durch die beschränkenden Vor-  
schriften der Religion so entschieden zur Abstraktion, zur Neber-  
tragung der Naturindrücke angeleitet wurde, war es da ver-  
wunderlich, wenn mehr oder minder fast jede künstlerische Aus-  
gabe unter den Gesichtspunkt der Dekoration gerückt und orna-  
mental zu lösen versucht wurde?

Ein weiteres Verbot betraf die Edelmetalle. Infolgedessen gibt es massive Gold- und Silberarbeiten bis tief in die Spätzeit hinein überhaupt nicht. Dagegen verwandte man nun allen Erfinbungsgenst darauf, die Augmetalle und Legierungen, Eisen, Kupfer und Bronze, durch Bearbeitung und Schmuck im Werte zu erhöhen. So bildete sich das Verfahren der Täuschung zu höchster handwerklicher und künstlerischer Vollendung aus. In das Rohmetall wurde ein Muster gezeichnet, der Grund ausgehoben, auf die vertieften Stellen hämmerte man Silber- und Goldplättchen glatt und schmückte diese Autaten wiederum durch das feinsten und zierlichste Filigran. Als Dekor waren ja die Edelmetalle nicht verboten, so wenig wie die Edelsteine. Abermals also wird die Verstärkung der künstlerischen Wirkungsmittel der Anlass zur Ausbildung stilistischer Eigentümlichkeiten zur Steigerung der Leistungen innerhalb des beschränkten Arbeitsgebietes. Die Phantasie benutzt eben alles zum Sprungbrett und schwingt sich, wenn sie von Hause aus Kraft hat, nicht minder weit, auch wenn sie gebürgt ist, in ganz bestimmter Richtung zu bleibsen.

Ein flüchtiger Blick auf die Architektur lehrt, mit wenigen konstruktiven Gedanken namentlich die älteren mohammedanischen Bauten wissenschaften. Die Häufung von Kuppelräumen fällt beim neuem besten Wilsenschloß auf. Auseinander ebenso ins Auge, wie die Anwendung der Kuppel über quadratischem Grundriss als wiederkehrender Dominante in den späteren Prachtmoscheen, so z. B. bei Ibn Tulun zu Kairo oder bei den Rausoleen zu Samariland, Rum, Amol u. a., nur daß diese Grabtürme haubenartig zugespietzt werden und so an gewisse vorderasiatische Kopfbedeckungen erinnern. Erst die spanischen Mauern und die europäischen Türken sind, verhältnismäßig spät, zu einer bedeutenderen Raumssprache gelangt, weil ihnen der eroberte Boden mit seiner Vergangenheit und die stete Herührung zum Abendlande hassen. Was den Byzantinen vor älterer Zeit ihre individuellen Merkmale gibt, scheint mir mehr das ornamentale Flechtwerk zu sein, mit dem sie, Schmuckkästen gleich, dekorieren sind. Die Motive des Teppichs überspielen die massiven Raumformen. Die Minarets, ihrer Grundform nach manchmal nicht andres als verzerrte Käbrillschoensteine, erscheinen wie in sterne Gewebe eingehüllt von oben bis unten. Es soll dann nur angedeutet werden, wie stark die Vorstellung der Mohammedaner vom Kleinleben des Ornaments erfüllt gewesen sein muß. Sie konzentrieren sich so sehr darauf, daß sie es wirklich zu einer „ornamentalen Größe“ an sich bringen, obgleich es die eigentlich gar nicht geben kann. Denn ein Ornament, solle man meinen, wirkt schließlich groß nur im Einklang mit etwas Größerem, das ihm Platz und Mächtigung gewährt und bestimmt.

das ihm Platz und Wirkung aufweist und bemüht.  
In den persischen Teppichen aber, in der orientalischen G-  
w e b e k u n s t schlechthin ist die Or n a m e n t i s so völlig Aus-  
druck großer und schöner Raum- und Bewegungsfähigkeit, hier  
sind die Farben so hellen gemischt, so zart verpöhen, Pflanzen  
Tiere und Menschen tummeln sich, von aller Erden Schwere un-  
Erdenwillkür erlöst, im freiesten rhythmischem Reigen, daß w-  
skeptischen Europäer und vor dieser „Handarbeit“ wie im Wu-  
nderlande fühlen. Wir werden belehrt, daß der große Aug-  
teppich des Hauses Habsburg, das unschätzbare Prunkstück der  
Münchner Ausstellung, zehn Arbeiter zwölf Jahre lang beschä-  
fftigt habe. In den benachbarten Werkstätten der orientalischen  
Handwerker sitzen zwei Frauen vor einem Gewebe, daß eine  
Million Knüpfungen pro Quadratmeter enthält. Das sind e-  
staunliche Zahlen. Am erstaunlichsten scheint mir, daß trotz ihrer  
ein so großer ästhetischer Gewinn bestehen bleibt; daß die  
orientalische Geduld zur mühseligen Kleinarbeit im Schell-  
ergebnis nicht mühsam noch kleinlich wirkt.

ergebnis nicht minder noch kleinlich wirkt.  
Man muß sich freilich erinnern, daß der bessere Teppich für den Moslem dasselbe bedeutet, wie für uns ein schäßbarer Wandgemälde. Er hängt ihm zwar nicht an die Wand, sondern legt ihn in die Mitte des Gemachs, aber nicht als Fußwärmer, sondern als Augenweible. Für die Söhne sind besondere Läufe gelegt. Die Divansche befinden sich an den Wänden, der Teppich ist also lediglich Schmuck, es sei denn, er wird in der bekannten kleinen Form mit dem eingewobenen Pfell zu Zweck des Gebetes benutzt. Auch dann hat er die gewiß ohrenwerte Aufgabe, die Verlösung der anbetend geneigten Stirn des Gläubigen mit der Erde zu vermitteln. In wie ungendlich reichen Formen und Farben er das zu tun weiß, zeigt die Münchner Ausstellung trotz ihrer Beschränkung auf nur gute Stücke überzeugend aus.

Auch in andrer Richtung hat sich die Ausstellung Grenzen gesetzt: man ist über die Kunst des 18. Jahrhunderts anschaulich nicht hinausgegangen, wenigstens nicht mit Absicht. Man wollte keinen Bazar, sondern eher eine Art Kunsthistorisch abgegrenzten, in sich wohlgegliederten Museums. Eine Sammlung aus den Sammlungen. Der Eindruck ist, daß solch eine Sammlung wie diese noch nirgendwo besteht und auch wohl kaum je bestehen wird. Denn wog in Europa in fürstlichem und privatem Besitz, in Museen und Schatzkammern bedeutet wird, ist aus seiner Vereinzelung erlöst und mit seinemgleichen verloint worden. Man ist auch den Einflüssen des Orientals

Europa nachgegangen und zeigt uns ständige Stoffe, deren Muster auf orientalische Anregungen zurückzuführen sollen. Wir sehen Wiener Porzellan für den Osten und chinesische Tassen mit arabischen Inschriften. Ein ganzer Saal mit mehreren Nebenräumen beherbergt die „Türkenbeute“, von prunkhaften Kanonenrohren angesangen bis zu den ebelsteinbesetzten Steigbügeln und den sagenhaften Rosschwänen der tödlichmutigen Paschas, die wir als geschichtskundige Buben so ehrlich bewundern, obwohl wir ordentlich erüstt aufzutreten bei der Be- freiung Wiens von dieser unheimlichen Gesellschaft.

Ann verliert sich das Grauen allgemein, und die phantastischen Vorstellungen von der Märchenpracht des Orients machen klareren Bildern Platz. Die unerbittliche Wissenschaftlichkeit des Zeitalters schleppt auch den Osten ins Museum, katalogisiert ihn, führt ihm den erstorbenen Puls seiner großen Vergangenheit und lädt die Gegenwart zum Zuschauen ein. Wie mir scheinen will, erwärmt sie sich, soweit sie Milinchens Weltbild betrifft, nur schwach zur Anteilnahme an dieser Ausstellung, die so ganz und gar rückwärts gerichtet ist und gar noch in eine ganz abgelegene

Reichartige Kulturstadt.

Auss ist freilich dazu angefangen, uns den Ausstellungsaal angenehm und leicht zu machen. Gleich die ruhessame Moscheenhalle mit den vier Nischen rundum und dem Brunnen im mittten, die nach Dr. Flechters Plan die einseitende Stimmung vermittelt, bewährt den guten Geschmack der Münchner Ausstellungsbaukunst. Auch die weiteren achtzig Räume tun das meist vortrefflich, durch steten Wechsel der Gestaltung, durch Einbauten und Ausbauten, durch kluge Vermeidung allzulanger "Fernblide", die erfahrungsgemäß die sichersten Nothelfer der Erinnerung sind. Dieser Ausstellungsräume bemüht sich, neutral zu sein, unter vorsichtiger Verwendung orientalischer Baumotive, Rundbögen, fantiger Pfeiler, Kuppeldecken, eingelassener echter Fenstergitter aus lapizblau geschnittenem Holz, eingemauerter arabischer Grabsteine und vergleichen. Die Herren Becker, Mehlen, M. v. Miller haben hier gewaltet. All die Fachleute zu nennen, die sich um die Hergabe und um die äußerst sparsame, aber dafür wirksame Ausstellung der Objekte verdient gemacht haben, fehlt mir hier der Raum. Ich glaube nur zu wissen, daß der Münchner Kunsthistoriker Dr. v. Allrdel als Vater der Ausstellungsidee in Betracht kommt, und nicht Prinz Albrecht, der bayrische Thronfolger, den der Katalog so hochstabsbeslissen in den Vordergrund schiebt. Wobei ich das wirkliche und nicht etwa vorgesetzte Kunstinteresse des Prinzen an der Sache gar nicht bezweifeln will. Aber müssen denn die byzantinischen Einflüsse auf dem langen Umwege über Mohammed und moderne München geleitet werden?

dröhnte geradezu dann und wann. Dabei gibt besonders Herr Jäger sein Bestes im Pianosong, und man könnte nur wünschen, daß er seinem Horte einigermaßen ähnlich vornehme Töne mitgibt. Auch Herr Käse (Vuna) neigt gern zu ehrlicher Ueber-triebung, wenn auch nicht entfernt in dem Grade wie die ge-nannten Sänger. Als untauglich erwies sich Fr. Melar in der kleinen Rolle der Ines. In dem Orchester unter Herrn Konrad Italienisches Leben, besonders in rythmischer Gestaltung pul-sieren zu hören, wird niemand erwarten; man spielt eben, wie es gerade gehen möchte, und bei einem so guten Orchester geht es dann auch so.

**Neues Theater.** Dienstag: Tiefland. Mittwoch: Don Juan. Donnerstag: Mignon. Freitag: Ein Mastenhall (Werckjunkus IV). Sonnabend: Die Regimentsstochter. Sonntag, 3. Juli: Wida (Werckjunkus V). Montag, 4. Juli: Hoffmanns Erzählungen. — **Altes Theater.** Geschlossen.

Vereinigte Velpalger Schauspielhäuser. Schauspielhaus.  
Dienstag, Mittwoch: Liebesgärtner. Donnerstag, Freitag,  
Samstag: Faust. Sonntag: 2. Null. 14.8. Uhr: Faust

Sonnabend: Sathr. Sonntag, 3. Juli, 1/8 Uhr: Sathr. Montag, 4. Juli: Der Registratur auf Meisen. — Neues Operetten-Theater (Theater am Thoma-Brücke). Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag: Die Psalme der Tugend. Sonn-

**Armenienspalast** (Theatersaal; Vaudeville-Salon). Mittwochabend 10 Uhr: *Wienterier in Marocco*.

9 $\frac{1}{4}$  Uhr: Abenteuer in Marocco.

Götzen

**Magnetische Störme.** Dass die Magnetnadel nach Norden zeigt, ist längst nicht mehr wahr. Es ist zwar auch niemals wahr gewesen, aber man hat es doch wenigstens geglaubt. Richtig ist dieser Satz nur in seiner allgemeinen Bedeutung, und für alle praktischen und noch mehr für wissenschaftliche Zwecke müssen die Abweichungen der Magnetnadel aus Jorsamste für jeden Teil der Erde festgestellt sein und in Berechnung gebracht werden. Diese Abweichungen der Magnetnadel von der Nord-Südrichtung werden zunächst dadurch bedingt, dass die magnetischen Pole nicht mit den geographischen Polen der Erdkugel zusammenfallen. So-wohl im Nord- wie im Südpolargebiet beträgt der Abstand zwischen beiden Arten von Polen ungefähr 1000 Kilometer. Wenn nun wenigstens die Magnetnadel an jedem Ort der Erde gegen die magnetischen Pole hin gerichtet wäre, so hätte man es verhältnismäig leicht, die Gesetze ihrer seitlichen Ablenkung von der Meridianrichtung zu berechnen. Golden hat die unglückliche

der Meridianrichtung zu berechnen. Echter hat die „unglückselige kleine Nadel“ noch allerhand Launen, die schließlich auch von Beschen beherrscht werden, aber in ihren Ursachen oft außerordentlich schwer zu ergründen sind. Zu alledem kommt noch, daß zuweilen vorübergehende Störungen eintreten, die als magnetische Stürme oder Gewitter bezeichnet werden und mindestens teilweise wohl von der Sonne ausgehen. Auch der Halleysche Komet soll nach den Beobachtungen von Birkeland im nördlichen Norwegen hostige magnetische Gewitter erregt haben. Heute hat das Studium des Erdmagnetismus allmählich eine große Entwicklung erfahren, daß dauernd eine ganze Reihe von Magnetnadeln in verschiedenen Erdgegenden beobachtet wird und ein erheblicher magnetischer Sturm der Ausmerksamkeit des Menschen nicht mehr entgehen kann. Dr. Chree, gegenwärtig wohl der hervorragendste Erdmagnetiker in England, hat dort in der Royal Institution einen ausführlichen Vortrag über magnetische Stürme gehalten, dessen Inhalt für die Kenntnis dieser Naturerscheinungen außerordentlich wichtig ist, weil darin eine große Zahl von Beobachtungen nicht nur aus Europa, sondern auch aus andern Erdeilen verarbeitet worden ist. Zunächst stellte sich heraus, daß die magnetischen Stürme in den Monaten März und April, September und Oktober, am häufigsten sind. Während diese Zeit doch nur ein Jahrzehntel betreut, ereignet sich in ihr fast die Hälfte der magnetischen Gewitter. Dies scheint wenigstens für mittlere Breiten zuzutreffen, während die jahreszeitliche Verteilung gegen den Äquator hin gleichmäßiger wird. Je weiter man aber nach den Polen vorschreitet, desto häufiger und unregelmäßiger werden die Störungen überhaupt. Insbesondere hat sich nun Dr. Chree der Frage zugewandt, in welcher Beziehung das Auftreten magnetischer Stürme zu der Häufigkeit und Ausdehnung der Sonnenflecken steht. Auf einen Zusammenhang mit der Sonne deutet schon die gleichfalls erstmals ermittelte Tatsache, daß die Tageszeit von erheblichem Einfluß auf diese Vorgänge ist. Weitauß die meisten magnetischen Stürme werden zwischen ein und acht Uhr nachmittags beobachtet. Außerdem aber sind die täglichen Schwankungen der Magnetnadel augenscheinlich auch von dem Stand der Sonnenflecken unmittelbar abhängig. Dies haben langjährige Beobachtungen in verschiedenen Ländern bewiesen, obgleich der Parallelismus zwischen beiden Erscheinungen kein vollkommener, die Einwirkung keine sofortige ist. Der Eintritt eines magnetischen Sturms geschieht oft ganz plötzlich und scheinbar gleichzeitig über die ganze Erde. Anderseits erfolgt danach eine merkliche Herabsetzung der magnetischen Kraft, ähnlich wie nach gewöhnlichen Gewittern oft eine auffällige Ruhe in der Atmosphäre eintritt. Diese Nachwirkung pflegt dann in zwei oder drei Tagen wieder zu verschwinden. Ein besonders heftiger magnetischer Sturm ereignete sich am 25. September vorligen Jahres. Nach der Aussage von Professor Schmidt war dies die heftigste magnetische Störung, die seit dem Bestehen der Beobachtungsstätte in Potsdam, also seit mehr als zwanzig Jahren, dort zur Auszeichnung gelangt ist. Nach den besten Untersuchungen wird es jetzt als wahrscheinlich angesehen, daß das Auftreten der magnetischen Stürme in Perioden schwankt, die etwa die Länge eines Monats haben und vielleicht mit der Umlaufzeit der Sonne um ihre eigene Achse zusammenhängen. Durch welches Mittel die Sonne auf den Magnetismus der Erde einzuwirken imstande ist, ist noch ganz unsicher. Nordmann hat diese Wirkung auf Röntgenstrahlen, Birkeland auf Kathodenstrahlen, Arthenius auf negativ geladene Elektrizitätsteilchen zurückführen wollen. Von besonderem Interesse sind in den letzten Jahren die magnetischen Beobachtungen im Südpolargebiet gewesen, wo namentlich die deutsche Südpolarexpedition und dann später die von Shackleton wichtige Arbeit geleistet haben. Im allgemeinen ergibt sich daraus eine Gleichzeitigkeit von magnetischen Störungen in der Arktis und der Antarktis, die kaum auf Zufall beruhen kann sondern die Annahme einer innigen Beziehung zwischen den magnetischen Erscheinungen an beiden Polen nahe legt.

Ein Zuckerland der Zukunft. In einem Gebiet, das ziemlich genau zu unsfern Antipoden gehört, hat sich im Lauf der letzten Jahre ein Zuckerland entwickelt, das für die Zukunft bedeutsame Erwartungen weckt. Es ist dies die Inselgruppe der Hawaii, und zwar sowohl die gleichnamige Hauptinsel wie die benachbarten Inseln Maui, Oahu, Kauai und einige noch kleinere, die sämtlich vulkanischen Ursprungs sind. Es ist ungefähr 15 Jahre her, seit eine amerikanische Vereinigung von Zuckerpflanzern dort eine Versuchstation errichtete, und zehn Jahre sind seit der Besitznahme der Inseln durch die Vereinigten Staaten vergangen. In dieser Zeit hat die Zuckererzeugung auf den Inseln einen Ausschwing genommen, der mehr Beachtung verdient, als ihm bis jetzt zuteil geworden ist. Im Jahre 1885 wurden auf den Inseln rund 150 000 Tonnen Zucker gewonnen, im Jahre 1908 mehr als 521 000 Tonnen und die Steigerung ist bisher eine ganz regelmäßige gewesen. Es wird eine große Zahl von Spielarten des Zuckertohrs angebaut, was namentlich auf der Notwendigkeit beruht, eine Maschine ausfindig zu machen, die nicht nur den größten Erfolg gibt und den örtlichen Verhältnissen am besten angepaßt ist, sondern außerdem dort vorherrschenden Krankheiten und den Veränderungen durch Ansetzen den besten Widerstand entgegenzusetzen.